



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Zwetl im 19. Jahrhundert – Neue Herausforderungen für
eine alte Stadt

verfasst von / submitted by

Andreas Bunzl, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Oliver Kühschelm

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage, Motivation	3
2.	Forschungsstand	5
3.	Fragestellung	12
4.	Vorgehensweise/Methodik/Theoretischer Hintergrund	13
5.	Herrschaft und politisches System der Stadt	18
5.1.	Eine neue Zeit bricht an – aber wann?	18
5.2.	Das 19. Jahrhundert – Wandel und Kontinuität	23
5.2.1.	Die Amtsträger	24
5.2.2.	Wie arbeitete der Rat, wie traf er Entscheidungen?	25
5.2.3.	Womit befasste sich der Rat?	27
5.2.4.	Die Franzosen halten Einzug	34
5.2.5.	Umbruch: ein Neuanfang oder alles beim Alten unter neuem Namen?	37
5.2.6.	Die Ereignisse von 1848 und ihr regionaler Niederschlag	39
5.2.7.	Gemeindeselbstverwaltung, zwischen permanenter Krise und Erfolgsmodell	43
5.2.8.	Eingemeindungen und neue Aufgaben	48
5.2.9.	Entwicklung der politischen Parteien, Schönerer, Politischer Katholizismus	50
5.2.10.	Budgets als in Zahlen gegossene Politik	57
6.	Infrastrukturpolitik	62
7.	Sozialpolitik	69
7.1.	Das Bürgerspital	69
7.2.	Siechenhaus und Haarstube	73
7.3.	Offene Fürsorgesysteme	74
8.	Das Bürgertum als Träger der Politik	76
8.1.	Wahlen und politische Mitbestimmung	77
8.2.	Soziale Struktur	79
8.3.	Bürgerliche Kultur	81
9.	Resümee	82
10.	Literatur und Quellenverzeichnis	86
10.1.	Literatur	86
10.2.	Zeitungen	93
10.3.	Nachschlagewerke	94
10.4.	Rechtstexte	94
10.5.	Archivalien	94

1. Ausgangslage, Motivation

Zwettl-Niederösterreich (meist nur Zwettl genannt) ist eine Stadtgemeinde im Nordwesten von Niederösterreich. Sie liegt recht zentral im Waldviertel,¹ einem der vier Viertel, in die Niederösterreich traditionellerweise gegliedert wird. Seit der Errichtung der Bezirkshauptmannschaften 1868 haben diese Viertel keine verwaltungstechnischen Aufgaben mehr und stellen reine Landschaftsbezeichnungen dar.² Die Gemeinde Zwettl-Niederösterreich besteht heute aus der Kernstadt Zwettl und insgesamt 54 Ortschaften.³ Sie beherbergt 10.885 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 01.01.2019),⁴ 3.889 davon in der Stadt selbst.⁵

Das Waldviertel ist nicht reicher an Geschichte als andere Gebiete. Von außen und aus der Ferne betrachtet, mag das Waldviertel aber eine besonders geschichtsbewusste Gegend sein. Ob dieser Eindruck einer genauen und evidenzbasierten Untersuchung standhalten würde, soll hier nicht diskutiert werden. Ob die tatsächliche oder empfundene Grenz- und Randständigkeit des Waldviertels ein Motor für die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist, ist naheliegend, ohne genauer Betrachtung an dieser Stelle aber nur Spekulation. Ganz sicher zehrt man aber von den zahlreichen Initiativen und bereits publizierten Arbeiten. Da wo bereits vielfältige Vorarbeiten geleistet wurden, zum Beispiel indem Archive und Quellen erschlossen und bekannt gemacht wurden, ist es leichter, mit neuer Forschung auf der schon bestehenden aufzubauen, Fragen neu zu stellen und andere Blickwinkel einzunehmen.

Tatsächlich ist über das Waldviertel, seine Einwohnerinnen und Einwohner und ihre Vergangenheit reichlich publiziert worden. Ein wichtiger Träger der Beschäftigung mit der Vergangenheit des Waldviertels ist der Waldviertler Heimatbund. Dieser wurde 1951 gegründet. Seine Vorgeschichte reicht zur Gründung der Zeitschrift *Das Waldviertel* von 1927 zurück. Die ersten drei Jahre hieß die Zeitschrift noch *Aus der Heimat*, ab 1930 wurde dann der heute gebräuchliche Titel verwendet. Der Verein entfaltet mit der Zeitschrift, einer

¹ In Quellen und älteren Publikationen auch *Viertel ober dem Manhartsberg* genannt.

² Siehe RGBL. 44/1868, Gesetz vom 19. Mai 1868, über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden in Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Auschwitz, Zator und Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Ober- und Nieder-Schlesien, Tirol und Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradiska und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete. Bei §. 10. wird dort festgehalten, dass jedes Land in politische Amtsbezirke eingeteilt wird. Eine Kreisteilung kommt nicht mehr vor.

³ Siehe Registerzählung 31. Oktober 2011 - Bevölkerung nach Ortschaften auf der Homepage der Statistik Austria/Ein Blick auf die Gemeinde/32530 - Zwettl-Niederösterreich, online <https://www.statistik.at/blickgem/rg3/g32530.pdf> (29.08.2019).

⁴ Siehe Einwohnerzahl und Komponenten der Bevölkerungsentwicklung auf der Homepage der Statistik Austria/Ein Blick auf die Gemeinde/32530 - Zwettl-Niederösterreich, online <https://www.statistik.at/blickgem/pr1/g32530.pdf> (29.08.2019).

⁵ Siehe Bevölkerung am 1.1.2019 nach Ortschaften (Gebietsstand 1.1.2019), online https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=103419 (29.08.2019).

Schriftenreihe, der Waldviertel-Bibliothek in den Museen der Stadt Horn und regelmäßigen Veranstaltungen eine rege Tätigkeit.⁶ Besonders hervorzuheben ist, dass der Verein seit langer Zeit ein verbindendes Glied zwischen der von nichtakademischen Forscherinnen und Forschern getragenen Beschäftigung mit Vergangenheit und der akademisch verankerten Geschichtswissenschaft ist. Damit soll keine Über- oder Unterordnung angedeutet werden. Die wissenschaftliche Arbeit mit der Vergangenheit ist nicht die einzige, nicht die älteste und nicht die wichtigste Art, über Vergangenes nachzudenken. Ein offener und vom Willen zur Weiterentwicklung getragener Umgang verschiedener Felder miteinander ist aber für alle Seiten ein Gewinn. Der Waldviertler Heimatbund leistete und leistet hier wichtige Arbeit.

Der Stadtgemeinde Zwettl ist es seit längerer Zeit ein Anliegen, die eigene Geschichte festzuhalten und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dies geschah und geschieht auf unterschiedliche Weise. Besonders erwähnenswert ist das Stadtarchiv Zwettl, das für die Geschichte der Stadt wertvolle Archivbestände aufbewahrt. Auch war und ist man in Zwettl bereit, für wissenschaftliche Forschung Geld aufzuwenden. Die erste Umsetzung einer wissenschaftlich fundierten Stadtgeschichte fand in den späten 1970er-Jahren statt. 1980 erschien der erste von zwei Bänden zur Geschichte der Stadt,⁷ 1982 dann der zweite Teil.⁸

2018 beauftragte man durch einen Gemeinderatsbeschluss eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit der Abfassung einer aktualisierten Geschichte der Stadt. Als Träger des Projekts fungiert der Verein „Netzwerk Geschichte“. Dieser verfügt über eine langjährige Erfahrung bei der Abwicklung von regionalgeschichtlichen Forschungsprojekten. Der untersuchte Zeitraum soll vom Mittelalter bis zur Jetztzeit reichen. Um den Umfang zu bewältigen, wurde eine Teilung vorgenommen. Mittelalter, Frühe Neuzeit, das 19. Jahrhundert und das 20./21. Jahrhundert sollen in vier separaten Epochenbänden behandelt werden. Für jeden Band wurden ein bis zwei Koordinatoren benannt, die sich um die Umsetzung kümmern. Für das 19. Jahrhundert ist dies Oliver Kühschelm, er betreute auch diese Masterarbeit. Pro Teilepoche sollen einheitlich folgende Themenbereiche behandelt werden: (1) Überblick, (2) Räumliche Entwicklung der Stadt, (3) Herrschaft und politisches System der Stadt, (4) Sozialgeschichte der Stadt, (5) Kirche und Religion, (6) Wirtschaft und Verkehr, (7) Migration und Demographie, (8) Erinnerungskultur/Memoria und Selbstverständnis. Die Geschichte der Stadt im 19. Jahrhundert wird von drei Personen bearbeitet. Die vorliegende Arbeit umfasst dabei (3) Herrschaft und das politische System der Stadt und die (4) Sozialgeschichte der Stadt. Über den Projektbeitrag hinaus soll die Arbeit dabei in die

⁶ Vgl. Homepage des Vereins, online: <https://www.daswaldviertel.at/> (28.12.2020).

⁷ Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980).

⁸ Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 2 Die Gemeinde (Zwettl 1982).

allgemeine Forschungslage zur Stadtgeschichtsschreibung eingebettet werden. Vor allem sollen die Besonderheiten von Kleinstädten berücksichtigt werden. Zu Großstädten und Metropolen einerseits und zum ländlichen Raum andererseits gibt es zahlreiche Forschungsergebnisse. Klein- und Mittelstädte fallen dabei oft aus dem Rahmen, werden in eine der beiden Kategorien gezwängt oder nicht beachtet. Hier bietet sich die Chance, im Rahmen des übergeordneten Projekts, den Versuch zu unternehmen, einen Beitrag zur Füllung dieser Lücke zu leisten und einen Teil der Geschichte einer Kleinstadt der Wissenschaft und der interessierten Bevölkerung zugänglich zu machen. Zwettl kann dabei als ‚typische‘ Stadt Niederösterreichs fungieren und als Untersuchungsgegenstand für eine exemplarische Stadtgeschichte dienen.

Damit ist das Feld aufgespannt, in dem sich diese Masterarbeit bewegt. Auf der einen Seite soll ein wissenschaftlich gearbeiteter und leicht lesbarer Beitrag für das übergeordnete Projekt erstellt werden. Auf der anderen Seite soll versucht werden, neue Wege in der Stadtgeschichtsschreibung zumindest zu beleuchten und die Besonderheiten einer Kleinstadt in die Teildisziplin einzubringen.

2. Forschungsstand

Der Forschungsstand zur Geschichte der Stadt Zwettl kann als sehr gut bezeichnet werden. Durch die Arbeiten von Friedel Moll und durch das vorbildlich erschlossene Stadtarchiv besteht eine sehr gute Grundlage. Darüber hinaus gibt es, wieder maßgeblich unter Anleitung und auf Initiative von Friedel Moll entstanden, mit den *Zwettler Zeitzeichen* Überblicke zu verschiedenen Themen.⁹ Die zu Beginn der 1980er-Jahre erschienen Bände *Zwettl, Niederösterreich* sind nicht mehr auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand, zur Orientierung und Beurteilung der Quellenlage aber gut geeignet. Die beiden Bände spannen den Bogen weit. Neben der Geschichte der Stadt wird auch anderen Themen breiter Raum gewidmet. Sie beginnen mit einer Beschreibung der geologischen und landschaftlichen Gegebenheiten rund um Zwettl und schließen mit einer sehr detaillierten Beschreibung des Vereinswesens. Leider werden Literatur und Quellen nur gesammelt am Ende der einzelnen Beiträge angegeben, was hier aufbauender Forschung den Anschluss erschwert.

Die von Norbert Müllauer erstellte *Bibliographie des Bezirkes Zwettl*¹⁰ gibt einen guten Überblick über die Literatur zu Bezirk und Stadt Zwettl. Auf fast 500 Seiten sind aus einem Zeitraum von 400 Jahren insgesamt mehr als 3.800 Werke aufgeführt. 128 Kurzbiographien

⁹ In bisher 17 Bänden von 1999 bis 2017 erschienen. Zur Übersicht der einzelnen Bände siehe online https://www.zwettl.gv.at/Bildung_Kunst_Kultur/Zwettler_Zeitzeichen (28.12.2020).

¹⁰ Norbert MÜLLAUER, *Bibliographie des Bezirkes Zwettl*. „Unser geistiges Erbe“. Versuch einer Gesamtübersicht über das selbstständig erschienene Schrifttum (Zwettl 2012).

runden die Bibliographie ab. Norbert Müllauer war ein Schüler von Walter Pongratz, einem der federführenden Autoren der schon erwähnten Bände *Zwettl, Niederösterreich*. Wie Müllauer selbst angibt, habe Pongratz ihn angeregt, sich heimatkundlich zu betätigen.¹¹ Hier sehen wir ein weiteres Mal, wie sich der Kreis schließt und bestehende Forschung neue hervorbringt.

Ein wichtiger Teil der politischen Geschichte bildet die Verwaltungsgeschichte. Mit dem Anwachsen der Aufgaben der Stadtgemeinde vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergaben sich für die Stadt und seine Bürger vielfältige Neuerungen, Chancen und Belastungen. Einen guten, wenn auch schon älteren Überblick liefert hier Jiří Klabouch.¹² Zur Geschichte der Habsburgermonarchie gibt es eine Fülle von Literatur. Auch für die vorliegende Arbeit relevante Grundlagen schafft die zwölfbändige Reihe von Adam Wandruszka und Helmut Rumpler *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*.¹³

Seit 2016 erscheint in Wien einmal jährlich eine Zeitschrift, die sich in innovativer Weise der Verwaltungsgeschichte widmet. Herausgegeben wird sie vom Institut für Österreichische Geschichtsforschung und dem Schweizerischen Bundesarchiv in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte.¹⁴ Die Zeitschrift hat sich einem transdisziplinären Ansatz bei der historischen Forschung über Staat und Verwaltung verschrieben. Die Herausgeber sehen Verwaltungsgeschichte „in einem Dialograum situiert, den [sie] vor allem mit den Instrumenten einer kulturwissenschaftlichen Diskurs- und Praxisforschung öffnen wollen.“¹⁵ Band zwei beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Raum und Verwaltung und enthält einen Beitrag von Thomas Stockinger zur Errichtung der Bezirke in den Kernländern der Habsburgermonarchie nach 1848.¹⁶ In dieser Arbeit geht Stockinger auch auf die Räume, hier wirklich als von Mauern umschlossene Räume in Gebäuden verstanden, der Verwaltung und die darin arbeitenden Menschen ein. Zwettl war von den Veränderungen der Verwaltung zu dieser Zeit direkt betroffen, in der Stadt stand das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft und sie wurde der Wohnort der neuen Beamten.

¹¹ Siehe Bericht zur Präsentation der Bibliographie am 5. Mai 2012 im Sparkassensaal in Zwettl, online https://www.zwettl.gv.at/Gelungener_Ueberblick_ueber_heimatkundliche_Literatur (29.12.2020).

¹² Jiří KLABOUCH, *Die Gemeindevorstverwaltung in Österreich 1848–1918* (Wien 1968).

¹³ Adam WANDRUSZKA, Helmut RUMPLER (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* (12 Bände, Wien 1973–2018).

¹⁴ Siehe Eintrag der Zeitschrift auf der Homepage des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, online <https://www.rg.mpg.de/publikationen/weitere-zeitschriften> (28.12.2020).

¹⁵ Peter BECKER, Stefan NELLEN, *Verwaltungsgeschichte im Dialog. Einleitung*. In: *Verwaltungsgeschichte im Dialog. Administrative History in Dialogue = Administory Bd. 1* (2016) 3–9, hier 3.

¹⁶ Thomas STOCKINGER, *Bezirke als neue Räume der Verwaltung. Die Einrichtung der staatlichen Bezirksverwaltung in den Kernländern der Habsburgermonarchie nach 1848. Ein Problemaufriss*. In: *Staat, Verwaltung und Raum im langen 19. Jahrhundert. The State, Administration and Space in the Long 19th Century = Administory Bd. 2* (2017) 249–277.

Der Forschungsstand zur allgemeinen Stadtgeschichte ist vielfältig, hier seien nur einige besonders relevante Publikationen herausgegriffen. Eine gute Übersicht über den Forschungsstand zur Stadtgeschichte bieten diverse Arbeitsgruppen, Institute und Forschungsgemeinschaften. Zuerst sei hier der Südwestdeutsche Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung genannt.¹⁷ Die Publikationstätigkeit des Arbeitskreises erstreckt sich vor allem auf die Herausgabe des Sammelbands zur jährlichen Tagung. 2002 stand diese unter dem Thema ‚Kleinstadt in der Moderne‘. Dieser Band enthält einen Beitrag von Hans Heiss, in dem er sich dem Verhältnis von Bürgertum und Modernisierung in Cisleithanien im 19. Jahrhundert widmet.¹⁸ Eine institutionelle Heimat hat die vergleichende Stadtgeschichtsforschung in Münster gefunden. Das Institut für vergleichende Städtegeschichte besteht dort seit 1970. Es ist zwar kein direkter Teil der dortigen Universität, aber eng mit dieser verbunden.¹⁹

Hierzulande ist der Österreichische Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung von Bedeutung. Nach einer langen Geschichte ist das Institut seit 2012 in Wien beheimatet und eng mit dem Österreichischen Städtebund verbunden. Das 1975 zuerst als Forschungsstelle gegründete Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung ging aus dem Arbeitskreis hervor. 1994 wurde die Niederlassung des Instituts in Linz und 2011 jene in Wien geschlossen. Von einer institutionellen Aufwärtskonjunktur der Stadtgeschichtsforschung kann für Österreich also nicht gesprochen werden. Der Arbeitskreis besteht aber weiter und gibt die Schriftenreihe *Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas* heraus. Besonders nützlich ist die auf der Homepage des Arbeitskreises benutzbare Städtebibliographie. Die Datenbank enthält 97.300 Einträge zu Arbeiten zur österreichischen Stadtgeschichte und ist u.a. nach Kategorien, Stichworten und Jahren durchsuchbar.²⁰

Die Stadtgeschichtsschreibung ist einem steten Wandel unterworfen. Eigen ist ihr auch eine interdisziplinäre Arbeitsweise. Einen Versuch, eine aktuelle Stadtgeschichte zu schreiben, unternimmt der Sammelband *Neue Stadtgeschichte(n). Die Reichsstadt Frankfurt im Vergleich*. Die von Gerd Schwerhoff geschriebene Einleitung beleuchtet die methodischen Impulse der

¹⁷ Online sind Informationen unter <<http://www.stadtgeschichtsforschung.de>> (18.11.2018) zu finden.

¹⁸ Hans HEISS, Bürgertum und gesellschaftliche Modernisierung in Österreichs Kleinstädten 1850–1914. In: Clemens ZIMMERMANN (Hrsg.), Kleinstadt in der Moderne. Arbeitstagung in Mühlacker vom 15. bis 17. November 2002 = Stadt in der Geschichte 31 (Ostfildern 2003) 87–118.

¹⁹ Siehe Das IStG – Institutsgeschichte. In: Homepage des Instituts für vergleichende Städtegeschichte, online unter <<https://www.uni-muenster.de/Staedtegeschichte/organisation/institutsgeschichte.html>> (18.11.2018).

²⁰ Siehe Städtebibliographie auf der Homepage des Arbeitskreises, online <http://www.stadtgeschichtsforschung.at/bibliografie.php> (28.12.2020).

verschiedenen *cultural turns*.²¹ Dass diese auch in der österreichischen Stadtgeschichtsforschung angekommen sind, stellte Martin Scheutz anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums des Österreichischen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung im Jahr 2020 fest. Im Vergleich mit anderen Teildisziplinen war das recht spät erfolgt, zumindest hatte sich schon zu Beginn der 1990er-Jahre eine heftige Debatte über die konservative Ausrichtung der österreichischen Stadtgeschichtsforschung an einem Beitrag von Albert Müller entzündet.²² Interessant ist auch die Bewertung des Forschungsstandes durch Schwerhoff. Er zitiert die Einschätzung von Karl Vöcelka aus dem Jahr 2000, dass in der Stadtgeschichtsforschung die Frühe Neuzeit eine untergeordnete Rolle spiele.²³ Die von Vöcelka im Jahr 2000 festgestellte Forschungslücke hat sich nach der Meinung von Schwerhoff bis 2018 nicht wirklich geschlossen. Für die Stadtgeschichtsschreibung hält Schwerhoff den Ansatz von einem das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit verbindenden Alteuropa für gut geeignet, warnt aber auch davor, die mittelalterliche Stadtgeschichte einfach in die Neuzeit zu verlängern.²⁴ Die Eignung von Epocheneinteilungen muss man anhand der jeweiligen Fragestellung beurteilen. Letztlich wird man aber die eben durch diese Teilungen aufgeworfenen Probleme auch mit anderen Aufteilungen nicht völlig überwinden können. Neben den Versuch, überkommene Epochengrenzen zu relativieren, tritt das Bemühen, auch die Grenzen der Länder und Staaten zu überwinden. So gibt Claus Möller Jørgensen in einem jüngeren Aufsatz die transnationale Stadtgeschichtsforschung als das *emerging paradigm* der Disziplin an.²⁵

In der Stadtforschung gab es immer wieder Ansätze, die Kleinstädte stärker in den Blick zu nehmen. So stellte Holger Thomas Gräf in der Einleitung von *Kleine Städte im neuzeitlichen Europa* fest, dass vor allem für die Zeit zwischen Westfälischem Frieden und der Industrialisierung für die Geschichte der kleinen Städte wenig Untersuchungen vorliegen. Gibt es sie doch, sind sie eher einem chronologischen oder ereignisgeschichtlichen Ansatz

²¹ Gerd SCHWERHOFF, Frühneuzeitliche Stadtgeschichte im Cultural Turn – eine Standortbestimmung. In: Julia A. SCHMIDT-FUNKE, Matthias SCHNETTGER (Hrsg.), *Neue Stadtgeschichte(n). Die Reichsstadt Frankfurt im Vergleich* (Bielefeld 2018) 11–40.

²² Vgl. Martin SCHEUTZ, 50 Jahre „Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung“ – Themenstellungen und Entwicklungsgeschichte der österreichischen Stadtgeschichtsforschung. In: Jürgen SARNOWSKY, Krzysztof KWIATKOWSKI, Hubert HOUBEN, László PÓSÁN, Attila BÁRÁNY (Hrsg.), *Beiträge zur Ritterordens-, Preussen- und Städteforschung. Festschrift für Roman Czaja zum 60. Geburtstag* (Debrecen 2020) 669–702, hier 681–683.

²³ Karl VÖCELKA, Die österreichische Stadtgeschichtsforschung zur frühneuzeitlichen Epoche. Leistungen – Defizite – Perspektiven. In: *Pro civitate Austriae* N.F. 5 (2000) 23–34, hier 24, zit. nach SCHWERHOFF, Frühneuzeitliche Stadtgeschichte, 12.

²⁴ SCHWERHOFF, Frühneuzeitliche Stadtgeschichte, 18.

²⁵ Vgl. Claus MÖLLER JØRGENSEN, Nineteenth-century transnational urban history. In: *Urban History*, 44/3 (2017) 544–563, hier 544.

verpflichtet oder gehen nicht über ein lokalhistorisches Interesse hinaus.²⁶ Mit dem Ende der 1980er-Jahre konstatiert Gräf aber einen Aufbruch, getragen unter anderem von Autorinnen und Autoren rund um Peter Clark, dem ersten Direktor (1985–1999) des Centre for Urban History an der University of Leicester.²⁷ Der von Gräf herausgegebene Sammelband enthält Beiträge, die für die *Third International Conference on Urban History* erstellt wurden. Bestehende Lücken sollen damit aber nicht vollständig geschlossen werden. Vielmehr will der Band anhand von quellenbasierten Einzelstudien Einblicke in die verschiedenen Problemfelder der Kleinstadtforschung gewähren. Auch sollen Regionen vorgestellt werden, die in den damals vorliegenden Sammelbänden nicht oder nur ausschnittsweise behandelt wurden.²⁸

Trotz oder vielleicht auch wegen seiner langjährigen Beschäftigung sind die Ausführungen von Peter Clark zu den Kleinstädten eher düster gefärbt, er schreibt vor allem von Abstieg und Niedergang. Obwohl auch er eine Lücke bei der Forschung zu den Kleinstädten sieht, widmet er ihnen in seinem 2009 erschienenen Werk *European Cities and Towns 400–2000* nur sehr wenig Platz. In den Kapiteln, die die Zeit von 1800 bis 2000 behandeln, nimmt das Thema eine knappe Seite ein. Dort sieht er für das 19. Jahrhundert die Kleinstädte im Abstieg begriffen. Ausgelöst durch den Niedergang des traditionellen Handwerks, die Abhängigkeit von einem nur langsam wachsenden Agrarsektor und einem nur verspätet stattgefundenen oder ganz versäumten Ausbau der Infrastruktur wuchsen die Kleinstädte nur langsam. Eine signifikante Minderheit konnte sich aber als Industriezentren etablieren, andere als Bäder oder Urlaubsorte. Für Frankreich und Britannien unterlegt Clark den Trend mit Zahlen. In Britannien lebten 1851 16 Prozent der Gesamtbevölkerung in kleinen Städten, 1901 waren es nur mehr neun Prozent. In Frankreich fiel die Zahl von 1831 bis 1911 gar von rund 50 auf 20 Prozent.²⁹ Klar ist, dass ein so lang und breit angelegtes Werk wie *European Cities and Towns 400–2000* nicht den Raum lässt, detailliert auf die Eigenheit von Kleinstädten einzugehen. Dem oft vorherrschenden Narrativ von Stagnation und Niedergang hätte Clark sich trotzdem nicht verschreiben müssen. Für Österreich erachtet Martin Scheutz die Forschungslage zu Kleinstädten als gut. Über große Städte wird zwar noch immer mehr geforscht, dennoch hätte die Kleinstadtforschung aufgeholt. Kleinstädte bieten dabei vor allem den Vorteil der Überschaubarkeit.³⁰

²⁶ Holger Thomas GRÄF, Probleme, Aufgaben und Methoden historischer Kleinstadtforschung. In: Holger Thomas GRÄF (Hrsg.), *Kleine Städte im neuzeitlichen Europa* = Bibliothek zur Neueren und Neuesten Geschichte, Bd. 6 (Berlin 1997) 11–24.

²⁷ Siehe Homepage des Zenrums, online <https://le.ac.uk/urban-history/about-us> (28.12.2020), zu Peter Clark siehe den Eintrag zu seiner Person an der University of Helsinki, online <https://www.helsinki.fi/en/people/people-finder/peter-clark-9060659> (28.12.2020).

²⁸ GRÄF, Probleme, 13 f.

²⁹ Peter CLARK, *European Cities and Towns 400–2000* (Oxford/New York 2009) 244 f.

³⁰ SCHEUTZ, 50 Jahre, 684 u. 688.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Kleinstädte des 19. Jahrhunderts oft aus zwei Gründen ein wenig durch das Raster der Geschichtswissenschaft fallen. Zum einen ist die Stadtgeschichtsforschung noch immer stark auf das Mittelalter und die Moderne fixiert und weniger auf die Frühe Neuzeit. Zum anderen ist zwischen der Forschung zu Metropolen auf der einen Seite und dem flachen Land auf der anderen Seite oft kein Platz für die Kleinstadt. Das hat sicher stark mit der Abgrenzungsproblematik zu tun. Was gerade im 19. Jahrhundert eine Stadt ausmacht, wurde noch nicht allgemeingültig formuliert, schon gar nicht über Ländergrenzen hinweg. So lassen sich Kriterien und Schwellenwerte für ein bestimmtes Territorium in einer bestimmten Epoche plausibel argumentieren, bei europaweiten oder gar internationalen Vergleichen wird das aber ungleich schwieriger.³¹ Das weit verbreitete Aufstiegsnarrativ, das in der Kleinstadt nur eine Zwischen-, Minder-, oder Übergangsform sieht, tat das Übrige, um die Forschung zu kleinen Städten bisher nicht in den Rang einer eigenen Teildisziplin zu heben. Es muss auch die Frage gestellt werden, ob jede Forschung *in* einer Kleinstadt auch eine Forschung *über* die Kleinstadt ist. Werden bloß lokale Ereignisse beschrieben oder bestimmte Phänomene untersucht, ohne auf die Verknüpfung mit der spezifischen Kleinstadt einzugehen, kann man schwerlich von einem Beitrag zur Kleinstadtforschung sprechen.

Wie die Stadtgeschichtsforschung ist auch die Forschung zum Bürgertum sehr vielschichtig. Von breit angelegten Überblicken³² bis zu Spezialstudien ist vieles vorhanden. Auch institutionell hatte sich die Bürgertumsforschung schon vor längerer Zeit verfestigt. So bestand von 1986 bis 1997 in Bielefeld der Sonderforschungsbereich *Sozialgeschichte des neuzeitlichen Bürgertums: Deutschland im internationalen Vergleich*. Aus dieser Forschungseinrichtung gingen mehr als 500 Veröffentlichungen hervor.³³

Forschungen zum Bürgertum reichen in viele Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft hinein. So kommt auch Hans-Ulrich Wehler in seiner *Deutsche(n) Gesellschaftsgeschichte* nicht ohne Blick auf das Bürgertum aus.³⁴ Er sieht in der „Entfaltung und Konsolidierung des

³¹ Vgl. GRÄF, Probleme, 15 f.

³² Exemplarisch seien hier aufgeführt Michael SCHÄFER, Geschichte des Bürgertums (Köln 2009), Jürgen KOCKA (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, 3 Bde. (München 1988), Jürgen KOCKA (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert (Göttingen 1987). Näher am Thema dieser Arbeit liegen Oliver KÜHSCHLIM, Das Bürgertum in Cisleithanien. In: Helmut RUMPLER, Peter URBANITSCH (Hrsg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band IX/1: Soziale Strukturen. Von der Feudal-Agrarischen zur Bürgerlich-industriellen Gesellschaft Teilbnd. 1/2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft (Wien 2010) 849–907, Hannes STEKL (Hrsg.), Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich. Horn, Eggenburg und Retz um 1900 = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich 27 (Wien 1994).

³³ Vgl. Peter LUNDGREEN (Hrsg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997) = Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 18 (Göttingen 2000).

³⁴ Hans-Ulrich WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914 (München Studienausgabe 2008) 712–772.

deutschen Bürgertums die vorherrschende Tendenz“³⁵ in der Zeit von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Wehler gibt auch Zahlen zum Bürgertum für die Jahre von 1870 bis 1913 an, die verdeutlichen, dass es sich um eine kleine Minderheit der Bevölkerung handelte. Selbst wenn man alle kleinen Selbstständigen, höheren Angestellten, niederen Beamten, Offiziere und Künstler dazurechnet, kommt man auf nicht mehr als 15 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Das Bürgertum erlangt seine Bedeutung gemäß Wehler nicht durch seine Anzahl, sondern durch seine Ausstrahlungskraft auf die übrige Gesellschaft.³⁶ Kriterien der Bürgerlichkeit gibt Wehler nicht explizit an. Er unterteilt grob in Bourgeoisie, Bildungsbürgertum und Kleinbürgertum, stellt also vor allem auf Besitz, Einkommen und Bildung ab. Viel klarer und auf die Habsburgermonarchie bezogen formulieren Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl Kriterien der Bürgerlichkeit und geben eine quantitative Einschätzung. Je nach Kriterium kommen sie dabei auf nicht mehr als 7,5 Prozent Anteil der bürgerlichen Schicht an der Gesamtbevölkerung.³⁷

Im Jahr 2000 erschien eine wesentliche Arbeit zu Kleinstädten der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert, herausgegeben von Peter Urbanitsch und Hannes Stekl. Der Sammelband, dessen Beiträge je eine einzelne Stadt behandeln, verknüpft die Forschung zu Stadt und Bürgertum.³⁸ Die Einleitung konstatiert, dass sich die bisherige Forschung vor allem auf große Städte wie Wien, Prag und Budapest und auf den Zeitraum von 1500 bis 1800 beschränkt habe.³⁹ In der Zusammenfassung zeigen Hans Heiss, Hannes Stekl und Peter Urbanitsch zentrale Tendenzen auf. Sie behandeln vor allem Änderungen beim Wahlrecht, den Wandel in der Zusammensetzung der bürgerlichen Schicht, nationale Konflikte, die Entstehung der politischen Lager, infrastrukturelle Herausforderungen und kulturelle Eigenheiten von Kleinstädten.⁴⁰

So wie bei den Themenblöcken Macht und Herrschaft lohnt es sich auch bei der Stadt, in die Nachbardiziplin der Soziologie zu blicken. 2012 erschien ein Sammelband, der Ausgangspunkte, Debatten und Themenfelder der Stadtsoziologie zusammenfasst.⁴¹ Gerade der Begriff der Eigenlogik kann auch gewinnbringend in der Geschichtswissenschaft verwendet

³⁵ Ebd., 712.

³⁶ Ebd., 712 f.

³⁷ Ernst BRUCKMÜLLER, Hannes STEKL, Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich. In: Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert I (München 1988) 160–192.

³⁸ Peter URBANITSCH, Hannes STEKL (Hrsg.), Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 = Bürgertum in der Habsburgermonarchie IX (Wien, Köln, Weimar 2000).

³⁹ Hans HEISS, Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Einleitung. In: Ebd., 7–24, hier 7.

⁴⁰ Hans HEISS, Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914. In: Ebd., 465–503.

⁴¹ Frank ECKARDT (Hrsg.) Handbuch Stadtsoziologie (Wiesbaden 2012).

werden. Er hält dazu an, lokale Eigenheiten nicht als Sonderfall einer übergeordneten Allgemeinheit zu beschreiben, sondern als spezifisches Phänomen zu analysieren.⁴²

Bürgertum und Stadt sind untrennbar miteinander verbunden und wirken aufeinander ein. Die von 1990 bis 2011 erschienene Reihe *Stadt und Bürgertum* widmete sich diesem Zusammenhang in 14 Bänden. Meist handelt es sich dabei um Monographien zu einzelnen, überwiegend größeren Städten. Die Bände eins, zwei und vier versammeln aber allgemeine Beiträge zu Stadt und Bürgertum. Besonders Band drei fasst auf gelungene Weise Konstituierungsfaktoren des Bürgertums zusammen. Ein eigenes Unterkapitel unterscheidet dabei rechtliche, soziale, politische und wirtschaftliche Faktoren.⁴³

An bereits geleisteter Arbeit, aber auch an neuen Ansätzen mangelt es in dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Forschungsfeld also nicht. Für den Aufbau einer eigenen Arbeit ist genug Sekundärliteratur vorhanden. Auch Vergleichs- und Kontrastfolien lassen sich leicht finden und je nach Fragestellung einsetzen.

3. Fragestellung

Das lange 19. Jahrhundert hat für die Stadt Zwettl viele Veränderungen gebracht. Besonders deutlich wird dies, wenn man sich die Situation zu Beginn und Ende der Zeitspanne vor Augen führt. Da diese Arbeit keine reine Auflistung von Ereignissen darstellt und auch nicht als Chronik angelegt ist, soll mit klar umrissenen Fragestellungen an die Geschichte der Stadt herangetreten werden. Manche dieser Fragestellungen sind durch den Rahmen des übergeordneten Projekts vorgegeben. Es bleibt aber trotzdem Raum für eigene Überlegungen. Die erste Frage betrifft die Strukturen der Stadtverwaltung. Wie haben diese ausgesehen und wie haben sie sich im Laufe des Untersuchungszeitraums verändert? Einschnitte stellen hier die revolutionären Ereignisse von 1848, das provisorische Gemeindegesetz von 1849, das Reichsgemeindegesetz vom 5. März 1862 und schließlich die Niederösterreichische Gemeindeordnung vom 31. März 1864 dar. Mit dem Ausbau der Gemeindeverwaltung bekamen die Gemeinden neue Aufgaben zugeteilt, zusammengefasst unter dem Fachterminus „Übertragener Wirkungsbereich“. Wie hat man diese Aufgabenausweitung in Zwettl bewerkstelligt? Die nächste Frage widmet sich dem schon erwähnten Jahr 1848. Wie schlug sich die Revolution lokal nieder? 1850 hat den Bewohnerinnen und Bewohnern von Zwettl eine neue kommunale Selbstverwaltung, gegründet auf ein Kurienwahlrecht, gebracht. Obwohl in

⁴² Vgl. Sybille FRANK, Eigenlogik der Städte. In: Frank ECKARDT (Hrsg.) Handbuch Stadtsoziologie (Wiesbaden 2012) 289–309, hier 301.

⁴³ Siehe Lothar GALL (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft = Stadt und Bürgertum 4 (München 1993).

der Folgezeit also nicht jeder Einwohner – und schon gar nicht jede Einwohnerin – gleich und frei wählen konnte, waren die Wahlen ein Brennpunkt politischer Mobilisierung. Damit verknüpft ist die Frage nach der Entstehung der politischen Massenbewegungen und -parteien. Wie lief die Formierung der politischen Blöcke in Zwettl? Welche Auswirkungen hatte das auf das Machtgefüge in der Stadt? 1868 wurde Zwettl Sitz einer Bezirkshauptmannschaft und gewann damit eine wichtige Funktion hinzu. Wie haben die Entscheidungsträger diese Entwicklung gestaltet? Sah man darin eine Chance und konnte man diese nutzen?

Als übergeordnetes Ziel des Forschungsvorhabens soll herausgearbeitet werden, was die Geschichte Zwettls für mehr als die regionalen Interessentinnen und Interessenten wichtig und wissenswert macht. Wenn dies gelingt, kann die Studie auch einen Beitrag zur Teildisziplin der Stadtgeschichtsforschung leisten.

4. Vorgehensweise/Methodik/Theoretischer Hintergrund

Diese Masterarbeit stützt sich gleichermaßen auf Sekundärliteratur und archivalische Quellen. Zur Geschichte der Stadt Zwettl liegt bereits einiges an Literatur vor. Es wird daher nicht nötig sein, von Null auf ein ereignisgeschichtliches Gerüst aus den Quellen zu rekonstruieren, sondern man kann dafür auf verfügbare lokalgeschichtliche Studien zugreifen. Dabei ist allerdings eine kritische Beurteilung angebracht, um nicht überholte Wertungen zu übernehmen. Um dem zu entgehen und neue Perspektiven zu eröffnen, wird die eigenständige Arbeit mit Quellen aus dem Untersuchungszeitraum dienen, vor allem den Ratsprotokollen der Stadt.⁴⁴ Auf Anregung von Friedel Moll wurden diese bereits transkribiert und sind auch online verfügbar. Die Protokolle sollen einer reflektierten Betrachtung unterzogen werden und so eine Innensicht auf die Vorgänge in der höchsten Entscheidungsebene der Stadt ermöglichen. Neben den Ratsprotokollen beherbergt das Stadtarchiv Zwettl Material zu den Wahlen von 1848⁴⁵ und den Gemeindewahlen von 1864 bis 1914.⁴⁶

Die soziale Schichtung der Stadt soll über Steuerlisten und Archivmaterial zum Bürgerspital und Armenwesen rekonstruiert werden. Zu diesem Themenbereich ist im Archiv ebenfalls Material vorhanden. Die gewonnenen Daten sollen, dort wo dies sinnvoll erscheint, in Tabellen und Grafiken aufbereitet werden. Eine breite quantitative Untersuchung mit Zeitreihen wird hier aber unterbleiben.

⁴⁴ StAZ, Sign. 2/14 bis StAZ, Sign. 2/35

⁴⁵ StAZ Akten K 020

⁴⁶ StAZ Akten K 143 bis StAZ Akten K 148

Politik und Herrschaft ist untrennbar mit dem Begriff der ‚Macht‘ verknüpft. Um dieser Macht nachzuspüren und ihr Wirken sichtbar zu machen, braucht es eine Vorstellung von ihrer Ausformung und ein Categoriesystem, um sie darzustellen.

Die Beschäftigung mit Macht und Herrschaft ist für die Geschichtswissenschaft in zweifacher Hinsicht von Interesse. Zum einen sind die Denkweisen von Menschen rund um das Begriffspaar einen genauen Blick wert. Definitionen von Macht und Herrschaft und die Diskurse rund um sie sind wichtige Felder der Ideengeschichte. Wer aller an solchen Diskursen teilnehmen wollte und konnte, wirft ein Licht auf die jeweiligen Gesellschaftsverhältnisse. Wie sich herrschaftstheoretische Gedanken formten, verbreiteten und längs und quer zur Zeitachse ihre Wirkmächtigkeit entfalteten, verknüpft die Ideengeschichte mit konkreten Zeiten, Orten und Menschen. Das führt zum zweiten Nutzen der Beschäftigung mit Macht und Herrschaft. Die Beschreibung der jeweiligen Verhältnisse durch trennscharfe Analysekatoren ermöglicht es Historikern und Historikerinnen die Strukturen verschiedener Gesellschaften zu beschreiben, sie zu vergleichen und ihre Veränderungen darzustellen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf diese Kategorien und die verwendeten Werkzeuge gerichtet werden. Allzu schablonenhafte Einteilungen lassen vieles außen vor, völlige Beliebigkeit führt dagegen zu verschwommenen Beschreibungen, die sich schwer greifen und fachlich diskutieren lassen. Unabdingbar ist dabei vor allem eine saubere Begriffsdefinition.

Herrschaft gilt als ein wichtiges und zentrales Element sozialer Ordnung. Nur schwer ist Ordnung ohne Herrschaft denkbar und Mechanismen von Herrschen und Beherrschen scheinen so gut wie jeder menschlichen Beziehung innezuwohnen. Im privaten und öffentlichen Umfeld dreht sich vieles um Macht und Herrschaft und die Etablierung, Verfestigung und Auflösung von Herrschaftsstrukturen und Abhängigkeitsbeziehungen sind und waren eine stete Triebfeder und bilden ein permanentes Spannungsfeld. Allgemein wird unter Herrschaft eine ungleich ausgeprägte soziale Wechselbeziehung verstanden, in der eine Person, Gruppe oder Organisation anderen zumindest zeitweise Unterordnung aufzwingen und Folgsamkeit erwarten kann.⁴⁷

Wissenschaftlich enger gefasste und mit mehr analytischer Schärfe versehene Definitionen von Herrschaft fußen sehr oft auf den Werken des deutschen Soziologen und Nationalökonomen Max Weber. Seine Definition beschreibt Herrschaft als „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“. Macht ist bei Weber „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben

⁴⁷ Vgl. Horst CARL, Herrschaft. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, https://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/herrschaft-COM_279871 (25.04.2020).

durchzusetzen“.⁴⁸ Herrschaft wird so zu einer spezifischeren Ausübung von Macht. Der Wert der Ausführungen von Weber ergibt sich unter anderem dadurch, dass er den Begriff der Herrschaft von dem der Macht abtrennt. Den zweiten Verdienst von Weber kann man darin sehen, dass er Herrschaft und Legitimität verknüpfte und so eine Trennlinie zur reinen Gewalt schuf.⁴⁹ Will man eine möglichst umfassende Machttheorie verwenden, lässt sich die Theorie der Gewalt aber nicht ausklammern. Gewalt wird dabei als „strukturierende Größe bei Macht- und Herrschaftsphänomenen“⁵⁰ angenommen.

Weber unterscheidet drei reine Typen von legitimer Herrschaft, die rationale (oder legale) Herrschaft, die traditionale Herrschaft und die charismatische Herrschaft. Die rationale Herrschaft beruht dabei auf Recht und Gesetz und dem Glauben an deren Legalität. Die Bürokratie mit ihren festgelegten Abläufen und Hierarchien ist hier das klassische Beispiel. Die traditionale Herrschaft gründet auf althergebrachten Traditionen und dem Glauben an die Legalität der durch sie zum Herrschen Berufenen. Die charismatische Herrschaft fußt auf dem Glauben an besondere Fähigkeiten einer bestimmten Person und die daraus gewonnene Legitimität. Mit dieser Einteilung gibt Weber der Geschichtswissenschaft geeignete Analyseketegorien in die Hand. Gerade die beiden letztgenannten sind gut für vormoderne Verhältnisse anwendbar.⁵¹

An der klaren Trennung entzündet sich aber auch einiges an Kritik. Übergänge zwischen den Formen und den Motivlagen der handelnden Personen bleiben unberücksichtigt. Ebenso werden die Wechselwirkungen zwischen Beherrschten und Herrschern übergangen und andere Zwänge, seien sie ökonomischer oder gesellschaftlicher Natur, bleiben unberücksichtigt.⁵²

Die Analysen von Michel Foucault speisen weitere Kritik an Max Weber. Für Foucault ist Macht ein diskursiv erzeugtes Verhältnis, dem eine starke Dynamik innewohnt. Selbst weniger mächtige Akteure besitzen eine gewisse Autonomie und Eigenmächtigkeit. Macht und damit Herrschaft werden immer wieder neu verhandelt, erzeugt und bestätigt und sind dabei Änderungen und Verschiebungen unterworfen.⁵³ Bei Weber erscheint die Einteilung dagegen sehr statisch, auch weil er nicht hinterfragt, wie das „Minimum an Gehorchen wollen“⁵⁴

⁴⁸ Max WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, (Tübingen 5. Aufl. 1976) 28.

⁴⁹ Vgl. CARL, *Herrschaft*.

⁵⁰ Hubert TREIBER, *Macht – Ein soziologischer Grundbegriff*. In: Peter GOSTMANN, Peter-Ulrich MERZ-BENZ (Hrsg.), *Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe* (Wiesbaden 2007) 49–62, hier 56.

⁵¹ CARL, *Herrschaft*.

⁵² Vgl. Alf LÜDTKE, *Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis*. In: Alf LÜDTKE (Hrsg.), *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte* 91 (Göttingen 1991), 9–63, hier 10.

⁵³ CARL, *Herrschaft*.

⁵⁴ WEBER, *Wirtschaft*, 157, zit. nach LÜDTKE, *Einleitung*, 11.

zustande kommt, das für ihn zu jedem Herrschaftsverhältnis gehört und wie der Glaube an Legalität und Legitimität hergestellt und gefestigt wird.⁵⁵ Trotzdem ist es ein großes Verdienst von Weber, Herrschaft und Legitimität zusammen gebracht zu haben.

Die Möglichkeit zur Mitbestimmung war in Zwettl im 19. Jahrhundert nur wenigen Bürgern und fast keiner Bürgerin gegeben. Trotzdem ist es notwendig, einen Blick auf die Legitimität der Entscheider und ihre Handlungen zu werfen. Zumindest in beschränktem Ausmaß war eine Veränderung des Machtgefüges möglich, konnte der Adressat von Herrschaft und Verwaltung zum Sender der Anordnungen und Befehle aufsteigen. Auch der begrenzte soziale Rahmen und die relative Kleinheit der agierenden Gruppe machten es notwendig, die Rechtmäßigkeit der Verwaltung nicht nur aus Amt und Gesetz abzuleiten. Sie lässt sich in so einem Kontext vor allem durch „gemeinwohlfördernde politische Leistung“⁵⁶ erzeugen. In dieser Arbeit soll deswegen der Aushandlungscharakter von Legitimität beachtet werden und von keiner starren Herrschaftsstruktur mit immer gleichbleibenden Gruppen von Entscheidern und Beherrschten ausgegangen werden. Angelehnt an Niklas Luhmanns Werk *Legitimation durch Verfahren* soll auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Verwaltungshandlungen betrachtet werden. Nach Luhmann sind Verfahren „kommunikative Zusammenhänge, die rollenmäßig inkludierten Beteiligten eine gewisse Einflussnahme auf die (...) Entscheidung gestatten.“⁵⁷

Stellt man Fragen nach der Veränderung von Herrschaftsverhältnissen so erscheint die Sicht auf Herrschaft als soziale Praxis gewinnbringend. Die Perspektive geht davon aus, dass Herrschaft in einem Kräftefeld stattfindet. Dieses Feld ist nicht statisch, seine Größe und Umrisse verändern sich mit den Handlungen der Akteure. Völlig frei können die Akteure aber nicht agieren, ihre Handlungsmöglichkeiten ergeben sich aus den Interaktionen mit den anderen Beteiligten. Mit der Figur des Kraftfeldes vermeidet man eine zu einfache Zweipoligkeit, gerade bei mehrschichtigen Hierarchien ist dies wichtig. Auch die auf die Herrschenden wirkenden Abhängigkeiten bleiben so nicht unberücksichtigt.⁵⁸

Auch mit dem Begriff der Struktur ist jener der Herrschaft stark verknüpft. Gerade im Kontext von Verwaltung gießt sich Herrschaft in institutionelle und organisatorische Formen. Diese weisen oft eine erhebliche Langlebigkeit auf, selbst radikale Umbrüche enthalten dabei Momente des Beharrens. Oft ist es auch die Fähigkeit, bereits erworbenes Organisationswissen gewinnbringend für die neuen Verhältnisse zu nutzen, die einer Umwälzung zum Erfolg

⁵⁵ Ebd., 11.

⁵⁶ Wolfgang Eduard Josef WEBER, Legitimität, In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/legitimitat-SIM_302954 (05.11.2020).

⁵⁷ Vgl Justus HECK, Adrian ITSCHERT, Luca TRATSCHIN, Legitimation durch Verfahren: Zum Entstehungskontext und zur Aktualität eines Nicht-Klassikers. In: Soziale Systeme 22/1–2 (2017) 1–20, hier 2.

⁵⁸ LÜDTKE, Einleitung, 13.

verhilft. Als den Strukturen gegenüberstehend kann man die alltäglichen Handlungen und Interaktionen der beteiligten Individuen auffassen. Einen allzu starken Gegensatz sollte man aus dem Paar von Struktur und Handlung aber nicht konstruieren. Einerseits finden Handlungen innerhalb der Strukturen statt und bedürfen ihrer bis zu einem gewissen Ausmaß als Rahmen, auch wenn mitunter versucht wird, diesen Rahmen zu verlassen oder unwirksam zu machen. Auf der anderen Seite stehen die beiden Begriffe im permanenten Austausch und gegenseitiger Beeinflussung. Auch die Strukturen brauchen die Handlungen, um sie mit Leben zu füllen. Die Struktur allein bleibt sonst ein leeres Gerüst. Aus diesem Grund soll in dieser Arbeit auf beides geachtet werden.

Diese Arbeit soll insgesamt als Fallstudie für die verschiedenen Übergängen des 19. Jahrhunderts dienen. Besonders die revolutionären Ereignisse von 1848 und die darauffolgenden Änderungen waren es, die die Stadt Zwettl vor neue Herausforderungen stellten. Wegen der jahrhundertelangen Kontinuität, die Zwettl als Stadt aufzuweisen hat, ist man vielleicht versucht, die Änderungen durch das neue Gemeindegesetz und die neuen Herausforderungen als Nebenepisode abzutun. Zwettl war noch immer Stadt und ein wichtiger zentraler Ort, nach außen hin hatte sich wenig verändert. Wie der Wandel aber genau geschah und wie man in Zwettl darauf reagierte, soll in dieser Arbeit näher beleuchtet werden.

Die Verdichtung der Staatlichkeit im 19. Jahrhundert kann, gerade für die Zeit vor der Errichtung der Gemeinden, als „urban event“⁵⁹ gelesen werden. Besonders in den landesfürstlichen Städten fand der Monarch ein Feld vor, auf das er weit direkteren Zugriff als auf die Untertanen der Grundherren hatte. Die Gaisrucksche Instruktion und die Josephinische Magistratsreform sind frühe Beispiele dafür, wie der sich entwickelnde Staat einen verstärkten Zugriff auf die Städte versuchte. Die Geschichtswissenschaft hat bei der Erforschung der Staatsbildung den Blick nicht unbedingt immer auf die Städte gerichtet. Wohl weil „der Wind des Fortschritts anderswo wehte, politisch beim entstehenden Staat, wirtschaftlich auf dem Land in der Protoindustrie“,⁶⁰ beschied die Geschichtswissenschaft gerade kleinen Städten lange Zeit Stagnation oder Abstieg.⁶¹ Deshalb ist es angebracht, mehr auf die Verhältnisse vor Ort zu schauen. Die staatliche Durchdringung der Lebenswelten der Bevölkerung fand nicht nur in den Hauptstädten und Regierungskanzleien statt. Es bedurfte dazu der Institutionen und Menschen, die diese Entwicklung an die einzelne Einwohnerin und den einzelnen Einwohner herantrugen, Veränderungen erklärten, begleiteten und die Reaktionen an die übergeordneten

⁵⁹ Carl Albin HOFFMANN, Integration in den frühneuzeitlichen Staat und ökonomischer Funktionsverlust – die altbayerischen Kleinstädte in der frühen Neuzeit. In: Holger Thomas GRÄF (Hrsg.), Kleine Städte im neuzeitlichen Europa = Bibliothek zur Neueren und Neuesten Geschichte, Bd. 6 (Berlin 1997) 83–109, hier 94.

⁶⁰ SCHWERHOFF, Frühneuzeitliche Stadtgeschichte, 18.

⁶¹ HOFFMANN, Integration, 83.

Schaltstellen zurückmeldeten. Genau das geschah in den vielen kleinen Städten der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert. Sie sind damit die Plätze, an denen viele Elemente unseres heutigen Gesellschaftssystems und -verständnisses grundgelegt wurden. Diese Arbeit will deswegen eine Fallstudie sein, die einen kleinen Ausschnitt dieses Prozesses beschreibt und so vergleichbar macht.

5. Herrschaft und politisches System der Stadt

Das 19. Jahrhundert ist stark dadurch gekennzeichnet, dass der Staat seinen Tätigkeitsradius ausdehnte und an die Menschen heranrückte, die von Untertanen zu Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wurden. Dieser Prozess ließ sich aber nicht allein von oben her auf dem Verordnungsweg oder per Gesetzesbeschluss durchführen. Unbedingt notwendig war es, mit schon bestehenden Instrumenten der Machtausübung zusammenzuarbeiten oder sie an die neuen Anforderungen zu adaptieren. Das macht es abseits des berechtigten lokalen Interesses an der Geschichte einer Kleinstadt lohnend, einen Blick auf ein schon lange bestehendes und von den Änderungen im 19. Jahrhundert direkt betroffenes politisches und soziales Gefüge zu werfen, die Stadt Zwettl im Nordosten von Niederösterreich.

5.1. Eine neue Zeit bricht an – aber wann?

Periodisierungen sind ein ergiebiges Feld für Diskussionen in den Geschichtswissenschaften. Sie hängen stark vom Standpunkt und der eigenen weltanschaulichen und politischen Verortung ab. Wie periodisiert man konkret die Geschichte einer Stadt? Einen klaren Schnitt zu ziehen liegt oft nicht auf der Hand bei einem Sozialgefüge, dem an Kontinuität und Beständigkeit gelegen war und dessen Verantwortliche Umbrüche meist zu verhindern suchten.

Als Zäsur könnten sich für Zwettl die Einfälle der napoleonischen Truppen im Dezember 1805 und wieder im Oktober 1809 eignen, die lokal ein einschneidendes Ereignis waren.⁶² Für Historikerinnen und Historiker hat die Besetzung durch französische Truppen zudem den Reiz der relativen Nähe zur Jahrhundertwende.

Hier soll aber ein anderer Weg gewählt werden, einer, der die Verfasstheit der Stadt in den Mittelpunkt rückt. Die Darstellung wird daher von zwei Weichenstellungen ausgehen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgten: Es sind dies die Gaisrucksche Instruktion und die Josephinische Magistratsreform.

⁶² Hans HAKALA, Zwettl zwischen 1648 und 1848. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 67–82, hier 77 f.

Die immer stärker werdende Verdichtung und Institutionalisierung der Herrschaft und die damit einhergehende Ausbreitung des Staates⁶³ hatte im 18. Jahrhundert vor allem eine Triebfeder, den stark gestiegenen Finanzbedarf durch die zahlreichen und immer kostspieliger werdenden Kriege.⁶⁴ Dieser Bedarf sollte vor allem durch Steuern gedeckt werden, die Einnahmen aus Regalien und den Eigengütern der Landesfürsten reichten schon seit dem Spätmittelalter nicht mehr aus. Die Etablierung des modernen Steuerstaates und sein steter Ausbau drängten den Einfluss der Stände zurück und begünstigten zentralstaatliche Tendenzen. Die Fähigkeit zur Kriegsführung und zur dafür notwendigen Ressourcenaufbringung konzentrierte sich auf immer weniger Akteure.⁶⁵ Diese zeigten nun ein vermehrtes Interesse am wirtschaftlichen Fortkommen ihrer Untertanen.

Zwettl gehörte bereits seit dem 15. Jahrhundert dem sogenannten „Vierten Stand“ an.⁶⁶ Dieser wurde in Niederösterreich zur Hälfte von der Stadt Wien und zur anderen Hälfte von den 18 landesfürstlichen Städten gebildet. Sie alle sahen sich seit Beginn der Frühen Neuzeit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten ausgesetzt. Vor allem die Grundherren, aber auch Stifte und Klöster versuchten, die städtischen Vorrechte bei Handwerk, Gewerbe und Handel zu unterwandern. Auch die in der Zeit des Merkantilismus forcierten Manufakturgründungen gingen zum größten Teil an den Städten vorbei. Die Einfälle von Türken und Schweden brachten weitere Belastungen für die ‚mitleidenden‘ Städte. Diese oft als Niedergang betitelten Entwicklungen hatten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts zu einer immensen Steuerschuld der landesfürstlichen Städte von 570.000 Gulden geführt. Der Großteil davon, beinahe 495.000 Gulden wurde während der Untersuchungen des Grafen Gaisruck als uneinbringlich beschrieben. Zwettl hatte einen Steuerschuldenstand von 6.038 Gulden, davon wurden 5.639 als verloren angesehen.⁶⁷

⁶³ CARL, Herrschaft. Der Beitrag beschreibt Staatsbildung als Herrschaftsverdichtung und geht kurz auf den Zusammenhang von Raum und Herrschaft ein. Für das 19. Jahrhundert und beispielhaft an Hand verschiedener Regionen siehe Jörg GANZENMÜLLER, Tatjana TÖNSMEYER (Hrsg.) Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts (Köln, Weimar, Wien 2016) 7–32.

⁶⁴ Vgl. Horst CARL, Christoph KAMPMANN, Staat, politische Herrschaft und internationales Staatensystem. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/staat-politische-herrschaft-und-internationales-staatensystem-a5033000> (05.10.2019).

⁶⁵ Vgl. Horst CARL, Kriegsfinanzierung. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.) Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/kriegsfinanzierung-a2292000> (05.10.2019). Zur Kriegsfinanzierung in Österreich siehe Peter RAUSCHER (Hrsg.) Kriegführung und Staatsfinanzen. Die Habsburgermonarchie und das Heilige Römische Reich vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des habsburgischen Kaisertums 1740 = Geschichte in der Epoche Karls V. 10 (Münster 2010).

⁶⁶ Zu Entstehung und Entwicklung des Vierten Standes siehe Franz BALTZAREK, Beiträge zur Geschichte des vierten Standes in Niederösterreich. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit besonderer Auswirkung der Gaisruckschen Städteordnungen von 1745–1747. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Bd. 23 (Wien 1971) 64–104.

⁶⁷ NÖLA Abt. 1, Gaisrucksche Instruktion Korneuburg, Beilage J fol. 1, zit nach Ebd., 84.

Um diese Missstände zu beseitigen, wurde im Jahr 1745 Graf Anton von Gaisruck damit beauftragt, das Steuer-, Finanz- und Wirtschaftswesen des halben vierten Standes zu untersuchen und jeweils neu zu ordnen. Außerdem regelten fast alle erlassenen Instruktionen auch das „politicum“, die damals so genannte „gute Policey“. Darunter verstand man die „gute Ordnung“ eines Gemeinwesens.⁶⁸

Zwettl erhielt seine Instruktion am 26. Mai 1746. Ohne Mutmaßungen über die Arbeitsweise von Gaisruck und seinen Mitarbeitern anzustellen, muss zumindest festgehalten werden, dass die Schlagzahl hoch war. So hatte Hainburg die Instruktion am 2. Mai erhalten, die für Waidhofen an der Thaya folgte schon am 4. Juni. Insgesamt fertigte Gaisruck im Jahr 1746 13 Instruktionen an.⁶⁹

Die Instruktion für Zwettl umfasste 136 Seite, der größte Teil betraf die Einnahmen und Ausgaben. Für die städtischen Amtsträger änderten die Anweisungen vor allem die Entlohnung. Wurden vor der Instruktion noch viele Tätigkeiten in Naturalien oder mit Anteilen an städtischen Einnahmen abgegolten, wurde nun fast immer eine Entlohnung in Bargeld gegeben. An der Zusammensetzung des Rates änderte sich nichts, er bestand weiterhin aus zwölf Mitgliedern im inneren und sechs im äußeren Rat.⁷⁰

Auch sehr persönliche Dinge wurden in der Instruktion angesprochen. So wurden Rat und Bürger ermahnt, an den größeren Festtagen zahlreich in der Kirche beim Gottesdienst zu erscheinen. Gleichzeitig sollten die Wirtshäuser an Sonn- und Feiertagen zu bestimmten Zeiten geschlossen bleiben. Die Bürger wurden zu Gehorsam gegenüber dem Magistrat verpflichtet, diesen ermahnte man, die Bürger zu schützen. Die Ratssitzungen sollten hinter verschlossenen Türen abgehalten werden und die Teilnehmer waren zur Geheimhaltung verpflichtet. Diese Maßnahme sollte es den Ratsmitgliedern erleichtern, ihre Meinung frei und ohne Sorge ob der Feindschaft der Bürger zu äußern. In Kraft trat die Instruktion am 1. Juli 1746 und blieb es bis ins Jahr 1848.⁷¹

In den Ratsprotokollen hat sich die Gaisrucksche Instruktion nicht niedergeschlagen, just an der Stelle befinden sich sieben leere Seiten. Die letzte eingetragene „Raths Session“ fand am 26. Dezember 1744 statt, der erste Eintrag nach den Leerseiten protokolliert die Sitzung vom

⁶⁸ Vgl. Karl HÄRTER, Polizei. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/polizei-a3293000> (10.10.2019).

⁶⁹ BALTZAREK, Beiträge, 88.

⁷⁰ Vgl. Martin SCHEUTZ, *Die herrn seint zu Wienn, die nahren zu hauß*. Stadtreghiment und Bürger in österreichischen Kleinstädten der Frühen Neuzeit. In: Willibald ROSNER, Reinelde MOTZ-LINHART (Hrsg.), *Die Städte und Märkte Niederösterreichs im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Die Vorträge des 20. Symposiums des NÖ Instituts für Landeskunde. Zwettl, 3. bis 6. Juli 2000 und der 1. Kurztagung des NÖ Instituts für Landeskunde und der NÖ Landesbibliothek „Das Bild der Kleinstadt“, St. Pölten, 23. Mai 2000 = Studien und Forschung aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 36* (St. Pölten 2005) 204–246, hier 217.

⁷¹ HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 74 f.

27. Juli 1746.⁷² Dass diese Lücke mit der Tätigkeit von Gaisruck zusammenhängt, kann zumindest vermutet werden. Zur Zeit der Untersuchung hatte Johann Adam Carl, ein Tuchhändler, das Amt des Stadtrichters inne. Insgesamt verbrachte er 49 Jahre im Rat.⁷³ Im äußeren Rat ist er 1724 nachweisbar.⁷⁴ Durch die Lücke in den Ratsprotokollen von 1728 bis 1737 ist sein Wechsel in den inneren Rat nicht nachvollziehbar, im Jahr 1738 ist er auf alle Fälle dort angekommen.⁷⁵ Im Jahr 1744 übernahm er das Amt der Stadtrichters von Bernhard Zeller.⁷⁶ Er blieb es bis 1772, unterbrochen von zwei Jahren, in denen Johann Schleicher das Amt innehatte. 1768 verstarb dieser aber im Amt⁷⁷ und Carl übernahm bis kurz vor seinem eigenen Tod.⁷⁸ Mit 49 Jahren ist er zwar sehr lange im Rat vertreten, untypisch ist seine Karriere aber nicht. Betrachtet man die Zeit von 1750 bis 1850 und lässt die nur kurzfristig mit der Führung der Geschäfte des Stadtrichters betrauten Personen beiseite, so hatten nur acht Personen das höchste Amt der Stadt inne.⁷⁹

In dem vielfältigen und umfassenden Reformprogramm von Joseph II. war die Neuordnung der Verwaltung der Städte einer von vielen Punkten.⁸⁰ Vorbild für die anderen Städte war die 1783 durchgeführte Reform des Magistrats der Stadt Wien. Von 1784 bis 1786 wurden die Magistrate von Brünn, Freiburg im Breisgau, Klagenfurt, Prag, Linz, Graz, Laibach, Bozen und Lemberg gebildet. Auch in den kleineren Städten wurde die Magistratsverfassung eingeführt. Wenn es bis dahin keinen Bürgermeister gegeben hatte, wurde nun einer bestellt.⁸¹

Die Änderungen wurden in Zwettl relativ spät vorgenommen, erst im Protokoll der Ratssitzung vom 17. August 1785 taucht in Zwettl zum ersten Mal die Bezeichnung „Bürgermeister“ auf. Bei den Anwesenden ist Karl Hammerer noch als „Stadt Richter“ verzeichnet, in den nächsten Zeilen wird dann aber Folgendes vermerkt: „Anheut ist dem Burger Ausschuß die Wahl des Burgermeisters Herrn Karl Hammerer publiciret worden.“⁸² Von da an blieb es bei dem Titel. Auch die Unterscheidung in äußeren und inneren Rat endet zu diesem Zeitpunkt, in der Ratssitzung vom 26. August 1785 wurde sie noch getroffen, danach unterblieb sie.⁸³

⁷² StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 373^r–378^r.

⁷³ SCHEUTZ, Stadtregelement, 221.

⁷⁴ StAZ, RP, 2_13, 1706–1727, fol. 290^r.

⁷⁵ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 3^r.

⁷⁶ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 347^r.

⁷⁷ StAZ, RP, 2_14, 1738–1755, fol. 386^r.

⁷⁸ DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/03 (1697–1784), fol. 391.

⁷⁹ Vgl. Walter PONGRATZ, Franz BLEIDL, Die Richter und Bürgermeister der Stadt Zwettl. In: Stadt Zwettl, Zwettl Niederösterreich, 351 f., hier 351.

⁸⁰ Zum Reformwerk insgesamt vgl. Martin SCHEUTZ, Ein „Lutheraner“ auf dem Habsburgerthron. Die Josephinischen Reformen und die Klosteraufhebungen in der Habsburgermonarchie. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 120 (2012) 321–339, hier 323–328.

⁸¹ Vgl. Karl GUTKAS, Kaiser Joseph II. Eine Biographie (Wien, Darmstadt 1989) 235–237.

⁸² StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 418.

⁸³ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 422.

Der Magistrat sollte gemäß der Josephinischen Ordnung nach dem Bürgermeister aus einem Syndikus, der gleichzeitig die Funktion eines Ratsmannes wahrnahm, und bis zu vier weiteren Personen bestehen. Der Syndikus war ein Beamter und sollte mindestens 300 Gulden Gehalt im Jahr bekommen. Wenn die Mittel es zuließen, konnten auch die übrigen Amtsmänner besoldet werden. Außerdem wurde ein Bürgerausschuss gewählt. Dieser sollte in wichtigen Angelegenheiten befragt werden und seinerseits den Magistrat wählen. Dies erfolgte unter dem Vorsitz des Kreishauptmanns. Um verdienten Offizieren und Militärangestellten ein Auskommen zu sichern, sollten sie bei der Besetzung von Magistratsstellen bevorzugt herangezogen werden. Diese Regelung konnte nur in wenigen Fällen eingehalten werden und bald nach dem Tod von Joseph II. kam man davon wieder ab.⁸⁴ Für Zwettl ist die Anstellung von ehemaligen Militärangehörigen nicht nachweisbar. Den Auftrag dazu erhielt man aber sehr wohl, angeordnet mit Dekret vom 24. September 1783, eingelangt in Zwettl am 8. Oktober, von der *K:K:N:Ö: Städtischen Commission*.⁸⁵ Noch im März 1786 erging auch ein Schreiben über den Rang und die Besoldung übergetretener Militärpersonen an den Zwettler Magistrat. Wie man aus einem Protokolleintrag vom August 1786 erfahren kann, behielten die ehemaligen Militärpersonen zwar ihren Charakter als Militärs, unterstanden aber trotzdem der zivilen Gerichtsbarkeit. Sollten sie sich aber eines Verbrechens schuldig machen, war der Untersuchungsakt vom Landgericht noch vor dem Fällen eines Urteils an das Appellationsgericht zu übergeben. Dieser hatte dann eine Mitteilung an den Hofkriegsrat zu machen. Auch diese Anordnung wurde in Zwettl zur Kenntnis genommen und abgelegt.⁸⁶ Über die Wahl von Bürgerausschuss und Rat gibt schon die nächste Sitzung vom 1. September 1785 Auskunft. Es wird berichtet, dass die neu gewählten Ratsmänner Mathias Spoliti, Kristian Städtler, Bernhardt Rathbauer und der Syndikus Johann Nepomuk Zistler den Eid abgelegt haben und die Ratswahl der Bürgerschaft publiziert wurde. Zu Ausschussmännern sind von der Bürgerschaft zwölf Bürger vorgeschlagen und sechs davon öffentlich bestätigt worden. Es waren dies Ignatz Neuhauser, Johann Scheumpflug, Joseph Poppulorum, Joseph Zistler, Johann Zauner und Joseph Durnwald.⁸⁷ Der Rat bzw. der Magistrat, in den Protokollen wurden die beiden Bezeichnungen noch länger parallel verwendet, hatte sich also erheblich verkleinert. Seine Aufgabengebiete und die Anzahl der Sitzungen waren zu dieser Zeit aber noch keiner großen Änderung unterworfen.

⁸⁴ Vgl. GUTKAS, Joseph II., 237.

⁸⁵ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 261.

⁸⁶ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 529.

⁸⁷ StAZ, RP, 2_17, 1780–1789, 425.

Für Zwettl mögen die Änderungen in Verfassung und Verwaltung durchaus bedeutend gewesen sein. Eine allzu große Unsicherheit im Umgang mit den neuen Richtlinien schlägt sich in den Quellen aber nicht nieder. Gesamtstaatlich gesehen waren die von Maria Theresia und Joseph II. angestoßenen Änderungen für den vierten Stand ein Puzzlestein in einer größeren Entwicklung. „Bürokratisierung, Zentralisierung, Sozialdisziplinierung und Militarisierung bildeten [...] Prozesse, an deren Ende der statistisch erfasste Untertan als Steuerzahler und Wehrpflichtiger einerseits und der moderne Staat andererseits standen.“⁸⁸ Dieser Prozess brachte Belastungen mit sich und warf die alte Ordnung, auf die man jahrhundertlang so bedacht gewesen war, durcheinander. Er bot aber auch Chancen und Möglichkeiten zur Entwicklung.

5.2. Das 19. Jahrhundert – Wandel und Kontinuität

Auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts tagte der Rat der Stadt Zwettl mit großer Regelmäßigkeit beinahe einmal pro Woche. Im Jahr 1806 wurden zum Beispiel 44 Sitzungen abgehalten.⁸⁹ Das Aufgabengebiet war vielfältig. So wurden am 29. Jänner 1806 eine Gewerbebestätigung, eine Ausfolgung von „Verkaufs obligatonen“⁹⁰ und eine Gewerbeübertragung behandelt.⁹¹ Bürgermeister war noch immer Karl Hammerer, die Räte waren Thaddä Menner, Joseph Kitzler und Georg Enslein. Das Amt des Syndikus hatte Johann Sterz inne. Er führte das Protokoll bei den Ratssitzungen allerdings nicht selbst, dafür gab es den „Protocollisten“ Strobl. Dieser fungierte zudem als Schätzungskommissär. Unter Zuziehung des beeideten Maurer- und Zimmerermeisters hatte er im Bedarfsfall Hausschätzungen vorzunehmen.⁹² Dass sich für Strobl die Nähe zum Magistrat auszahlte, kann man an der Ratssitzung vom 5. Februar 1806 ablesen. Sie wurde nur wegen eines Punktes einberufen – die nächste fand nämlich schon einen Tag später statt und handelte andere Themengebiete ab.⁹³ In der dem Protokollisten Strobl gewidmeten Sitzung wurde diesem gegen Reparationskosten, scheinbar war sie wegen Mängel gerade nicht bewohnbar, die Schulmeisterwohnung überlassen.⁹⁴ Warum Strobl aber schon am 12. Februar zu Protokoll gibt, die Wohnung nicht beziehen zu können und der Rat stattdessen der Bitte der Hebamme Katharina Westermayr um diese Unterkunft stattgibt,⁹⁵ erschließt sich aus den Quellen nicht. Auch sie stand in einem Naheverhältnis zum Rat. Katharina war die

⁸⁸ Peter RAUSCHER, Zur Einführung. In: RAUSCHER, Kriegführung, 5–38, hier 19 f.

⁸⁹ Dabei ist die erste Sitzung mit dem 29. Jänner eingetragen und zu vermuten, dass auch zuvor schon Sitzungen stattgefunden haben, siehe StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1–128.

⁹⁰ Das Wort Obligation stammt vom lateinischen *obligo* (verbinden, verpflichten) und beschreibt ein Schuldverhältnis, siehe Art. Obligation (Recht). In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <https://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/obligation-recht> (28.05.2020).

⁹¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1–3.

⁹² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 33.

⁹³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 5–10.

⁹⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 4.

⁹⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 13.

Witwe von Johann Michael Westermayr, einem Kupferschmied. Dieser war 1769 in den inneren Rat gewählt worden⁹⁶ und hatte dem Gremium bis zu seinem Tod 1780 angehört.⁹⁷

5.2.1. Die Amtsträger

Neben dem inneren Zirkel des Magistrats gab es im Zwettl des 19. Jahrhunderts noch eine Reihe von weiteren Amtsträgern. Viele ihrer Tätigkeiten würde man aus heutiger Sicht nicht mehr bei einer Stadtverwaltung ansiedeln. Vor allem zu Beginn des Jahrhunderts waren die Zentralstellen und -behörden aber fern, die meisten Aufgaben mussten von der Stadt selbst übernommen werden. Auskunft über die Ämter und die sie ausübenden Personen erhalten wir vor allem zu Beginn und Ende der jeweiligen Tätigkeiten.

Die Amtsträger wurden vom Magistrat ernannt. Der Personenkreis der potenziellen Kandidaten war nicht allzu groß, sollten doch „diese Aemter nur bekannt fähigen Bürgern anvertraut werden.“⁹⁸ Außerdem musste auf ihre persönlichen Lebensumstände, ihre Berufsausübung und ihr Alter Bedacht genommen werden. Der Magistrat traf eine gewisse Vorauswahl, trotzdem geschah es öfter, dass die Auserwählten die Annahme verweigerten oder Amtsinhaber vorzeitig aus dem Amt schieden. So wurden im Oktober 1826 der Ober- und der Unterkämmerer, der Steuereinnnehmer, der Ortsschulaufseher, der für Maße und Gewichte zuständige „Zimmentirungs Coär“, der Bürgerspitalsverwalter und sein Kassen-Kontrolleur, der erste und zweite Waisenkasse-Kommissär, der Polizei-Kommissär und der erste und zweite Waldaufseher ernannt. Der Unterkämmerer und die beiden Waldaufseher verweigerten die Annahme des Amtes, daher mussten Ersatzmänner ernannt werden.⁹⁹ Neben den schon erwähnten Ämtern gab es noch einen Quartiermeister, er war für die Einquartierungen von Armeeeinheiten zuständig. Diese kamen öfter vor und wurden nach einem bestimmten System durchgeführt. Jede Gemeinde hatte Listen zu führen, wie viele und welche Quartiere sie im Bedarfsfall stellen konnte. Unterschieden wurde dabei nach Offizieren, Mannschaften und Pferden, außerdem wurde die Anzahl der Kammern und der Wagenstellplätze erhoben. Die Armee machte von den Quartieren auch Gebrauch. Für das Kriegsjahr 1859, die Habsburgermonarchie kämpfte im Zweiten Italienischen Unabhängigkeitskrieg gegen Sardinien und Frankreich um die Vorherrschaft in Norditalien, waren alleine in der Stadt Zwettl bei Durchzügen in Summe 50 Offiziere, 1.046 Mann und 252 Pferde unterzubringen. Dazu kam noch eine dauernde Einquartierung von 28 Offizieren, 800 Mann und elf Pferden.¹⁰⁰ Wie aus

⁹⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 421v.

⁹⁷ StAZ, Inventur-u. Testamentprotokoll, 6_11, 1773-1792.

⁹⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 586.

⁹⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 585–586a.

¹⁰⁰ Ob die zweiten Zahlen nicht doch in den ersten enthalten waren, erschließt sich nicht sicher aus dem Dokument. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht aber.

der Quelle ebenfalls ablesbar ist, war diese Last auf 384 Häuser zu verteilen. Von diesem Kriegsjahr abgesehen waren Einquartierungen zu dieser Zeit nicht allzu üblich, für die Jahre 1858 und 1860 sind keine vermerkt.¹⁰¹

Verständlicherweise war diese Bürgerpflicht alles andere als beliebt und Bitten um Befreiung gingen beim Magistrat ein. Wollte man die Soldaten nicht im eigenen Haus aufnehmen, konnte man sie auf eigene Rechnung auch woanders unterbringen oder mit Geld für ihre Kost aufkommen. Mit Verweis auf diese Möglichkeiten wurden die Ansuchen abgelehnt.¹⁰²

5.2.2. Wie arbeitete der Rat, wie traf er Entscheidungen?

Die Beschlüsse des Magistrats und später des Gemeinderats sind in den Ratsprotokollen nachzulesen. Sie sind aber reine Beschlussprotokolle, man erfährt also nichts über die Beratungen, die den Beschlüssen vorangingen. Über die Arbeitsweise des Rates geben sie aber sehr wohl Auskunft.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam dem Syndikus die zentrale Rolle zu. Der Syndikus war der Nachfolger des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtschreibers. Wie dieser war er juristisch gebildet und stand im Dienst der Stadt.¹⁰³ Während Bürgermeister und Räte aus den ansässigen Bürgern gewählt wurden, war der Syndikus ein Angestellter der Stadt und kam oft von außerhalb. So war 1844 der seit 1827 im Amt befindliche Karl Wawis plötzlich verstorben. Schnell wurde ein Nachfolger gesucht und unter drei Bewerbern mit Andreas Kubasta gefunden. Dieser war vom Fach, er war vorher Syndikus in Waidhofen an der Thaya gewesen.¹⁰⁴

Der Syndikus brachte Konstanz und einen gewissen Abstand in den Magistrat ein, er bildete das professionelle Element bei der Beschlussfassung. Seine Aufgabe war es, die einzelnen Tagesordnungspunkte bei den Sitzungen zu referieren. Dazu musste er die Sachverhalte aufnehmen und in eine protokollierbare Form bringen. Sein Vortrag bei der Ratssitzung enthielt dann neben den Gegebenheiten und etwaigen Wünschen der Antragsteller auch immer einen Vorschlag, wie in diesem Fall vorzugehen und zu entscheiden sei. Dabei musste er sich unter Umständen auch gegen den Amtsinhaber oder verdiente Bürger der Stadt stellen. So bemängelt der Syndikus Karl Wawis im Jahr 1841 die Amtsführung der beiden Kämmerer. Die Ausgaben des Kammeramts waren von jährlich ca. 3.400 Gulden in den Jahren 1837 bis 1840 auf mehr als 4.600 Gulden im Jahr 1841 angestiegen, ohne dass die Stadt größere Bauvorhaben in Angriff

¹⁰¹ StAZ, Militaria, K 191, 1834–1941.

¹⁰² Beispielhaft bei StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 183.

¹⁰³ Vgl. Walter PONGRATZ, Geschichte der Stadt bis 1648. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 44–67, hier 62.

¹⁰⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1166 f.

genommen hätte. Laut Wawis war das auf die ungenügende Amtsführung der Kämmerer zurückzuführen. Reparaturaufträge waren ohne Anzeige beim Magistrat vergeben und die Durchführung nicht überwacht worden. Außerdem war der Unterkämmerer mit dem örtlichen Maurermeister verschwägert und mit dem Pächter des kammeramtlichen Tagfuhrwerks, dem Postmeister Franz Haunsteiner, verwandt. Der Syndikus forderte daher eine ernste Ermahnung der beiden Amtsträger und eine zukünftige persönliche Haftung, im Wiederholungsfall eine Entfernung aus dem Amt. Den Oberkämmerer Joseph Schadn veranlasste dies zu seiner Resignation und so musste in der nächsten Sitzung Johann Eichhorn zum neuen Oberkämmerer bestimmt werden.¹⁰⁵

Wenn es notwendig war, wurden verschiedene Parteien und/oder die Mitglieder des Bürgerausschusses befragt und anschließend entschieden. Nicht immer werden diese Entscheidungen erst beim Rat gefallen sein, manche Fälle beschäftigten den Rat auch mehrmals oder hatten eine Vorgeschichte. In den allermeisten Fällen folgten die Magistratsräte den Vorschlägen des Syndikus, im Protokoll wurde ein einstimmiger Beschluss dann oft mit *Conclusum per unanimitatem*, einträchtiger, einhelliger Beschluss, bezeichnet. Waren einzelne oder alle Räte gegen einen Vorschlag, wurden die Bedenken oder der abgeänderte Antrag genau protokolliert. Erfolgte die Abstimmung dann nur mit einer einfachen Mehrheit, wurde der Beschluss mit *Conclusum per maiorem partem*, Beschluss durch Mehrheit, gekennzeichnet.

Der Syndikus hatte seine Arbeiten aber nicht allein zu verrichten. Ihm zur Seite standen zwei subalterne Beamte, einer als Kanzlist und einer als „Protokollist und Rechnungs Conficient“.¹⁰⁶ Bezahlt wurden alle drei nicht sonderlich gut. So musste der Syndikus beim Magistrat extra um die Reparatur der einsturzgefährdeten Dippelbaumdecke in seiner Wohnung¹⁰⁷ oder um einen neuen Ofen¹⁰⁸ bitten. Aus dem Ansuchen von 1835 der beiden untergebenen Beamten um eine Gehaltserhöhung erfahren wir auch, dass sich die Stadt zwar schon seit mehr als 50 Jahren mit diesen zwei Positionen begnüge, der Arbeitsaufwand aber nach Einschätzung der Gesuchsteller um das Zehnfache gestiegen war. Um alles erledigen zu können, mussten die Amtsstunden auf neun Stunden täglich ausgedehnt werden. Mit 150 Gulden für den Kanzlisten und 200 Gulden für den Protokollisten seien die beiden noch dazu so schlecht bezahlt wie bei keinem anderen Magistrat in Niederösterreich. Das Geld reiche nicht zum Leben und die Klagen der beiden würden bereits die Arbeit in der Kanzlei behindern. Die gewünschte Erhöhung um jeweils 50 Gulden bekamen die beiden jedoch nicht bewilligt. Das Kammeramt

¹⁰⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1114–1221.

¹⁰⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 934.

¹⁰⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1113.

¹⁰⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1134.

hatte nach Ansicht von Bürgermeister Karl Enslein und zwei Magistratsräten schlicht nicht genug Geld für eine solche Mehrausgabe. Nur der Rat Joseph Sikall unterstützte die Beamten.¹⁰⁹ 1857 hat Ernst von Schwarzer den Versuch unternommen, die Wirtschaft der Habsburgermonarchie möglichst umfassen zu beschreiben. Dabei hat er auch die „Standesclassen in 12 öconomische Gesellschaftsgruppen“ aufgeteilt und unter anderem deren Jahreseinkommen aufgelistet. Unsere im obigen Beispiel genannten Magistratsbeamten fallen bei Schwarzer tatsächlich in die beiden letzten Gruppen und verdienen so viel wie zum Beispiel einfache Soldaten, kleinste Pensionisten oder Tagelöhner.¹¹⁰

5.2.3. Womit befasste sich der Rat?

Betrachtet man die im Rat behandelten Themen erkennt man schnell einige Hauptfelder. Ein großer Bereich war die Gewerbeaufsicht. Zum einen hatte man sich um die Arbeit der schon bestehenden Gewerbetreibenden zu kümmern. In den wenigsten Fällen wurde man hier aber selbst aktiv, der Rat behandelte nur die von den Bewohnerinnen und Bewohnern an ihn herangetragenen Fälle. Außerdem mussten sich alle neuen Bewerber um ein Gewerbe oder Handwerk an den Rat wenden. Bei der Aufsicht über die schon bestehenden Gewerbe lag ein Schwerpunkt auf den lebensmittelverarbeitenden Betrieben.

Fleisch war ein begehrtes Lebensmittel und so war es einer Regulation unterworfen. Diese Satzung sah vor, dass das Pfund Rindfleisch für 13 Kreuzer zu verkaufen sei. Es dürfte sich aber eingebürgert haben, dass die Fleischhauer bessere Stücke für 15 Kreuzer pro Pfund anboten und für das schlechtere Fleisch die vorgeschriebenen 13 Kreuzer verlangten. Dieser Umstand wurde am 11. Oktober 1837 dem Magistrat gleich von sechs Mitgliedern des Bürgerausschusses angezeigt, der Sache wurde also eine gewisse Wichtigkeit beigemessen. Fleisch wurde als unerlässlich für eine ausreichende Ernährung angesehen.¹¹¹ Bedenkt man den Umstand, dass noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fast 50 Prozent des Haushaltseinkommens für Ernährung ausgegeben wurden,¹¹² erklärt sich der Aufwand der Untersuchung der Missstände in Zwettl ausreichend. Bei der Befragung gaben sechs der acht Fleischhauer die Übertretung zu, beriefen sich aber darauf, dass die Kunden diesen Mehrbetrag freiwillig leisteten, um besseres Fleisch zu bekommen. Zwei Fleischer leugneten diese Praxis und entgingen wegen Mangels an Beweisen einer Strafe. Die Geständigen mussten als Strafe

¹⁰⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 934–942.

¹¹⁰ Vgl. Ernst v. SCHWARZER, Geld und Gut in Neu-Oesterreich (Wien 1857) 156 f.

¹¹¹ Zum Fleischverbrauch im 18. und 19. Jahrhundert siehe Roman SANDGRUBER, Die Anfänge der Konsumgesellschaft. Konsumgüterverbrauch, Lebensstandard und Alltagskultur in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 15 (Wien 1982) 153–171.

¹¹² Maximilian MARTSCH, Fleisch essen in der Krise. Die Wiener Fleischversorgung während der Gründerkrise. In: OeZG 30/2 (2019) 100–125, hier 102 f.

jeweils einen Gulden in den Armenfonds der Stadt einzahlen.¹¹³ Der Magistrat stellt sich hier auf die Seite der Verbraucher und Verbraucherinnen. Leistbare Lebensmittel für die breite Masse der Bürger waren wichtiger als das wirtschaftliche Fortkommen der Fleischhauer. An diesem Fallbeispiel merkt man aber auch, wie starr die Vorschriften waren. Ein Preis für alle Teile eines Rindes scheint wenig praktikabel und öffnet Übertretungen geradezu Tür und Tor. Die Stadtverwaltung konnte hier aber nicht steuernd eingreifen, die Verordnungen der übergeordneten Stellen waren einzuhalten und erlaubten wenig Spielraum.

Auch beim Grundnahrungsmittel Brot sind etliche Übertretungen und Beschwerden dokumentiert. So wurde zum Beispiel im Jahr 1829 beim Bäckermeister Franz Danzinger durch den Polizeikommissär und den Magistratsrat Franz Zauner sogar eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Zwar hatte der Bäcker alle Brotlaibe zur Seite geschafft, aufgrund seiner Aussagen wurde er aber dennoch zu einer Zahlung an das örtliche Armeninstitut verurteilt. Die Stadt war hier nicht frei in ihrem Vorgehen: Wie das Protokoll vermerkt, hätte diese erste Übertretung der Satzung durch Franz Danzinger nach dem Hofdekret vom 27. Dezember 1808 mit einer Zahlung von fünf bis 25 Gulden geahndet werden sollen. Man setzte aber nur vier Gulden fest.¹¹⁴ Die Stadt verfügte also zumindest über einen gewissen Spielraum, denn die übergeordneten Behörden waren fern. Bemerkenswert ist, dass neben der Unbescholtenheit der Status als „angehender Bürger“ als Grund für die gewährte Milde angeführt wurde.

Gehörte man nicht zur Gruppe der Zwettler Bürgerinnen und Bürger, konnte man nicht mit Schutz und Bevorzugung rechnen. Das kann man an Hand eines weiteren Falles belegen, der mit der Errichtung eines neuen Gewerbes verknüpft ist und auch Einblick in die wirtschaftliche Situation der Einwohner Zwettls gibt. Am 6. Februar 1807 hatte Michael Thüringer mit seiner Ehefrau Elisabeth um die Verleihung eines Gewerbes zur Branntweinerzeugung angesucht. Das Ansuchen wurden gleich aus mehreren Gründen abgelehnt. Zum einen wurde damals alles Korn aus der Gegend zu Brot verarbeitet, die geerntete Menge reichte aber schon dafür kaum aus. Aus Getreide Branntwein herzustellen sei daher für das Gemeinwohl schädlich. Außerdem sei das Branntweinbrennen in Österreich unter der Enns seit dem Jahr 1789 ohnedies streng verboten. Schließlich war das Haus der Bittsteller auch noch zur Herrschaft Stift Zwettl dienstbar und untertänig, ihnen war daher die Ausübung eines jeden bürgerlichen Gewerbes untersagt.¹¹⁵

Bei der Bewilligung oder Ablehnung eines neuen Gewerbes war nicht nur auf Anordnungen der Zentralbehörden Bedacht zu nehmen, auch die bereits ansässigen Gewerbetreibenden hatten

¹¹³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1027–1030.

¹¹⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 770–773.

¹¹⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 141.

ein Mitspracherecht – zumindest jene, denen aus dem neuen Gewerbe eine direkte Konkurrenz erwachsen konnte. Deutlich wurde dies zum Beispiel, als Gottlieb Ragosky am 18. Juni 1834 um die Verleihung eines Wagnergewerbes ansuchte. Eine bestehende Gewerbestelle war durch den Umzug eines Wagners nach Weitra „in Erledigung gekommen“ und so sah Ragosky seine Chance gekommen. Er war Bürger der Stadt und in Besitz eines Lehrbriefes, der ihn als Wagner auswies. Die beiden ansässigen Wagner, Michael Pfann und Joseph Kohlhund, wandten sich aber gegen die Neubesetzung, denn die Arbeit würde für drei nicht ausreichen. Die ebenfalls befragten Mitglieder des Bürgerausschusses sprachen sich jedoch für die Verleihung aus und so wurde diese vom Magistrat beschlossen.¹¹⁶

Wie die Motivlage bei der Ablehnung eines Ansuchens um ein neues Gewerbe aussah, berichtet uns das Protokoll der Magistratssitzung vom 21. Jänner 1834.¹¹⁷ Johann Bauer hatte nach mehr als 20-jähriger Dienstzeit beim Militär um die Verleihung eines Nadlergewerbes angesucht. Nach der Anhörung des einzigen Nadlers und der Bürgerausschüsse, sie alle äußerten sich negativ, wurde das Ansuchen abschlägig beschieden. Der Rat begründete seine Entscheidung mit der fehlenden Notwendigkeit für ein zweites Gewerbe. Der Antragsteller würde daher nicht in der Lage sein, als Nadler einen Lebensunterhalt zu bestreiten, müsste sich weitere Erwerbsquellen eröffnen und das würde zu Gewerbestörungen und Beschwerden führen. Diese müsste man wiederum abstellen, sodass er zu wenig Einkommen erzielen könnte und letztlich der Stadt zur Last fallen würde. Der Rat der Stadt Zwettl ließ sich erkennbar von der Vorstellung eines festen Bedarfs leiten und suchte Konkurrenz zu vermeiden. Das unternehmerische Risiko zu minimieren war dem Rat nicht zuletzt mit Blick darauf ein Anliegen, dass ein gescheiterter Gewerbetreibender Hilfe durch das städtische Versorgungssystem benötigen könnte. Interessant ist der Fall auch deshalb, weil er zu den wenigen gehört, bei denen der Magistrat nicht zu einem *conclusum per unanimia* gelangte. Während der Bürgermeister Karl Enslein ebenso wie die Magistratsräte Joseph Sikall und Anton Gudra der vom Syndikus Karl Wawis vorgeschlagenen Ablehnung zustimmten, votierte der Rat Kaspar Zeitlinger anders. Der derzeitige Nadler würde das Gewerbe gar nicht ausüben und ein Nadler sei als Kommerzialgewerbe auch nicht an den örtlichen Bedarf gebunden.

Zeitlinger bezog sich hiermit zurecht auf die schon unter Maria Theresia eingeführte Unterscheidung zwischen Kommerzial- und Polizeigewerben. Diese zielte auf eine gewerbliche Liberalisierung. Bei den Kommerzialgewerben sollte seit 1809 die Erteilung einer Befugnis dem Prinzip der „Industrialfreiheit“ entsprechen.¹¹⁸ Dieser Gedanke war in Zwettl sichtlich

¹¹⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 886 f.

¹¹⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 904–906.

¹¹⁸ Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (2 Aufl., Wien 2001) 219.

noch nicht durchgedrungen, denn die geltende Gesetzeslage sah nur für Polizeigewerbe eine Prüfung des örtlichen Bedarfs vor. Zu diesen insgesamt 95 Gewerbearten zählten Fleischhauer, Bäcker, Schuhmacher und Schneider. Trotz der Bedarfsprüfung ging aber in Zwettl die Zahl der Polizeigewerbe nach Einschätzung des Syndikus Karl Wawis weit über das Notwendige hinaus.¹¹⁹ Das lag sicher auch an der Art der Prüfung, die Maß daran nahm, wie viele Gewerbe zu einem früheren Zeitpunkt in der Stadt existiert hatten. So verwies man im Jahr 1840 bei der Abweisung von Georg Zeugswetter als viertem Fassbinder auf die Gaisrucksche Steuereinlage aus dem Jahr 1749 und bezog sich somit auf einen Stand, der über 90 Jahre zurück lag.¹²⁰

Wenn der Magistrat ein Ansuchen um ein neues Gewerbe ablehnte, war damit aber nicht das letzte Wort gesprochen. Den Bittstellern blieb der Rekurs beim Kreisamt, um die Entscheidung zu beeinspruchen. Die Hürden waren freilich hoch. Die Form- und Verfahrensvorschriften waren zu beachten und dazu kam der Aufwand, den der Weg zum Kreisamt in Krems verursachte. Trotzdem wurde davon Gebrauch gemacht. Das Kreisamt entschied dann aber nicht selbst, sondern spielte den Fall an den Magistrat zurück, meist mit der Auflage, einen verstärkten, d.h. in der Anzahl der Mitglieder erhöhten, Bürgerausschuss zum Thema anzuhören. So hielt es das Kreisamt zum Beispiel bei der Ablehnung eines Schneidergewerbes für Anton Hofstetter. Dieser hatte die zuerst befragten ansässigen Schneider berechtigterweise als befangen bezeichnet. Zu seinem Nachteil schlossen sich aber die Mitglieder des Bürgerausschusses der Auffassung der Schneider an und sein Anliegen wurde neuerlich abgewiesen. Auch das vom Syndikus vorgebrachte Argument, dass von den gegenwärtigen Schneidergewerben nur vier ordentlich betrieben würden und der Rest nur aus Mangel an „Professionsgeschicklichkeit“ über zu wenig Arbeit klage, überzeugte den Rat nicht.¹²¹

Bei allen das Gewerbe betreffenden Fällen wird deutlich, dass der Magistrat vor allem einen Interessensausgleich herstellen wollte. Den Gewerbetreibenden sollte ein Auskommen gesichert werden, den Bürgern als Konsumenten die Versorgung und gerechte Preise. Der Magistrat musste aber auch die Vorgaben der Landes- und Zentralstellen berücksichtigen. Teilweise waren diese Jahrzehnte alt, immer wieder wird auf Hofdekrete aus den 1800er-Jahren verwiesen. Daher wundert es wenig, wenn diese den lokalen Gegebenheiten nicht mehr entsprachen. All das und die Bevorzugung der eigenen Bürger führte zu einem recht statischen Bild und setzte die Dynamik der Zwettler Wirtschaft herab.

Ein weiteres großes Tätigkeitsfeld des Magistrats betraf Verträge. Vor allem Kaufverträge und Verlassenschaften wurden abgehandelt. Gerade Erben und Vererben, untrennbar damit

¹¹⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1089.

¹²⁰ Der gesamte Vorgang bei StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1087–1092.

¹²¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 807–811.

verbunden auch die eheliche Güterpraxis, waren wichtige Bestandteile der damaligen Ökonomie. Zum einen war der Erhalt von funktionierenden und ertragreichen Wirtschaftseinheiten die Voraussetzung für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft, zum anderen war es auf der persönlichen Ebene sehr schwer, auf anderem Wege zu Einkommen und Vermögen zu kommen. In Niederösterreich herrschte seit der Frühen Neuzeit die Gütergemeinschaft vor. Die beiden Ehepartner brachten ihr jeweiliges Vermögen in die Ehe ein. Alles, was während der Ehe erworben oder ererbt wurde, floss in das gemeinsame Vermögen. Nach dem Tod eines der beiden Ehepartner stand dem überlebenden Teil zumindest die Hälfte des Besitzes zu, mehr wenn keine Kinder vorhanden waren oder etwaige Verwandte, zum Beispiel Geschwister, vom Erbe ausgeschlossen werden konnten. Daraus ergab sich eine vergleichsweise gute Absicherung von Frauen und Witwen.¹²² Wie sehr sich das erbrechtliche und heiratsvertragliche Gebaren in Zwettl von der allgemeinen Praxis im bäuerlich geprägten Niederösterreich unterschied, wäre eine eigene Untersuchung wert. Der Blick in die Quellen im Rahmen der vorliegenden Studie weist aber nicht auf ein Abweichen von der beschriebenen Praxis hin.

Pässe und Ehekonsense waren ebenfalls oft vorgebrachte Anliegen. Im Gegensatz zu heute wurden Pässe nicht generell und über eine Dauer von mehreren Jahren ausgestellt, sondern oft nur für eine bestimmte Reise. Seit den 1860er Jahren lockerte sich die Gesetzgebung. Inländerinnen und Inländer durften sich ohne offizielles Dokument innerhalb der Habsburgermonarchie bewegen, 1857 waren die Pässe für Inlandsreisen abgeschafft worden.¹²³ In den Jahren 1806 bis 1810 wurden die Pässe noch einzeln im Ratsprotokoll vermerkt.¹²⁴ Auf Grund der geringen Anzahl von 20 Stück ist zu vermuten, dass hier wahrscheinlich nicht jeder Antrag protokolliert wurde. Keine dieser Erteilungen ging über eines der Kronländer hinaus. Entgegen vieler Annahmen war die räumliche Mobilität im 19. Jahrhundert recht hoch, an weiten Wanderungen über ganze Länder oder gar Kontinente hinweg hat aber nur ein kleiner Teil der Menschen Mitteleuropas teilgenommen.¹²⁵ Über das Ausmaß des Passwesens gibt ein

¹²² Margareth LANZINGER, Gertrude LANGER-OSTRAWISKY, Ehe, Familie und Verwandtschaft. Beziehungen in sozialen ökonomischen und rechtlichen Kontexten. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 217–248, 232 f.

¹²³ Vgl. Annemarie STEIDL, Vielfältige Wege. Regionale und überregionale Migrationen. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 47–75, hier 49; Hannelore BURGER: Paßwesen und Staatsbürgerschaft. In: Waltraud HEINDL, Edith SAURER (Hrsg.), Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremden gesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750–1867 (Wien 2000) 1–172, hier 21. Zu den Änderungen des Passwesens nach 1850 vgl. Georg Christoph BERGER WALDENEGG, Fremde im eigenen Land? Die Neuordnung des österreichischen Paßwesens während des Neoabsolutismus. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 111 (2003) 146–184.

¹²⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 37–264.

¹²⁵ Vgl. STEIDL, Wege, 48.

für das Jahr 1852 im Protokoll festgehaltener Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters Aufschluss. So wurden im *Passanten-Protocoll* 1939 *Paßvidirungen* vermerkt. Hierbei dürfte es sich nicht nur um Neuausstellungen gehandelt haben, im Protokoll ist vermerkt, „daß jeder Paß oder Reisedokument gelesen, protocollirt und in die Urkunde daß vidi hineingeschrieben so wie das Siegl begedrückt werden muß“. ¹²⁶

Ehekonsense waren die Erlaubnis zu heiraten. Sie hatten im 19. Jahrhundert eine klar ökonomische Ausrichtung. Zuständig war die jeweilige Grundherrschaft oder der Magistrat der Stadt. Ab 1848 wurde die Heiratserlaubnis dann von den neu geschaffenen politischen Behörden ausgestellt, zunächst von den Bezirksgerichten, ab 1852 beziehungsweise 1855 von den gemischten Bezirksämtern. 1868 wurde der politische Ehekonsens schließlich abgeschafft. ¹²⁷

Ob die Stadt ihre Zustimmung erteilte oder nicht, hing davon ab, ob der Mann auf Grund von Ausbildung und seiner finanziellen Situation fähig war, eine Familie zu ernähren. Wenig schien man mehr zu fürchten als die Vermehrung der Armen und damit der Armut. ¹²⁸

Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es einer zunehmenden Einbindung aller Staatsbürger in Militär und Kriegsführung. Mit den Massenheeren der napoleonischen Kriege ¹²⁹ und der dabei erstmals umgesetzten Wehrpflicht ¹³⁰ wurde die Kriegsführung zur Bürgerpflicht erklärt und der Dienst für das Vaterland ideologisch überhöht. In der Habsburgermonarchie wurde die Wehrpflicht zwar erst 1868 eingeführt, in der Landwehr von 1809 kann aber ein Vorläufer gesehen werden. ¹³¹ Nach ihrer Neuaufstellung 1813 beschäftigte sie auch die zivile Verwaltung. In Zwettl haben sich vor allem Urlaubsangelegenheiten und Entlassungsscheine im Archiv niedergeschlagen. ¹³² Der Dienst in der Landwehr war durchaus positiv behaftet. So wird beim Ansuchen des Zimmerergesellen Joseph Himmelmayer um die Erteilung einer

¹²⁶ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 270^v.

¹²⁷ Vgl. LANZINGER, LANGER-OSTRAWSKY, Ehe, 240–242.

¹²⁸ Vgl. zum Beispiel die am 4. August 1860 abgehandelten Ansuchen von Johann Haidvogel und Michael Pilshofer. Hier wurden zwar nur Auskünfte an das zuständige Bezirksamt gegeben, die Sorge um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragsteller ist aber klar erkennbar, StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 753^r–754^v.

¹²⁹ Wolfgang KRUSE, Bürger und Soldaten. Die Entstehung des modernen Militarismus in der Französischen Revolution. In: Christian JANSEN (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3 (Essen 2004) 47–67.

¹³⁰ Für die Habsburgermonarchie siehe Christa HÄMMERLE, Die k. (u.) k. Armee als ‚Schule des Volkes‘? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie (1866–1914/18). In: Christian JANSEN (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3 (Essen 2004) 175–213.

¹³¹ Ernst ZEHETBAUER, Die Landwehr und der Krieg von 1809. Österreichs Milizexperiment zwischen Altem Reich und moderner Nationsbildung (Hamburg 2017).

¹³² Siehe StAZ, Militaria, K 191, 1834–1941 und StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 403 und 426.

Meisterstelle in Zwettl darauf hingewiesen, dass er von 1809 bis 1821 in der Landwehr gedient hat.¹³³ Trotzdem blieb das Militär ein abgeschlossener Bereich, der vor allem in Friedenszeiten nur wenig Einfluss auf das Leben der meisten Menschen nahm. Bei zwei Themenfeldern war das Heer für die Einwohnerinnen und Einwohner von Zwettl aber stets präsent und als Belastung deutlich spürbar, es waren dies die Einquartierungen und die Rekrutenstellung.

Der Pflicht zum Militärdienst suchte man sich möglichst zu entziehen. Inhaber eines Handwerks waren vor der Rekrutierung geschützt und so konnten vor allem Söhne von Handwerkern dem Zugriff der Armee entgehen. Ein Beispiel ist der Fall von Gottfried Mayerhofer aus Krems, der dort 1819 ein Bohrschmiedgewerbe, die Erzeugung von Bohrern und anderem Kleinwerkzeug, von seinem Vater übernommen hatte, um die Rekrutierung fürs Militär abzuwenden. 1833 übergab er das Gewerbe wieder an seinen Vater und suchte stattdessen um die Verleihung eines Bohrschmiedgewerbes in Zwettl an. Diese Vorgeschichte lieferte nun den Gegnern seines Ansuchens ein Argument zusätzlich zu der üblichen Ablehnung durch die etablierten Handwerker (und eine Händlerwitwe).¹³⁴

Auch Hausbesitzer waren befreit und die vorzeitige Übergabe an den Sohn eine Möglichkeit, diesen vor der Rekrutierung zu schützen. Freilich durfte das nicht zu offensichtlich geschehen. Roch der Magistrat Lunte, sei es, weil der Sohn sich schon einmal der Rekrutenstellung entzogen hatte und der Vertrag erst danach aufgesetzt wurde, sei es, weil der Vertrag eine die Übergabe einschränkende Klausel enthielt und so als Scheinkauf erschien, lehnte er die Bestätigung solcher Verträge auch ab.¹³⁵

Andere junge Männer unterließen es wiederum schlicht bei der Rekrutenstellung zu erscheinen, wie einer Klage des Syndikus Karl Wawis von 1833 zu entnehmen ist. Ein Edikt vom 4. Mai und ein an die Väter der Betroffenen gerichtetes Dekret vom 15. Mai hatte die Stellung vorbereitet, doch der Syndikus wollte es dennoch für möglich halten, dass nicht Ungehorsam vorlag, sondern dass einige der Dienstpflichtigen wirklich nichts von dem Termin wussten. Zwei Söhnen des Zwettler Bürgertums konnte man freilich nachweisen, dass sie unterrichtet waren. Sie wurden mit einem zweistündigen Arrest bestraft und sollten später auf eigene Kosten zur nachträglichen Assentierung nach Krems geschafft werden.¹³⁶ Bemerkenswerterweise war einer der zwei Bestraften Karl Barth, fünfzehn Jahre später Mitglied der Nationalgarde von Zwettl und bei der Reise nach Wien dabei, um dort um mehr Mittel für die Garde zu bitten.¹³⁷

¹³³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 694.

¹³⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 857–860.

¹³⁵ Vgl. StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 682 f und 596 f.

¹³⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 869–872.

¹³⁷ Name und Alter stimmen überein, vgl. die Liste der Mitglieder der Zwettler Nationalgarde in Friedel MOLL, Zwettler Zeitzeichen, Bd. 1: Die Nationalgarde Zwettl. 1848–1851 (Zwettl 1999) 34.

Um Schwierigkeiten mit der Rekrutierung in Zukunft zu vermeiden, beschloss der Magistrat 1833, nur mehr dann Wanderungsbewilligungen zu erteilen, wenn die Antragsteller die Assentierung schon hinter sich hatten.

Obwohl der Dienst als Soldat unbeliebt war, bot er doch Brot und Unterkunft, wenn der Lebensunterhalt nicht anders bestritten werden konnte. Das allgemeine Gedränge um Gewerbestellen machte es notwendig, dass auch Söhne von Bürgern diesen Weg einschlugen. So konnte zum Beispiel Peter Strein erst nach 14 Jahren Militärdienst eine Stelle als Schuhmacher in Zwettl erlangen. Er hatte schon acht Jahre zuvor ein Ansuchen gestellt, war aber abgewiesen worden.¹³⁸ Ob Strein wegen der schlechten Erwerbschancen nach der Ausbildung zum Militär ging oder das Handwerk erst dort erlernte, lässt sich aus dem Protokoll nicht erschließen, möglich ist beides.

5.2.4. Die Franzosen halten Einzug

Aber nicht nur die großen und kleinen Sorgen der Bürger- und Einwohnerschaft von Zwettl beschäftigten den Magistrat. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts schlug auch das politisch-militärische Weltgeschehen auf die lokalen Verhältnisse durch. Im Jahr 1805 hatte sich die dritte Koalition gegen Napoleon gebildet. Während die Gegner Napoleons in der Seeschlacht bei Trafalgar siegreich blieben, war den Heeren von Russland und Österreich in der Schlacht von Austerlitz, oft auch Dreikaiserschlacht genannt, kein Erfolg beschieden. Nach der deutlichen Niederlage musste der Frieden von Preßburg geschlossen werden. Als wichtigste politische Folge dieser Niederlage gilt das Ende des Alten Reichs, da Kaiser Franz II. 1806 die Kaiserkrone ablegte. 1804 hatte er das Kaisertum Österreich begründet und regierte als Franz I. bis zu seinem Tod 1835.¹³⁹

Zwettl war von den Kampfhandlungen zwar nicht direkt betroffen, doch nach der Niederlage von Austerlitz am 2. Dezember 1805 kamen französische Truppen in die Stadt. Die Soldaten wurden in den Häusern einquartiert und aus der Spitalskirche wurde ein Pferdestall und Futtermagazin. Für die Verpflegung der Besatzer hatte die Bevölkerung aufzukommen. Die Belastung war zweifellos groß, endete aber nach knapp einem Monat mit dem Frieden von Preßburg, der am 26. Dezember 1805 geschlossen wurde.¹⁴⁰

Die Hilfe für die durch die Versorgung der französischen Soldaten belasteten Einwohnerinnen und Einwohner Zwettls, scheint sich in engen Grenzen gehalten zu haben. Noch am 22. April

¹³⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1015–1017.

¹³⁹ Vgl. Horst CARL, Napoleonische Kriege. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/napoleonische-kriege-a4995000> (14.10.2019).

¹⁴⁰ Vgl. HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 77.

1807 wurde dem Chirurgen Joseph Kollar beschieden, dass „in jenen drangvollen Zeiten jedermann nach seinen Kräften und Kenntnissen beitragen musste“ und er wegen der gewünschten Entschädigung die von „höchsten Orts anzuhoffende franz. Invasions=Schadens=Vergütung abzuwarten“ habe.¹⁴¹ Der Schuhmachermeister Mathias Aigner bekam ein Jahr später zumindest zwei der geforderten zehn Gulden Entschädigung zugesprochen. Er hatte einen Teil der von den französischen Besatzern requirierten Schuhe zugeschnitten und „hiebey viele Zeit vertragen“.¹⁴² Mehr Bitten um Unterstützung an den Rat sind nicht zu finden. Ob die Bürger es wegen Aussichtslosigkeit unterließen oder ob die Quellenlage an diesem Bild schuld ist, lässt sich nicht sagen. Die Ratsprotokolle fehlen zwischen 1789 und 1806, die Zeit der Besetzung ist somit nicht direkt abgedeckt.

Der vierte Koalitionskrieg war 1807 ohne Beteiligung des Kaisertums Österreich wieder von Frankreich gewonnen worden. Mit dem Versuch, im Jahr 1809 Volksaufstände in Deutschland und vor allem in Tirol anzuzetteln und sich an die Spitze einer breiten nationalen Erhebung zu stellen, scheiterte dann auch Österreich. Die Habsburger wurden nur von England unterstützt und mussten nach der Niederlage bei Wagram ihre Hoffnungen auf einen Sieg über Napoleon begraben. Diesmal war der politische Preis noch höher. Das Kaisertum Österreich verzeichnete erhebliche Territorialverluste und musste Napoleon in das dynastische System aufnehmen. Dieser heiratete 1810 Marie-Luise, eine Tochter von Franz I.¹⁴³ Auch Zwettl hatte erheblich unter der Niederlage zu leiden. Ein aus vier Divisionen bestehendes Korps der französischen Armee wurde ins Waldviertel verlegt und Zwettl für drei Monate das Standquartier von einer dieser Divisionen. Die Soldaten waren entweder mit guter Verpflegung oder zwei Gulden täglich zu versorgen.¹⁴⁴ Auch die Folgen dieser Besetzung waren noch lange zu spüren und beschäftigten den Magistrat. Zumindest kurze Auskunft über die zweite Besetzung gibt ein Bericht des Zwettler Pfarrkooperators vom 9. April 1810. Es sei zwar „kein besonderer Unfug“ vorgefallen, die Kosten der Einquartierungen waren aber hoch. So musste der Pfarrer an die 1.000 Gulden aufwenden. Negativ erwähnt wird der Verfall der Moral während der Besetzung, näher ausgeführt ist das aber nicht. Pfarr- und Schulgebäude blieben unversehrt, der Unterricht konnte aber wegen der „großen Unordnung“ nicht abgehalten werden.¹⁴⁵

Nach einer Lücke im Quellenbestand, die mit Oktober 1817 beginnt, setzt mit dem Jahr 1821 die Überlieferung wieder ein und zeigt das Bild von Ratssitzungen, die vorwiegend

¹⁴¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 164 f.

¹⁴² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 215.

¹⁴³ Vgl. CARL, Napoleonische Kriege.

¹⁴⁴ Vgl. HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 77.

¹⁴⁵ DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Schreiben vom 9. April 1810.

Kreisschreiben, Kreisamtsdekrete, Kreisratschläge und Regierung-Circularien behandelten.¹⁴⁶ Nicht weniger als 191 Vorgänge aus solchen Schreiben sind im Protokoll von Jänner bis Anfang August 1821 vermerkt. Demgegenüber sind die Antworten an das Kreisamt mit 46 Vorgängen deutlich in der Minderzahl. Nur wenige Verwaltungsabläufe bezogen sich auf andere Ämter. Es waren dies meist Grundherrschaften aus der Nähe, bei denen um Entlassung eines Untertanen angesucht wurde, damit sich dieser in Zwettl ansiedeln konnte oder umgekehrt eine Einwohnerin oder ein Einwohner von Zwettl in eine neue Herrschaft wechseln konnte. Insgesamt war dies zwölfmal der Fall. Demgegenüber verzeichnet das Protokoll im näher untersuchten Zeitraum nur ein einziges Ansuchen einer ansässigen Person; oder einer eben noch nicht ansässigen. Es war dies A.M. (wohl Anna Maria) Erlin, die um die Aufnahme als Haubenmacherin ansuchte. Sie konnte ein Zeugnis des Magistrats Waidhofen an der Ybbs vorlegen, dass ihr eine „sittl. Aufführung bewähret“¹⁴⁷ und deswegen wurde ihr Anliegen positiv beschieden. Der Fall ist aus zwei Gründen außergewöhnlich. Zum einen tauchen Frauen kaum als Gewerbetreibende auf – und wenn, dann so gut wie immer als Witwe eines verstorbenen Inhabers. Zum anderen wurden Ansuchen um Aufnahme eines neuen Gewerbes, wie bereits mehrfach gezeigt, selten positiv erledigt.

Mit nur einem Anliegen aus der Stadtbevölkerung ist diese Kategorie ungewöhnlich klein, für andere Zeiträume sind mehr Eingaben und Wünsche der Bevölkerung festgehalten. Die Schreiben der übergeordneten Behörden sind aber zu jeder Zeit zahlreich eingegangen und mussten im Rat behandelt werden. Darunter befanden sich teils sehr banal wirkende Dinge wie die Erneuerung des Verbots, bei Hochzeiten zu schießen,¹⁴⁸ oder wegen des Stempels bei gerichtlichen Schätzungen.¹⁴⁹ Wichtigere Schriftstücke bezogen sich auf die Einhebung der Steuern oder militärische Vorgänge wie zum Beispiel Rekrutenstellung, Umgang mit Deserteuren oder Urlaubsangelegenheiten der Soldaten. Ganz gleich aber ob die Anordnungen alltäglicher Natur waren oder ernste Konsequenzen für die Menschen und ihr weiteres Leben hatten, zusammengenommen zeigen sie eine stärker werdende Unterwerfung des Alltags unter den Verwaltungsstaat.

Auffällig ist auf der Auslaufseite, dass am 20. Juni 1821 noch einmal eine Eingabe an das Kreisamt gesendet wurde, die „um Verordnung der Rückzahlung der Invasionsforderungen der Stadt Zwettl vom Jahr 809“¹⁵⁰ ansuchte. Ob diese Rückzahlung jemals erfolgt ist, bleibt fraglich. Im Stadtarchiv finden sich dazu jedenfalls keine Quellen. Bei den weiteren Ausläufen

¹⁴⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 401–446.

¹⁴⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 440.

¹⁴⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 421.

¹⁴⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 438.

¹⁵⁰ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 436.

fällt auf, dass die Buchführung der Stadt ganz genau in Krems vorgelegt werden musste. So wurden am 24. Jänner 1821 „für das 2te halbe Jahr 820 die Kassa Liquidationen vom Bürgerspital, Pupillen= Depositen= Kammer= u. Steueramte überreicht“.¹⁵¹ Auch eine Aufstellung der Verbrechen, im Protokoll „Kriminal Tabelle“ genannt, musste vierteljährlich dem Kreisamt gesendet werden.

Schon vor den Umbrüchen in der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt sich hier das Bild einer abhängigen Stadt, die in ihrem Verwaltungshandeln eingeeignet war und als verlängerter Arm der Zentralbehörden zu agieren hatte.

5.2.5. Umbruch: ein Neuanfang oder alles beim Alten unter neuem Namen?

Die Änderungen der Jahre 1848 bis 1850 stellten Zwettl und seine Bewohnerinnen und Bewohner vor neue Herausforderungen. Vor allem im politischen Bereich fielen die Umgestaltungen gravierend aus. Zum einen war mit der Errichtung der Stadtgemeinde eine entscheidende Änderung in der Verfasstheit der Stadt eingetreten. Auch die Änderungen in der Verwaltung der mittleren Ebene wirkten sich direkt auf Zwettl aus. Hatte man es bis jetzt mit dem Kreisamt in Krems als übergeordneter Behörde zu tun, war mit der Errichtung der Bezirkshauptmannschaft die Behörde mitten in die eigene Stadt gekommen. Um die Ansiedlung der neu geschaffenen Ämter hatten Gemeinden mit Petitionen an die Zentralbehörden gerittet. Man erhoffte sich einen Prestigezuwachs und vor allem Geschäftschancen für das ansässige Gewerbe. Dabei versuchte man die eigenen Vorzüge hervorzuheben. Für die erhofften Vorteile musste aber auch ein entsprechender Preis bezahlt werden. Die Gemeinden überließen die notwendigen Gebäude oft mietfrei, leisteten Zuschüsse oder übernahmen Adaptierungskosten. Wenn neu gebaut werden musste, finanzierte dies oft die Gemeinde. Zwettl war also nicht die einzige Gemeinde mit einer durchaus komplizierten Beziehung zur Bezirkshauptmannschaft, viele hatte ganz ähnliche Probleme zu bewältigen. Besonders hart traf es dabei Poysdorf: 1854 hatte die Gemeinde durch eine Reform „ihre“ Behörde verloren, für die sie eigens ein Gebäude auf Kredit errichtet hatte.¹⁵²

Die Umbrüche wogen auch deshalb schwer, weil viel Orientierungswissen über Abläufe und Gepflogenheiten erst wiederaufgebaut werden musste, innerhalb und außerhalb der Amtsstuben. Es waren aber dieselben Menschen, die sich diesen neuen Gegebenheiten stellen mussten oder sie zu gestalten versuchten. Wie sie das getan haben, kann man in Zwettl

¹⁵¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 406.

¹⁵² Thomas STOCKINGER, Staatliche Bezirksbehörden nach 1848. Knotenpunkte der „unmittelbarsten Beziehungen“ von Staat und Bevölkerung. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 203–229, hier 214.

beispielhaft an einer bestimmenden Persönlichkeit ablesen. Franz Haunsteiner amtierte von 1850 bis 1857 als Bürgermeister der neu geschaffenen Gemeinde. Bereits vor dieser Zeit war er im öffentlichen Leben der Stadt präsent gewesen und so lassen sich an seiner Person viele Zustände und Entwicklungen des 19. Jahrhunderts gut ablesen und beobachten.

Franz Haunsteiner wurde am 24. Jänner 1798 in Grusbach [*Hrušovany nad Jevišovkou*] im Bezirk Znaim [*Znojmo*] geboren.¹⁵³ Er war das vorletzte der sieben Kinder des Müllers Mathias Haunsteiner und dessen Gattin Elisabeth. Nach der Grundschule und dem Gymnasium besuchte er in den Jahren 1816 und 1817 das Lyzeum in Olmütz [*Olomouc*] und für eine kurze Zeit in den Jahren 1813 und 1814 auch die Universität Wien. Als Praktikant war er anschließend in der Landwirtschaft und als Landvermesser tätig. Sein Weg führte ihn dabei von Mähren, Niederösterreich und der Steiermark bis nach Slowenien. 1824 hatte Franz Haunsteiner von einer freien Stelle als Gutsverwalter der Herrschaft Engelstein bei Großschönau im Waldviertel erfahren und bewarb sich erfolgreich um die Position. Schon 1826 wechselte er in ähnlicher Funktion ins benachbarte Großpertholz. Nach einem kurzen Intermezzo bei der Herrschaft Kirchberg am Wald landete er 1830 als Wirtschaftspfleger im Stift Zwettl. Aber auch hier blieb er nur ein Jahr. Als 1831 Franz Stift, der Postmeister von Zwettl, verstarb, bemühte sich die Stadt rasch um einen Nachfolger. Sie fand diesen in Franz Haunsteiner, der vom Stift in das Postgebäude in der Landstraße 32 wechselte. Nach den oftmaligen Wohnorts- und Arbeitsplatzwechseln seiner jungen Jahre folgten nun mehr als drei Jahrzehnte am gleichen Ort. Magdalena Stift und ihrer beiden jüngeren Schwestern waren im Februar 1832 durch den Tod der Mutter zu Vollwaisen geworden. Zu allem Unglück war kurz darauf auch ein Teil des Postgebäudes abgebrannt. Franz Haunsteiner wurde deswegen vom Vormund der Waisen, Josef Skall, als Administrator der Stift'schen Verlassenschaft vorgeschlagen. Haunsteiner erklärte sich dazu unter der Voraussetzung bereit, dass er auch die zum Haus gehörige Landwirtschaft und die Schildwirtschaft samt der Weinschank übernehmen und das Haus nach seinen Vorstellungen wiederaufbauen durfte. Dieses Ansinnen wurde vom Magistrat am 14. März 1832 positiv beschieden.¹⁵⁴ Die Entscheidung wurde sicher dadurch begünstigt, dass Franz Haunsteiner beabsichtigte, Magdalena Stift zu ehelichen. Die Hochzeit zwischen dem 34-jährigen Bräutigam und der 18-jährigen Braut fand am 6. Juni 1832 statt. Zwischen 1834 und 1851 brachte Magdalena 13 Kinder zur Welt. Von ihnen erreichte jedoch nur die 1844 geborene Bertha Victoria das Erwachsenenalter.

¹⁵³ Zum Lebenslauf von Franz Haunsteiner siehe Friedel MOLL, Franz Haunsteiner (1798–1861). Postmeister, Bürgermeister und Sparkassengründer in Zwettl. In: Rudolf MALLI, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER (Hrsg.), Waldviertler Biographien. Band 4 (Waidhofen an der Thaya 2015) 151–161.

¹⁵⁴ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 834–838.

Nachdem sich Franz Haunsteiner eine Existenz geschaffen und eine Familie gegründet hatte, legte er am 31. Oktober 1832 den Bürgereid ab. Als vollwertiges Mitglied der Zwettler Bürgerschaft hatte er auch Verantwortung zu übernehmen. So wurde er am 18. September 1835 als Vormund für die Kinder der Witwe Anna Danzinger angelobt¹⁵⁵ und übernahm diese Tätigkeit im März 1845 auch für Josef Skall, den gleichnamigen Sohn des verstorbenen Kaufmanns und ehemaligen Vormunds seiner Frau Magdalena.¹⁵⁶ Dass diese Aufgabe aufwändig sein konnte, machen die 36 Schriftstücke und Eingaben deutlich, die im Jahr 1845 zu der Verlassenschaft Skall beim Magistrat einlangten und einzeln behandelt wurden.¹⁵⁷

5.2.6. Die Ereignisse von 1848 und ihr regionaler Niederschlag

Es waren die Ereignisse des Jahres 1848, die Franz Haunsteiner den Schritt in die erste Reihe der politischen Öffentlichkeit in Zwettl tun ließen. Die revolutionären Unruhen, die halb Europa erfasst hatten, wirkten sich auch auf Zwettl aus. Zwar kam es zu keinen Versuchen der Bürger, zum Beispiel durch die Bildung eines Bürgerausschusses, ein demokratisch legitimes Gegengewicht zur alten Magistratsordnung zu schaffen, spur- und ereignislos verlief die Zeit in Zwettl aber nicht. Auch im Rest von Niederösterreich war weder der Vormärz eine beschauliche Zeit gewesen, noch war es im Revolutionsjahr ruhig geblieben. Die Konfliktlinien verliefen meist zwischen den Grundherren und der bäuerlichen Bevölkerung. In den (Klein-)Städten war das Bild anders. Aber auch dort brachte die Revolution neuen Konfliktstoff oder verstärkte bereits vorhandenen, sei es zwischen städtischen Unterschichten und den wohl situierten Bürgern wie zum Beispiel in Wiener Neustadt oder Hohenruppersdorf oder innerhalb des Bürgertums selbst wie in Waidhofen an der Ybbs.¹⁵⁸

Als es in Wien im März 1848 vor allem in den Vorstädten zu Unruhen, Plünderungen und auch Toten gekommen war, wuchs vielerorts die Sorge der wohlhabenden Bürger um ihren Besitz. Der Ruf nach Bildung einer Nationalgarde kam auf. Auf das Umland von Wien griffen die Unruhen aber kaum über. Nur vereinzelt hatten Arbeiter aus den Wiener Vororten die Situation für Plünderungen und Übergriffe genutzt.¹⁵⁹ Zur gespannten Situation trug auch bei, dass in den Jahren vor 1848 die Einwohnerinnen und Einwohner der Habsburgermonarchie durch Missernten und Teuerungen bereits erheblich belastet worden waren.

¹⁵⁵ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 951.

¹⁵⁶ StAZ, RP, 2_19, 1845, 71.

¹⁵⁷ StAZ, RP, 2_19, 1845, 120–153.

¹⁵⁸ Vgl. Thomas STOCKINGER, Revolution? Das Jahr 1848 im ländlichen Raum. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 359–385, hier 362–364.

¹⁵⁹ Thomas STOCKINGER, Dörfer und Deputierte. Die Wahlen zu den konstituierenden Parlamenten von 1848 in Niederösterreich und im Pariser Umland (Seine-et-Oise) = MIOG Ergänzungsband 57 (Wien, Köln, Weimar 2012) 320.

Schon kurz nach dem Ausbruch der Revolution in Wien am 13. März 1848 bemühten sich die kaiserlichen Beamten des für das gesamte Waldviertel zuständigen Kreisamtes Krems, die Ruhe auf dem Land zu sichern. Die Bevölkerung sollte auf den Kaiser eingeschworen werden und die Zugeständnisse des Hofes sollten die Lage weiter beruhigen. Am 16. März hielt der Kreishauptmann Franz Folwarczny vor dem Rathaus in Krems eine Rede. Er forderte von der versammelten Bürgerschaft¹⁶⁰ einen Treuschwur auf Kaiser Ferdinand und rief die „Gutgesinnten“ auf, sich an der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu beteiligen, indem sie sich in Listen einschreiben, eine „weiße und rothe Masche“ als Erkennungsmerkmal tragen und „männlich und muthig gegen Ruhestörer“ einschreiten sollten.¹⁶¹ Wohl um seinem Aufruf Nachdruck zu verleihen, schürte er Ängste und übertrieb bei seiner Darstellung der Ereignisse in Wien. In den Vorstädten würde „der rachsüchtige Pöbel wüten“ und „Raub, Mord und Brand seien an der Tagesordnung“.¹⁶² Am 20. März hielt dann Kreiskommisär Joseph Heinemann vor dem Rathaus in Zwettl eine ganz ähnliche Rede. Auch er ließ die Einwohnerschaft auf den Kaiser schwören, forderte Männlichkeit und Mut¹⁶³ ein und rief zur Bildung einer Ordnungstruppe auf. Außerdem berichtete er von der gewährten Pressefreiheit und den Bestrebungen um eine Verfassung. Die Rede in Zwettl war Teil einer aufwändigen Inszenierung. Sie wurde von Böllerschüssen gerahmt und ihr folgte ein Zug in die Kirche zu Gebeten, Lobgesang und Segen. Den Abschluss bildete ein Umzug durch die Stadt mit Musik und Fackelträgern. Am Tag darauf fanden sich die ersten Bürger im Rathaus ein, um sich in die Liste der zu bildenden Truppe eintragen zu lassen.¹⁶⁴ Name und Organisationsform waren am Anfang noch unklar. Auf die Leitung konnte man sich hingegen einigen: Der Magistrat hielt Franz Haunsteiner für den geeigneten Mann. Dieser war auch bereit, die Verantwortung zu übernehmen und verfasste am 22. März ein Schriftstück, in dem er erläuterte, was zu tun sei. Die wichtigsten Punkte waren der Streifendienst der Nachtwache, die Anschaffung von Säbeln und Kokarden und die Verbesserung der Straßenbeleuchtung.¹⁶⁵ Da von den staatlichen Stellen keine Anweisungen gegeben wurden, wie bei der Bildung der Bürgerwehr oder Nationalgarde vorzugehen sei, wurde der Magistrat selbst aktiv. In Anlehnung an die Statuten der St. Pöltner Bürger-Miliz von 1844 verfasste man wahrscheinlich am 5. April einen Aufruf an die

¹⁶⁰ Es werden wohl auch Frauen anwesend gewesen sein. Bei der Einleitung des Treueschwurs wurden vom Redner aber dezidiert die Männer angesprochen: „Meine Herren! Sprechen Sie mir feierlich die Worte nach: Wir schwören ...“, zit. nach MOLL, Nationalgarde, 14.

¹⁶¹ Zit. nach Ebd., 14.

¹⁶² Zit. nach STOCKINGER, Dörfer, 321.

¹⁶³ Appelle an Männlichkeit und Mut waren in vielen Aufrufen jener Tage enthalten, dazu und zur weiblichen Kontrastfolie siehe, STOCKINGER, Das Jahr 1848, 17 f.

¹⁶⁴ MOLL, Nationalgarde, 15.

¹⁶⁵ Ebd., 16.

Bevölkerung. In diesem wurde einmal mehr Einigkeit beschworen, die Gefahr von Unruhe und Anarchie an die Wand gemalt und die positive Wirkung von Regeln und Vorschriften hervorgekehrt. Bemerkenswert ist, dass die aufgestellten Regeln nicht einfach erlassen wurden. Patrouillen zogen von Haus zu Haus, um den Bürgern den Statutenentwurf näherzubringen und ihre Meinung einzuholen.¹⁶⁶ Diese Form der Bürgerbeteiligung war für die damalige Zeit sehr ungewöhnlich. Da aber von oben keine Handlungsanweisungen kamen, die Rückhalt geboten hätten, blieb nur der Weg zu den eigenen Bürgern.

Aus dem Dilemma der Ungewissheit wurde der Zwettler Magistrat jedoch bald befreit, denn die Zentralmacht nahm sich der Sache an. Nach dem provisorischen Patent vom 10. April 1848¹⁶⁷ sollte in jeder Siedlung mit mehr als 1.000 Personen eine Nationalgarde errichtet werden.¹⁶⁸ Ihr sollten alle Bürger zwischen dem 19. und 50. Lebensjahr angehören. Ausgeschlossen davon waren freilich Handwerksgesellen, Dienstboten oder Tagelöhner.¹⁶⁹ Die Nationalgarde sollte also keine revolutionäre Kraft sein, sondern helfen, die auch vom Bürgertum geschätzten Elemente der alten Ordnung zu bewahren. Indem die Obrigkeit einen Teil der hoheitlichen Aufgaben in die Hand des Bürgertums legte, zog sie dieses auf ihre Seite und nahm den radikalen Kräften den Wind aus den Segeln.

In Zwettl und seinen Vorstädten kamen 123 Mann zur Ausübung des Dienstes in der Nationalgarde in Frage. Es lag in der Verantwortung der Stadt, für die Ausrüstung und Bewaffnung der Garde aufzukommen. Franz Haunsteiner, er war nun der Hauptmann der Garde, hatte in Krems und Wien Erkundungen eingeholt und schätzte die Kosten auf 35 Gulden pro Mann. Selbst wenn man die bereits gesammelten Spenden abzog, blieben noch immer fast 4.000 Gulden offen. Der Verwaltungsrat der Zwettler Nationalgarde wandte sich daher an den Magistrat mit der Bitte, die Summe bereitzustellen. Für diesen waren die 4.000 Gulden eine große Belastung. So hatte zum Vergleich das städtische Kammeramt, es war im Wesentlichen für die Finanzen zuständig, im Jahr 1847 an die 8.725 Gulden eingenommen und zirka 7.918 Gulden ausgegeben. Es entspann sich ein Hin und Her wegen der Finanzierung, in das man auch das Kreisamt in Krems involvierte. Schließlich reisten drei Gardisten, Georg Enslein, ein Oberleutnant der Garde, Johann Riether, ein Unteroffizier, und Carl Barth, ein Gardist, nach Wien, um beim Innenministerium Geld zu erbitten, freilich ohne Erfolg.¹⁷⁰

Die komplizierten Herrschaftsstrukturen waren ein weiteres Problem. Sie wurden erst später durch die Aufhebung der Grundherrschaft, dem wohl wichtigsten Ergebnis der Revolution,

¹⁶⁶ Schreiben und Statutenentwurf zit. in Ebd., 16–18.

¹⁶⁷ Moll gibt den Tag des Erlasses abweichend mit dem 8. April 1848 an, siehe Ebd., 18.

¹⁶⁸ HAKALA, Zwettl 1648 bis 1848, 81 f.

¹⁶⁹ MOLL, Nationalgarde, 6.

¹⁷⁰ Ebd., 20.

beseitigt. Noch unterstanden aber zahlreiche Häuser der Stadt nicht der Autorität des Rats, sondern zum Beispiel den Herrschaften Rosenau oder Rastenberg, der Propstei oder dem Stift Zwettl. Für fremde Untertanen wollte der Magistrat der Stadt Zwettl natürlich nicht aufkommen. Erst durch Beiträge der erwähnten Grundherrschaften, eine neuerliche Spendensammlung, Eigenleistungen der Gardisten und 3.000 Gulden aus dem Kammeramt konnten die Kosten für die Ausrüstung aufgebracht werden. Bis Anfang Oktober war es dann gelungen, die 123 Gardisten auszurüsten und zu bewaffnen. Auch eine 14-köpfige Musikkapelle wurde aufgestellt.

Für Ruhe und Ordnung, eigentlich ja ihre Hauptaufgabe, musste die Zwettler Nationalgarde nicht sorgen. Die Ängste bezüglich der Bedrohung durch Aufständische oder umherziehende Banden hatte sich bald als unbegründet herausgestellt. Stattdessen wurde die Nationalgarde ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. Anlässe zu Aufmärschen und Feiern boten sich zur Genüge. So wirkte man bei der Fronleichnamsprozession des Jahres 1848 mit, feierte den Sieg von Feldmarshall Radetzky in Italien oder schritt zur eigenen Fahnenweihe.

Es muss daher bitter für die engagierten Bürger der Garde gewesen sein, als es nach der Niederschlagung der Revolution in Wien in den letzten Tagen des Oktober 1848 zu deutlichen Einschränkungen für die Nationalgarden kam. Eine gänzliche Auflösung wurde vorerst nicht verfügt, hatte sich das Modell Nationalgarde doch bis zu einem gewissen Grad bewährt, doch mussten die Garden im Dezember 1848 sämtliche Waffen abliefern. Die Staatsgewalt wollte es nicht mehr riskieren, dass die Bürger über Waffen verfügten, die sie auch gegen die Obrigkeit richten konnten. Von der Maßnahme war nicht nur die Garde betroffen, die zusätzlich sogar die Uniformen abzugeben hatte, sondern auch die Schützengesellschaft und die restlichen Bewohner mussten etwaige Waffen abgeben. Die Gegenstände wurden vom Magistrat eingelagert und durften nur nach Genehmigung durch diesen ausgegeben werden. Der Magistrat musste hier als lokaler Arm der Zentralgewalt agieren. Für zwei Mitglieder bedeutete das einen Interessenskonflikt. Während sich nämlich Bürgermeister Anton Gudra und die Magistratsräte Georg Zuckerhut und Karl Schwarzingen an der Formierung der Nationalgarde nicht beteiligt hatten, waren der Magistratsrat Anton Kietreiber und der Syndikus Andreas Kubasta als Gardisten tätig.¹⁷¹ Sie befanden sich also – so wie der Magistrat insgesamt – in einer Zwischenstellung zwischen Ambitionen bürgerlicher Selbstregierung und der Funktion staatlicher Aufsicht.

¹⁷¹ Vgl. Liste der Mitglieder der Zwettler Nationalgarde in Ebd., 34–38. Streng genommen war der Syndikus kein Mitglied des Magistrats, wegen seiner wichtigen Funktion bei der Führung der Geschäfte wird er hier aber dazugezählt.

Eine Einordnung der Nationalgarde von Zwettl gelingt nicht ganz leicht. Realpolitisch hatte sie keine Bedeutung. Auch ihr praktischer Beitrag zu Ruhe und Ordnung hielt sich in Grenzen, schlicht deshalb, weil diese in Zwettl nie bedroht waren. Es wäre aber zu kurz gegriffen, die Nationalgarde nur als skurrilen Aktionismus von unausgelasteten Kleinstädtern abzutun, die in Fantasieuniformen die Rolle des Wochenendkriegers gaben. Man darf nicht die Bedeutung der Nationalgarden als eine Erfahrung von Ermächtigung für die bürgerlichen Klassen unterschätzen. Darauf weisen die Schnelligkeit und relative Reibungslosigkeit hin, mit der diese neue Institution ins Leben gerufen wurde. Sie bot dem bürgerlichen Selbstverständnis eine Bühne, die man gerne bespielte. Man konnte in einem Moment der Ungewissheit die Bereitschaft zeigen, mit Zeit und Geld für die Belange der – stadtbürgerlichen – Gemeinschaft einzutreten. Hierin bestand auch ein entscheidender Unterschied zwischen dem Dienst in der Armee und der Beteiligung an der Nationalgarde. Die Dienstpflicht im Militär konnte die Rekruten an ferne Kriegsschauplätze führen und ihnen den jähen Tod für das Großmachtstreben der Habsburgerdynastie bescheren. Der Dienst in der Nationalgarde versprach dagegen einen Einsatz im nächsten Umfeld. Es ist leichter, patriotischen Appellen zu folgen, wenn man den Grund seines Einsatzes täglich vor Augen hat.

Für die Regierung waren die Nationalgarden hingegen eine Abweichung vom Pfad moderner Staatsbildung, die wesentlich darin bestand, ein Gewaltmonopol zu etablieren. Indem die Regierung 1848 als Ergebnis der Märzrevolution die Nationalgarden autorisierte, legte sie die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hände eines – vertrauenswürdig scheinenden – Teils der Bevölkerung. Sobald aber das Militär die Revolution in Wien und den Provinzen des Reichs niedergeschlagen hatte, beendete der erstarkte Zentralstaat auch das Experiment Nationalgarden. Ein kaiserliches Patent verfügte 1851 deren Auflösung. Besser ins Bild einer Durchdringung des Territoriums als Zugriff ‚von oben‘ passt hingegen die Schaffung der Gendarmerie im Jahr 1850. Sie sollte als aus der Armee rekrutiertes Sicherheitsorgan für die Ordnung am flachen Land sorgen. In Zwettl bestand ab 1860 ein Gendarmerieposten, der von hier aus auch das Umland betreute.¹⁷²

5.2.7. Gemeindeselbstverwaltung, zwischen permanenter Krise und Erfolgsmodell

Das provisorische Gemeindegesetz von 1849 sieht die „freie“ Gemeinde als „Grundfeste“ des Staates.¹⁷³ Gleich zu Beginn ist im Gesetz der Wirkungskreis der Gemeinden dargelegt. Er umfasste einen „natürlichen“ und einen „übertragenen“. Der natürliche, besser selbständige,

¹⁷² Vgl. Alois FÜGERL, Der Gendarmerieposten Zwettl-NÖ. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 573–579, hier 573.

¹⁷³ RGBl. 170/1849, Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit ein provisorisches Gemeinde-Gesetz erlassen wird.

sollte alles umfassen, was die Gemeinde direkt betraf und durch sie selbst geregelt werden konnte. Dazu wurden viele Aufgaben gezählt, zum Beispiel die Verwaltung des Gemeindevermögens, die Erhaltung der Straßen, Wege, Brücken, weiters Schulangelegenheiten, Sicherheitsaufgaben und das Armenwesen. Der übertragene Wirkungskreis dagegen bestand aus Aufgaben, die zwar als zentralstaatlich verstanden wurden, deren Durchführung der Staat aber an die Gemeinden delegiert hatte. Hierzu zählten beispielsweise die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, das Melde- und das Schubwesen und die Mitwirkung an der Militäradministration und am Steuerwesen.¹⁷⁴ Gemeinsam mit der Errichtung der Bezirksbehörden sicherte sich der Staat so eine permanente Präsenz in den Gemeinden. Nach einigen Änderungen in der Periode des Neoabsolutismus der 1850er Jahren und deren Rücknahme im Reichsgemeindegesetz von 1862 folgte 1864 die Spezifizierung der Vorgaben für die Gemeinden in der Niederösterreichischen Gemeindeordnung von 1864.¹⁷⁵ Bemerkenswert ist vor allem das völlige Fehlen einer Differenzierung zwischen den einzelnen Gemeinden, das Gesetz galt für alle gleich, für Stadt- und Landgemeinden, für große genauso wie für kleine. Einzig die Stellung einer Statutarstadt hätte eine andere Verfassung für eine Gemeinde bedeutet. So wundert es nicht, dass bereits zeitgenössische Kommentatoren ernste Probleme sahen. Diese erblickten sie zum einen im allzu raschen Übergang von einem System zum anderen.¹⁷⁶ Zum anderen kritisierten sie eben, dass das Gesetz nicht zwischen den Bedürfnissen der verschiedenen Typen von Gemeinden unterschied.¹⁷⁷

Auch im Vorwort seines immer noch grundlegenden Buches zur Gemeindeselbstverwaltung in Österreich geht Jiří Klabouch hart mit derselben ins Gericht. Es ist von Krise, Ungleichheit, Unfähigkeit, Versagen und Ohnmacht die Rede. Als Kernproblem identifiziert der Autor den Umstand, dass die duale Konzeption der Verwaltung in Österreich nicht angemessen auf die gesellschaftlichen Änderungen reagieren konnte, die mit der zunehmenden industriellen Großproduktion, den Konzentrationstendenzen des Wirtschaftslebens und dem raschen Fortschritt im Verkehrswesen einhergingen. Diesem sehr negativem Urteil zum Trotz, kann für

¹⁷⁴ KLABOUCH, Gemeindeselbstverwaltung, 64–66.

¹⁷⁵ LGBl. NÖ 5/1864: Gesetz, wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns, womit eine Gemeindeordnung und eine Gemeinde=Wahlordnung erlassen werden.

¹⁷⁶ Parallel zur Errichtung der Gemeinden war der Aufbau der Bezirksverwaltungen zu bewerkstelligen, für NÖ siehe Thomas STOCKINGER, Staatliche Bezirksbehörden, 203–229. Zur Verwaltung bis 1848 siehe Josef LÖFFLER, Grundherrschaft, Gerichtsbarkeit und Regionalverwaltung bis 1848. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 175–202.

¹⁷⁷ Thomas BUCHNER, Die Gemeinden. Staatsbildung und kommunale Finanzen 1849–1914. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 231–259, hier 233–237.

die Zeit von 1850 bis 1914 auch eine beachtliche Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung festgestellt werden. Vielen Gemeinden gelang zu dieser Zeit ein deutlicher Aufschwung. Wo dieser ausblieb, lag die Schuld nicht allein an der Verwaltung. Dennoch vorhandene Unzulänglichkeiten zeigten sich am augenscheinlichsten bei den Finanzen. Während der Staat seine Einnahmequellen parallel zu den wachsenden Aufgaben ausbauen konnte, gelang dies den Gemeinden nicht in ausreichendem Umfang. Das Heimatrecht, das auf dem Prinzip einer geschlossenen und immobilien Gemeinde beruhte, erschwerte es außerdem, die spezifischen örtlichen Interessen der Bevölkerung zu wahren und allen anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern eine adäquate Versorgung im Armuts- oder Krankheitsfall zukommen zu lassen. Dieser Schiefstand, welcher sich durch den Bevölkerungsanstieg und die sich ausweitende Mobilität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ständig verstärkte, war auch den Verantwortlichen bewusst. So kam es 1896 und 1901 zu Reformen, man konnte das Heimatrecht dann auch durch zehnjährigen Aufenthalt erlangen.¹⁷⁸ Verschärft wurden die Probleme durch die fehlende Teilnahme größerer Bevölkerungsschichten an den Geschicken der Gemeinden durch das Kurienwahlrecht, das bis zum Ende des 19. Jahrhunderts weit hinter die gesellschaftlichen Gegebenheiten zurückgefallen war. Nach den Kriterien, die wir heute an freie Wahlen anlegen, muss sich so gut wie jedes Wahlrecht des 19. Jahrhunderts als ungenügend darstellen. Gerade das Wahlrecht auf Gemeindeebene wurde aber im Zuge der politischen Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten, die auf die Formierung einer Massendemokratie vorauswies, zunehmend inadäquat. Beim Reichsratswahlrecht brachten drei Reformen Verbesserungen, auf Gemeindeebene gelang gleiches dagegen nicht.¹⁷⁹

So untauglich sich die Verwaltung seit der Errichtung der Gemeinden im Jahr 1850 im Lichte des Urteils von Jiří Klabouch auch zeigen mag, die zuvor herrschenden Umstände schienen noch weniger geeignet, um die sich ausweitenden Aufgaben zu bewältigen. Die auf dem Land herrschenden Patrimonialbehörden und die Magistrate der Städte waren meist nicht mehr als exekutive Instrumente der vorgesetzten Behörden, die bis in die kleinsten Feinheiten der Verwaltung eingriffen.¹⁸⁰ Besonders deutlich wird das in Zwettl, wenn man die Ratsprotokolle betrachtet. Sie zeichnen das Bild einer abhängigen Behörde, die von oben instruiert wurde und ständig Rechenschaft über ihr Tun und Handeln ablegen musste. Von einer freien Stadt oder einer autonomen Selbstverwaltung konnte also vor 1850 in Zwettl nur schwer die Rede sein. Gerade in diesem Licht erscheint die Errichtung der Gemeinde im Jahr 1850 für die Stadt Zwettl nicht als Rückschritt oder Herabstufung. Mit den neu geschaffenen Bezirksämtern als

¹⁷⁸ Vgl. STEIDL, Wege, 51.

¹⁷⁹ KLABOUCH, Gemeindegelbstverwaltung, 7–13.

¹⁸⁰ Ebd., 13.

Zwischengliedern der Verwaltung wurde Zwettl jedoch allen anderen Gemeinden gleichgestellt. Eine höherwertige Option wäre die der Statutarstadt gewesen. Diese Möglichkeit hatte sich für Zwettl sogar kurzfristig eröffnet. Als 1859 in Ausführung des kaiserlichen Patentens vom 24. April Vorerhebungen zu einem neuen Gemeindegesetz begannen, musste die Gemeinde zur im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit Stellung nehmen, ob Zwettl wieder einen eigenen Magistrat bekommen wolle. Die Gemeindevertreter antworteten, „daß die landesfürstliche Stadt Zwettl nach der im Gemeindegesetze vom 24. April d[es] J[ahres] bezeichnete Stadtordnung organisirt werden will, wenn anders ihre Gemeindemittel ausreichen, die hiermit verbundenen Auslagen zu bestreiten.“¹⁸¹ Von den übergeordneten Behörden unterblieb daraufhin alles Weitere.¹⁸²

Die Unzulänglichkeiten der österreichischen Verwaltung im Vormärz waren schon für die Zeitgenossen augenscheinlich. Bürgerliche und aristokratische Reformer traten dafür ein, die Gemeinden mit einer freien Wirkungssphäre und einer weitgehenden Unabhängigkeit auszustatten. Ähnlich wie natürliche Personen sollten sie unantastbare Rechte besitzen. Der (absolutistische) Staat und die (freie) Gemeinde stellten in dieser Anschauung einen Gegensatz dar, die Überlegungen zur Etablierung kommunaler Selbstverwaltung hatten also eine gegenüber dem Obrigkeitsstaat kritische Stoßrichtung. Eine Neuordnung der Verwaltung auf der untersten Ebene rückte somit nicht erst durch die Revolution in den Blick: Adelige Oppositionskräfte hatten den Reformbedarf schon vorher erkannt und so wurde bei der am 1. März 1847 begonnenen Session des Niederösterreichischen Landtages eine Kommission gebildet und der Gegenstand auf die Tagesordnung der Session vom März 1848 gesetzt.¹⁸³ Die Ereignisse des Frühjahrs 1848 kamen der Behandlung im ständischen Landtag jedoch zuvor. Aber auch die bürgerlichen Kräfte des Revolutionsjahres machten die Ausarbeitung einer zeitgemäßen Gemeindeverfassung zu einem ihrer Hauptanliegen. Die Verfassung vom 25. April 1848 war in dieser Hinsicht eine Enttäuschung, denn sie enthielt keine Bestimmungen zu Gemeindeangelegenheiten. In den großen Städten des Reiches unternahmen die revolutionären Kräfte zumindest den Versuch, durch die Bildung von neuen Organen die Gemeindeverwaltung auf neue und eigene Füße zu stellen. Auf dem Land war die Entwicklung dagegen anders, die ganze Aufmerksamkeit war auf die Abschaffung der Untertänigkeit und anderer feudaler Zumutungen gerichtet.¹⁸⁴ Zwettl nahm hier eine Zwischenstellung ein. Zur Bildung von eigenen Organen kam es 1848 zwar nicht. Die meisten Einwohner Zwettls waren aber auch keiner

¹⁸¹ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 668^v.

¹⁸² Franz BLEIDL, Zwettl von 1848 bis 1918. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 83–92, hier 83.

¹⁸³ KLABOUCH, Gemeindeselbstverwaltung, 13–15.

¹⁸⁴ Ebd., 19–24.

Grundherrschaft untertänig und so wird es sich hier nicht um das Hauptthema dieser Wochen und Monate gehandelt haben.

Am 23. August 1850 trat man in Zwettl zur „ersten Plaenar-Sitzung der Repraesentanz der vereinigten Gemeinden Stadt Zwettl, Oberhof, Koppenzeil, und Böhmhöf“¹⁸⁵ zusammen. Bürgermeister war Franz Haunsteiner, k.k. Postmeister, Schildwirt und erster Kommandant der Zwettler Nationalgarde. Als Gemeinderäte fungierten Anton Schadn, Michael Feßl und Karl Barth. In personeller Hinsicht stellte das einen Neubeginn dar, denn keiner der vier war vorher im Magistrat vertreten.¹⁸⁶

Eines der ersten Probleme, das behandelt werden musste, war die fehlende Gemeindekanzlei. Vorerst musste man mit der Wohnung des Bürgermeisters vorliebnehmen und dort die Kanzlei einrichten.¹⁸⁷ Auch bei den Beamten gab es einen Neubeginn: Den wichtigen Posten des Gemeindesekretärs übernahm Thomas Steininger, der aus 18 Kandidaten ausgesucht worden war. Als einziger Bewerber hatte er eine juristische Ausbildung absolviert, außerdem war er Abgeordneter in dem 1849 von der gegenrevolutionären Staatsmacht aufgelösten Reichstag von Kremsier gewesen.¹⁸⁸ Ihm wurden ein Gehalt von 500 Gulden jährlich und eine Definitivstellung nach drei Probejahren zugesichert. Außerdem sollte er im neuen Gemeindehaus nach dessen Fertigstellung eine Wohnung erhalten.¹⁸⁹ Die Anträge in den Plenar- und Ausschusssitzungen wurden allerdings nicht mehr von ihm persönlich, wie es bei seinem Vorgänger, dem Syndicus, üblich gewesen war, eingebracht, sondern vom Bürgermeister Franz Haunsteiner. Das Amt des wichtigsten Gemeindebeamten hatte so zwar einen deutlichen Professionalisierungsschub erhalten, im Unterschied zur alten Magistratsverfassung trat die gewählte Selbstverwaltung aber jetzt in den Vordergrund.

Die Errichtung der Gemeinde im Jahr 1850 brachte frischen Wind, viele Projekte und Verbesserungen wurden angegangen. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts hatte der Magistrat mehr reagiert als regiert; die Selbstverwaltung der autonomen Gemeinde ließ demgegenüber einen stärkeren gestalterischen Willen erkennen. Dass zum Beispiel die Anzahl der Straßenlaternen vermehrt werden sollten¹⁹⁰ oder Ortstafeln errichtet wurden,¹⁹¹ ging nicht auf Eingaben von Bürgern oder übergeordneten Behörden zurück, sondern entsprang den

¹⁸⁵ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 5^r.

¹⁸⁶ Vgl. Protokoll des Magistrats vom 6. Juni 1850, StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 1^r.

¹⁸⁷ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 6^r.

¹⁸⁸ Vgl. BLEIDL, Zwettl von 1848 bis 1918, 85.

¹⁸⁹ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 51a^r–52^r.

¹⁹⁰ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 36^r. Es fällt auf, dass von den zehn neuen Laternen eine beim Haus des Bürgermeisters und zwei weitere bei Gemeinderäten vorgesehen waren, zumindest stimmen hier die Nachnamen überein.

¹⁹¹ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 46^r. Ebenfalls beschlossen wurde dabei die Beschilderung der Gassen und Plätze in den Vorstädten und der Stadt.

Beratungen der Gemeindevertreter. Man darf allerdings nicht ein heutiges Politik- und Planungsverständnis als Maßstab anlegen. Zu eng war vor allem das finanzielle Korsett.

5.2.8. Eingemeindungen und neue Aufgaben

Mit den Eingemeindungen von 1850 hatte sich zum ersten Mal seit sehr langer Zeit das Gebiet der Stadt und damit der Zuständigkeit des Gemeinderats erweitert. Eine ungefähre Einschätzung der damaligen Größe der Gemeinden ergibt sich aus einer Aufstellung, die anlässlich der Errichtung einer dritten Klasse in der Hauptschule in Zwettl erstellt wurde. Jede Gemeinde sollte pro Haus acht Kreuzer bezahlen, um so das Gehalt der drei Unterlehrer um jeweils 20 Gulden aufzubessern. Demgemäß hatte die Stadt Zwettl 312 Häuser, die ehemals selbstständigen Gemeinden Oberhof 38, Koppenzeil 22 und Böhmhöf sechs. Die damals noch nicht zur Gemeinde Zwettl gehörenden Orte Moidrams, Syrafeld und Gradnitz waren ebenfalls nach der Stadt „eingeschult“ und hatten 35, 21 und 27 Häuser.¹⁹²

An Häusern war Zwettl also von 312 auf 378 und damit um fast 25 Prozent gewachsen. Die Stadt, genauer die Gesamtheit der bürgerlichen Häuser, verfügte mit dem Kammeramtsvermögen seit langer Zeit über einen eigenen Besitz. Dieser setzte sich aus Grundstücken, Abgaben und sonstigen Einkünften zusammen. Die neu dazugekommenen Orte hatten teilweise ebenfalls eigenes Vermögen. Erst nach längeren Verhandlungen war es möglich, diese Werte unter dem Dach der Gemeinde Zwettl zusammenzuführen. Bei der Katastralgemeinde Oberhof gelang dies überhaupt erst 1938.¹⁹³

Neben der Konstituierung der Gemeinde war im Jahr 1850 von der Stadt auch die Errichtung einer Bezirkshauptmannschaft und eines Collegialgerichts (heute Bezirksgericht) zu bewältigen. Die notwendigen Räumlichkeiten sollten anfangs gar unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Das bestehende Rathaus war für das Gericht zu adaptieren und ein Gefangenenheim neu zu bauen. Für den Neubau der Bezirkshauptmannschaft war der Neue Markt vorgesehen und die Stadt sollte dafür das Baumaterial zur Verfügung stellen. Ausgelöst durch die Änderungen nach der Verfassungsaufhebung durch das Silvesterpatent¹⁹⁴ wurden aber die Bezirkshauptmannschaften bereits 1852 wieder aufgelassen. Bis 1862 bestanden stattdessen Bezirksämter, zuständig sowohl für gerichtliche Belange als auch für die Verwaltung. Die Arbeiten an dem Gebäude für die Bezirkshauptmannschaft in Zwettl wurden daher ein Jahr nach ihrem Beginn eingestellt. Nach langem Hin und Her wurde 1855 der halbfertige Bau durch einen kaiserlichen Gnadenakt der Gemeinde zum Geschenk gemacht.

¹⁹² Vgl. StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 85^r.

¹⁹³ BLEIDL, Zwettl 1848 bis 1918, 83.

¹⁹⁴ Jean BÉRENGER, Die Geschichte des Habsburgereiches 1273 bis 1918 (Wien, Köln, Weimar 2. Aufl. 1996) 612.

Neben den Räumlichkeiten für die eigenen Amtsstuben benötigte die Stadt aber zusätzlichen Raum, 1851 war nämlich die Errichtung einer Sparkasse beschlossen worden. Dies ging auf die Initiative von Bürgermeister Franz Haunsteiner zurück. Er wollte die Gemeindeverwaltung und die Sparkasse in dem unfertigen Bau am Neuen Markt unterbringen. Dieser Vorschlag wurde von den Anrainern aber heftig bekämpft. Der Bürgermeister trat zurück und war nur durch die Intervention des Niederösterreichischen Statthalters und durch „das Vertrauens-Votum von 20 Herrn Ausschüssen“¹⁹⁵ zur Wiederaufnahme seines Amtes zu bewegen. 1855 wurde dann die Demolierung des Rohbaus am Neuen Markt beschlossen. Im Jahr darauf konnten die Häuser Nr. 141 und 151 am Hauptplatz im Zuge einer exekutiven Veräußerung als neues Amtsgebäude für die Stadtgemeinde erstanden werden. Im obersten Stockwerk wurde 1868 die Bezirkshauptmannschaft untergebracht, die ersten fünf Jahre sogar unentgeltlich. 1874 wurde ein neuer Trakt zugebaut. Schon 1870 hatte die Gemeinde wegen aufgelaufener Schulden das Gebäude an die Sparkasse abtreten müssen. Die seit 1850 zunehmenden Bautätigkeiten hatten eine großen Berg Schulden entstehen lassen. So waren 1851 beim Bau des Gefangenenhauses 14.000 Gulden Außenstände angefallen. Im gleichen Jahr musste außerdem das Schulgebäude adaptiert werden da die Trivialschule in eine Hauptschule umgewandelt wurde. Zusammen mit dem Bau des Gebäudes am Neuen Markt fielen dabei 20.000 Gulden Verbindlichkeiten an.¹⁹⁶ Neben den finanziellen Belastungen hatte die Anwesenheit der Bezirkshauptmannschaft in Zwettl aber auch entscheidende Vorteile. Der Selbstverwaltung der Stadt Zwettl stand damit im selben Ort die auf Bezirksebene übergeordnete Behörde gegenüber. Die räumliche Nähe erleichterte eine flüssige Kommunikation für Gemeindeverwaltung und Bürgerschaft, besonders weil die beschwerlichen und teuren Reisen oder der lange Postweg zu Bezirksamt bzw. Bezirkshauptmannschaft wegfielen.

Bei all diesen Vorhaben und Unternehmungen stand Franz Haunsteiner als Bürgermeister im Mittelpunkt. Von seinen Zeitgenossen und ihren direkten Nachfahren wurde er als sehr positiv wahrgenommen. Die Festschrift von 1896 beurteilte seine Wahl als „ein großes Glück für Zwettl, denn er verstand es meisterhaft, rasch nach allen Seiten Ordnung zu schaffen, die vielfachen Reibungen der ersten Zeit zu überwinden, und war dabei ein hochgebildeter, energischer Mann, gleichzeitig ein lauterer Charakter.“¹⁹⁷

Die angesprochenen „Reibungen“ können auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen bezogen sein, die auf die Stadtverwaltung damals zukamen. Sie sind aber auch ein Hinweis auf

¹⁹⁵ Vgl. StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 160^v.

¹⁹⁶ BLEIDL, Zwettl 1848 bis 1918, 83–85.

¹⁹⁷ Karl RUCKENDORFER, Entwicklung des städtischen Gemeinwesens seit dem Jahre 1850. In: Stadt Zwettl (Hrsg.) Zwettl 1896. Festschrift aus Anlass der Eröffnung der Localbahn Schwarzenau-Zwettl und zur Feier der Jubiläen der Sparcasse und der Volks- und Bürgerschule Zwettl (Zwettl 1896) 23–38, hier 24.

die aufgetretenen zwischenmenschlichen Konflikte. Die beiden Rücktritte mit anschließender Wiederkehr von Franz Haunsteiner 1851 und 1856 zeugen davon.¹⁹⁸

Wie kompliziert seine Aufgabe war, lässt sich aus dem Übergabeprotokoll vom Herbst 1850 erahnen.¹⁹⁹ Es listet mit großer Genauigkeit alles auf, was es zu verwalten galt und über welches Vermögen die Stadt verfügte. Man zählte sogar die fertigen Ziegel im städtischen Ziegelofen.²⁰⁰ In verwaltungshistorischer Hinsicht noch interessanter sind die dem Bürgermeister übergebenen Journale, Kassen und Rechnungen,²⁰¹ verraten sie doch, womit sich eine Stadtverwaltung in der Mitte des 19. Jahrhundert zu beschäftigen hatte. Der Korpus umfasst die Unterlagen, Journale und die Kassa des Kammeramts, die Ziegel-, Wald-, und Viehgrabenrechnung, die Kranken- und Bruderschafts-Rechnung, die Siechenhaus- und Haarstuben-Rechnung, die Spital-Kirchen-Rechnung, die Armen-Rechnung, die Spital-Rechnung und die Schub-Beförderungs-Rechnung. Dabei handelt es sich um die traditionellen Aufgabengebiete städtischer Verwaltung: Gemeindevermögen sowie Armen- und Fürsorgewesen.

5.2.9. Entwicklung der politischen Parteien, Schönerer, Politischer Katholizismus

Die Entstehung der politischen Massenbewegungen zum Ende des 19. Jahrhunderts war anfangs stark mit einzelnen Persönlichkeiten verbunden. In allen Lagern traten Männer auf, die durch ihr Wirken viel Aufmerksamkeit auf sich zogen. Im Waldviertel war dies besonders ein Mann, der auch eng mit Zwettl verbunden war.

Georg Heinrich Ritter von Schönerer wurde am 17. Juli 1842 in Wien geboren. Sein Vater Matthias hatte sich große Verdienste beim Eisenbahnbau erworben und war deshalb in den Adel erhoben worden.²⁰² Die Verbindung von Georg Schönerer ins Waldviertel entstand, als der Vater 1868 Gut und Schloss Rosenau kaufte und der Sohn das Gut 1869 übernahm. Er machte es zu einem Mustergut und erwarb sich vor allem durch seine Mildtätigkeit einen guten Ruf bei der Bevölkerung. Noch Jahrzehnte nach seinem Wirken erschien er vielen in der Gegend in verklärtem Licht.²⁰³ Der Gutsbesitzer Schönerer mag ein verständnisvoller und großzügiger

¹⁹⁸ Vgl. MOLL, Franz Haunsteiner, 165 und 171–173.

¹⁹⁹ StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 16^r–24^r.

²⁰⁰ Es waren 5.450 gebrannte Mauerziegel, 1.000 gebrannte Dachziegel und 1.900 Pflasterziegel, vgl. StAZ, RP, 2_20, 1850–1860, fol. 24^r.

²⁰¹ Der Begriff „Rechnungen“ ist hier nicht als einzelner Beleg für eine Zahlung zu verstehen, sondern beschreibt einen Verwaltungsbereich, zum Beispiel das Spital oder die Ziegelei.

²⁰² Friedel MOLL, Michael WLADIKA, Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), Ein alldeutscher Politiker aus dem Waldviertel. In: Harald HITZ, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER, Waldviertler Biographien, Band 3 (Horn 2010) 121–150, hier 121.

²⁰³ Ebd., 131.

Arbeitgeber und Vorgesetzter gewesen sein, der Politiker war aus ganz anderem Holz geschnitzt.

1872 erwarb Georg Schönerer gemeinsam mit seinem Vater ein Haus in Zwettl und wurde so Bürger der Stadt. Auch in Zwettl trat Schönerer als Wohltäter und Großspender auf und erhielt daher schon 1870 das Ehrenbürgerrecht.²⁰⁴

Im Jahr 1873 wurde Schönerer auch in den Gemeindevausschuss, die Gemeindevertretung, gewählt.²⁰⁵ Die erste Sitzung mit Schönerer fand am 25. September 1873 statt. Danach ist eine weitere Teilnahme von ihm quellenmäßig nicht mehr zu fassen. Die mangelnde Anwesenheit betraf aber nicht nur Schönerer. So war die Sitzung vom 24. Oktober 1873 wegen der Abwesenheit der meisten Mitglieder nicht beschlussfähig und musste auf den 28. Oktober verlegt werden. Für den zweiten Termin hatte man Schönerer dann schriftlich eingeladen. Dieser war wieder verhindert, seine Antwort verwies auf eine „in Wien stattfindende Wahl des Großgrundbesitzes“.²⁰⁶ Am 16. Juli 1874 wurde er noch in Abwesenheit in ein Festkomitee für ein in Zwettl stattfindendes Sommerfest des Vereins für Landeskunde in Niederösterreich gewählt,²⁰⁷ am 29. Juli ersucht er aber um Enthebung von seiner Tätigkeit als Gemeindevausschuss.²⁰⁸

1885 kandidierte Schönerer wieder für den Gemeindevausschuss und wurde auch gewählt. Am 2. Oktober 1885 berief er eine Versammlung der Wähler des dritten Wahlkörpers, jener Wähler mit der relativ geringsten Steuerleistung, ein. Es wurde eine Resolution an die Gemeindevertretung beschlossen, die unter anderem die Errichtung einer Bahnlinie nach Zwettl, eine neue Wasserleitung, das Verbot einer jüdischen Branntweinschank in der Stadt und die Verhinderung des weiteren Zuzugs von Juden forderte. Der Gemeindevausschuss befasste sich mit der Resolution, antwortete zustimmend und bildete Komitees, um einige Punkte weiterzuverfolgen. Nur die Beschränkung jüdischer Ansiedelungen wurde als ungesetzlich zurückgewiesen.²⁰⁹ Sichtlich haben wir es hier mit einem Forderungskatalog zu tun, der in einer auf die kommunale Ebene angepassten Weise den Maximen folgte, die Schönerer als Proponent des Deutschnationalismus seit dem Linzer Programm von 1882 vorantrieb: Er kombinierte die Adressierung des „kleinen Manns“ mit einem sich rasch radikalisierten Antisemitismus, der schon bald sozialpolitische Anliegen überdeckte.²¹⁰ Was in Linz nur als Programm festgehalten

²⁰⁴ StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 1202–1205.

²⁰⁵ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 403–411.

²⁰⁶ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 419–423, Schriftwechsel bei 423.

²⁰⁷ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 505.

²⁰⁸ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 137.

²⁰⁹ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 539–545.

²¹⁰ Vgl. auch Michael WLADIKA, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie (Wien 2005) 255–267.

wurde und auf Grund des bald darauffolgenden Zerwürfnisses der beteiligten Personen zu keiner Umsetzung kam, wurde von Schönerer in Zwettl zumindest versuchsweise erprobt. Von großer Nachhaltigkeit war sein Versuch aber nicht.

1888 musste Schönerer aus dem Gemeindevorstand ausscheiden, seine Verurteilung wegen des gewaltsamen Eindringens in die Redaktion des *Neuen Wiener Tagblatt* machte dies notwendig.²¹¹ Damit begann sein politischer Stern zu sinken.

Bei den Wahlen von 1894 war auch nur einer der von ihm favorisierten Kandidaten in den Gemeindevorstand gewählt worden, Schönerer legte daraufhin die Ehrenbürgerschaft wieder zurück. Die Berichte in den Zeitungen geben einen Einblick in die damaligen politischen Kontroversen. Das *Badener Bezirksblatt* berichtete unaufgeregt von einem Sieg der Liberalen über die Antisemiten und die Rückgabe der Ehrenbürgerschaft.²¹² Die *Ostdeutsche Rundschau* bezeichnete die Wahlgewinner hingegen als „Judenliberale“ und griff den wiedergewählten Bürgermeister Forstreiter persönlich an. Dieser Herr hätte es nämlich verstanden, „als mittellos“ Stipendien für seine Söhne zu erlangen.²¹³

Durch die Auseinandersetzungen um die von Ministerpräsident Badeni 1897 erlassene Sprachverordnung kam es noch einmal zu einem Aufflackern der Bewegung um Schönerer in Böhmen.²¹⁴ Schönerer hatte bis zu seinem Tod 1921 im Waldviertel zahlreiche Spuren hinterlassen. In Zwettl gab es von 1920 bis 1945 eine Schönererstraße.²¹⁵ Außerdem hatte er 130 landwirtschaftliche Kasinos initiiert, 200 Feuerwehren unterstützt, die Gründung von 25 Volksbüchereien initiiert und ein *Landwirtschaftliches Vereinsblatt* ins Leben gerufen. Weiters stattete er sämtliche Turnvereine des Waldviertels mit Geräten aus und überzog das Waldviertel mit in Stein gemeißelten „Heil Bismarck“-Sprüchen und Gedenktafeln für Kaiser Joseph II.²¹⁶ Bei Schloss Rosenau ließ er 1907 einen Bismarckturm errichten.²¹⁷

Eine mehr politisch als religiöse Ausrichtung hatte die von Schönerer 1903 gestiftete evangelische Kirche in Zwettl. Schönerer hatte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts an die Spitze der Los-von-Rom-Bewegung gestellt und war am 15. Jänner 1900 zum evangelischen Glauben übergetreten. Seinem Aufruf, es ihm gleich zu tun, folgte im bereits stark christlichsozial geprägten Waldviertel aber kaum jemand. 1900 gab es in Zwettl acht

²¹¹ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 138, genauer bei Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien 1993) 45 f.

²¹² Badener Bezirksblatt Nr. 78 (12. September 1894) 2.

²¹³ Ostdeutsche Rundschau Nr. 241 (2. September 1894) 3.

²¹⁴ Christian KLÖSCH, Spaltung und Radikalisierung. Deutschliberale und Deutschnationale 1850–1918. In: Oliver KÜHSCHMIDT, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 391–418, hier 409.

²¹⁵ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 138.

²¹⁶ KLÖSCH, Spaltung, 410.

²¹⁷ MOLL, WLADIKA, Schönerer, 138.

evangelische Christen, 1910 waren es elf.²¹⁸ Die Provokation durch die Kirche ohne Gemeinde war aber gelungen. Bei der Gemeindeausschusssitzung vom 31. März 1904 lehnte man die Einladung zur Eröffnung mit zwei Gegenstimmen ab. Ausgesprochen hatte sie gar nicht Schönerer, sondern der Kremser Vikar Maximilian Monsky.²¹⁹

Der Gemeinderat scheute sich zwar nicht, sich auf die Seite des „Deutschtums“ zu stellen, diese deutsch-nationale Positionierung sollte aber nicht das Habsburgerreich und die Dynastie gefährden. So sandte man 1878 wegen einer Rede von Schönerer im Reichsrat ein Telegramm an den Abgeordneten Dr. Dinstl: Man sei mit der Formulierung, „wenn wir nur schon dem deutschen Reiche angehören würden“, als Zwettler Gemeinderat nicht einverstanden.²²⁰ Als der Abgeordnete Theodor Dobler um eine Beistandserklärung wegen eines Nationalitätenkonfliktes in Prag bat, gab die Gemeinderepräsentanz eine bezeichnende Selbsteinordnung ab. Man sei „überzeugt [...], dass die Repraesentanz der lf. Stadt Zwettl ebenso durch und durch deutsch gestimmt sowie auch loyal und kaisertreu ist“.²²¹ Interessant ist auch, dass man noch die Abkürzung „lf.“ für „landesfürstlich“ benutzte, zu einer Zeit, als dieser Umstand jede praktische Bedeutung verloren hatte.

Georg Ritter von Schönerer, das 1888 aberkannte Adelsprädikat hatte er 1917 durch eine Amnestie Kaiser Karls zurückerhalten,²²² war Zeit seines Lebens eine streitbare und darüber hinaus eine spaltende Persönlichkeit. Ihm eine gewisse Menschenfreundlichkeit bei seinem Wirken im lokalen und regionalen Rahmen abzusprechen, würde zwar zu weit gehen, doch muss man in ihm den Ermöglicher und Wegbereiter des völkischen Deutschnationalismus in seinen radikalsten Varianten erkennen, als den ihn auch die Nationalsozialisten gesehen haben.²²³

Die breite politische Mobilisierung der Bevölkerung und die Entstehung von Massenparteien ist aber nicht nur mit einzelnen Personen verknüpft. Das Wahlrecht wurde mehrfach, wenn auch in kleinen Schritten, ausgeweitet und sorgte dafür, dass politische Themen und um sie geführte Auseinandersetzungen auch die Bewohner der Kleinstädte oder der Landgemeinden erreichten. Dabei waren die Menschen in der Lage, zwischen sie direkt betreffenden Themen und der übergeordneten Politik zu unterscheiden. Als 1848 kurz hintereinander die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main und zum Reichstag in Wien stattfanden, unterschied sich das Wahlergebnis in Niederösterreich recht deutlich. Die zum größten Teil

²¹⁸ Zur Kirche und ihrer Errichtung vgl. Ebd., 139 f.

²¹⁹ StAZ, RP, 2_35, 1903–1908, 72.

²²⁰ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 992.

²²¹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 54 f.

²²² Vgl. Christoph MENTSCHL, Karl VOCELKA, Schönerer Georg von, Politiker. In: ÖBL 1815–1950, Bd. 11 (Lfg. 51, 1995) 66–68.

²²³ WLADIKA, Hitlers Vätergeneration, 625–629.

bäuerlichen Wähler entsandten zu den Beratungen über die deutsche Staatbildung in Frankfurt Beamte, Juristen, einen Arzt und sogar mehrere Herrschaftsbesitzer. Vom Reichstag in Wien erwartete man vor allem die lang ersehnte Grundentlastung. Unter 23 in Niederösterreich gewählten Abgeordneten waren daher 17 Bauern. Die Aufhebung der Grundherrschaft war für sie das bestimmende Thema. Ihnen gänzlich desinteresse an den im Reichstag diskutierten Verfassungsfragen zu unterstellen, würde ihnen aber nicht gerecht. Wiederholt beteiligten sie sich an Anträgen der linken Minderheit. Außerdem standen sie in regem Austausch mit ihren Wahlkreisen und trugen so zur Verbreitung politischer Inhalte bei.²²⁴ Bedingt durch die nun folgende Zeit des Neoabsolutismus mag das breitgestreute Interesse an politischen Themen abgeebbt sein oder sich ins Private verlagert haben. Von einem „Triumph der konservativen Kräfte“²²⁵ zu sprechen, ist vermutlich aber zu viel. Denn „die Erfahrungen und Erinnerungen von 1848 sind aus keiner Politikgeschichte der zweiten Jahrhunderthälfte wegzudenken“²²⁶ und wirkten entsprechend nach.

Es waren die Auseinandersetzungen rund um Wahlen, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einer zunehmenden Politisierung der Bevölkerung führten. Die sich langsam ausprägende Parteienlandschaft verknüpfte dabei regionale und überregionale Politik. Regionale Auseinandersetzungen drehten sich nicht mehr nur um regionale Themen, auch die „große“ Politik hielt Einzug.

Politisch war Niederösterreich lange Zeit liberal geprägt, von der ersten Landtagswahl im Jahr 1861 bis zur Wahl im Jahr 1896 konnte sich die liberale Mehrheit halten. Sie wurde abgelöst von der „Antisemitischen Wahlgemeinschaft“, bestehend aus Christlichsozialen und Deutscher Volkspartei. Ab 1902 bis zum Ende der Monarchie stellten dann die Christlichsozialen die alleinige Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag.²²⁷

Bis zur ersten direkten Reichsratswahl 1873 entsandten die Landtage Abgeordnete in den Reichsrat. Gewählt wurde 1873 in vier Kurien. Die Großgrundbesitzer wählten 85 Abgeordnete, die Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern 21. Die Groß- und Mittelbauern, auch als Landgemeinden bezeichnet, wählten 128 und alle übrigen in Städten lebend Männer, die jährlich mehr als 10 Gulden direkte Steuern zahlten, wählten in der vierten Kurie 118 Abgeordnete. Damit waren ca. sechs Prozent der erwachsenen Bevölkerung wahlberechtigt. Im Jahr 1882 wurde der Wahlzensus auf 5 Gulden herabgesetzt. Dies nützte

²²⁴ STOCKINGER, Revolution, 375 f.

²²⁵ BÉRENGER, Geschichte, 612.

²²⁶ STOCKINGER, Revolution, 385.

²²⁷ Vgl. Otto KRAUSE, Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1861–1921 (St. Pölten 2005) 9; Willibald ROSNER, Der Niederösterreichische Landtag. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus. Teilbd. 2: Die Regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 1663–1661.

vor allem den Christlichsozialen. 1896 schuf man schließlich eine fünfte Kurie, in dieser durften alle Männer unabhängig von ihrer Steuerleistung wählen. Diese Änderung ermöglichte den Sozialdemokraten den Einzug in den Reichsrat. Die Abschaffung der Kurien und die Einführung eines allgemeinen Männerwahlrechts brachten 1907 große Erfolge für die beiden Massenparteien. Die Christlichsozialen konnten gemeinsam mit den Konservativen 96 Abgeordnete stellen, die verschiedenen deutschnationalen Parteien kamen auf 90 und die Sozialdemokraten auf 87 Sitze. 1911 war das Bild ähnlich, mit Verlusten für die Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten waren in nationale Gruppierungen zerfallen.²²⁸ Der Nationalitätenkonflikt war auch eines der bestimmenden Themen im Reichsrat und lähmte die Arbeit der Volksvertreter.

Dies bildete den Hintergrund, vor dem sich das politische Leben in der Stadt Zwettl abspielte. Im Gegensatz zur Politik auf Landtags- oder Reichsratsebene herrschte in der Gemeinde eher Konsenspolitik. Dies war für die Kleinstädte der Monarchie nicht unüblich und lässt sich oft an der Bildung von Bürgerlisten erkennen, die mehrere Berufsgruppen oder politische Bewegungen vereinten.²²⁹ Darauf, dass das in Zwettl auch der Fall war, deutet die 1894 in der *Ostdeutschen Rundschau* verwendete Formulierung „‘koalirte‘ Judenliberale“²³⁰ hin. Diese Form der Zusammenarbeit hatte in Zwettl Bestand, auch bei den Wahlen von 1905 wurde darüber berichtet. Die in der *Kremser Zeitung* als „Kompromißliste“ bezeichnete Vereinigung konnte die meisten Mandate erringen, die im Artikel so genannte „Partei der Unzufriedenen“ hatte das Nachsehen und brachte im ersten und zweiten Wahlkörper nur jeweils einen Kandidaten durch die Wahl, den Notar Kofler und den Fleischhauer Schneider. Bei dieser „Partei“ handelte es sich nicht um eine Partei im eigentlichen oder heutigen Sinn, vielmehr ist damit die Stadtopposition gemeint.

Die *Kremser Zeitung* platzierte die Mandatare auch in einem überregionalen politischen Raum, indem sie unabhängig von ihrer lokalen Zuordnung zu „Kompromiss“ oder Opposition angab, welcher der großen Parteien bzw. Ideologien die in den Gemeindeausschuss gewählten Männer zuzurechnen waren. Dr. Franz Holzer, der Stadtpfarrer Anton Trajer, Vizebürgermeister Franz Beydi, die Gastwirte Johann Pfeifer, Julius Thum und Josef Artner, der Apotheker Franz Polk seien den Christlichsozialen zuzuordnen, der Oberlehrer Josef Traxler stehe ihnen zumindest sehr nahe. Den Notar Kofler, den Landwirt Leopold Wansch, den Hammerschmied Josef Fürst und den Schneider Ignaz Steininger rechnete die *Kremser Zeitung* den radikalen Schönerianern

²²⁸ Manfred SCHEUCH, *Historischer Atlas Österreich* (Wien 5. Aufl. 1994) 140 f.

²²⁹ Vgl. HEISS, STEKL, URBANITSCH, *Zusammenfassung*, 478.

²³⁰ *Ostdeutsche Rundschau* Nr. 241 (2. September 1894) 3.

zu. Die übrigen Gewählten seien Anhänger der Deutschen Volkspartei.²³¹ Ganz so klar waren die politischen Zugehörigkeiten damals aber nicht. So ordnete die christlichsoziale *Reichspost* in ihrem Bericht über die gleiche Wahl Franz Beydi der Deutschen Volkspartei zu. Radikal jenseits einer lokalen Kompromissfähigkeit dürften auch die Schönerianer Wansch und Steininger nicht gewesen sein, denn sie gehörten eben dem „Vereinigten Wahlkomitee (Kompromißliste)“ an.²³²

Was sich in Zwettl langsam andeutete, nämlich der Aufstieg der Christlichsozialen zur bestimmenden politischen Partei des Waldviertels und Niederösterreichs, war im Umland schon weiter fortgeschritten. Bei den Landtagswahlen 1902 konnten die christlichsozialen Kandidaten sämtliche Sitze in den Landgemeinden erringen. In den Landstädten kamen sie allerdings nur auf drei der 13 möglichen Mandate. Insgesamt erreichten sie 45 der 78 Sitze.²³³

Im Vorfeld der Wahlen von 1905 hatten sich in Zwettl am 30. Jänner fast 600 christlichsoziale Vertreter aus 67 Gemeinden des oberen Waldviertels versammelt. Es wurden Reden gehalten, eine Resolution verabschiedet und die Gründung des Christlichsozialen Vereins für Zwettl und Umgebung angekündigt. Trotzdem war man sich bewusst, dass man im „Schönerer Viertel“ zusammentraf, und bildhaft spricht der Artikel davon, dass die katholischen Waldviertler gerade aus dem Schlaf erwachen würden.²³⁴ Bei der Versammlung anwesend und mit einem Redebeitrag vertreten war auch Dr. Albert Geßmann (1852–1902). Er war einer der Mitbegründer der Christlichsozialen Partei, Reichsratsabgeordneter, an der Gründung der für die Bewegung so wichtigen *Reichspost* beteiligt und im Wiener Gemeinderat vertreten. 1896 wurde er in den Niederösterreichischen Landtag gewählt und zum Schulreferenten der Landesregierung. Geßmann war an der Etablierung der Christlichsozialen am Land führend beteiligt. Er reiste viel umher, sammelte Informationen und knüpfte Beziehungen. Dabei stütze er sich stark auf den Klerus und bemühte sich um die Lehrer.²³⁵ Seine Bemühungen lohnten sich. Nach Veränderung der Landtagswahlordnung von 1907, die weiterhin die Sozialdemokraten sehr benachteiligte, erreichten die Christlichsozialen 1908 in Niederösterreich ein Rekordergebnis. Sie gewannen alle Sitze der Landgemeinden, zwölf von 15 Mandaten in den Landstädten, neun von zehn in der Allgemeinen Wählerklasse und 43 von

²³¹ Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 10 der Kremser Zeitung (4. März 1905) 2 f.

²³² Reichspost Nr. 45 (24. Februar 1905) 3 f.

²³³ Vgl. Stefan EMINGER, Wie die große Politik ins kleine Dorf kam. Politische Mobilisierung der Landbevölkerung durch Katholisch-Konservative und Christlichsoziale Partei. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 451–482, hier 471.

²³⁴ Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 6 der Kremser Zeitung (4. Februar 1905) 1 f.

²³⁵ EMINGER, Politik, 470.

48 Sitzen in Wien.²³⁶ Ursprünglich aus Wien stammend und stark im Gewerbe und Kleinbürgertum verankert, hatten es die Christlichsozialen geschafft, das ganze Land zu durchdringen.

5.2.10. Budgets als in Zahlen gegossene Politik

Die Budgets der Stadt enthalten nicht nur Zahlen, sie bilden auch den politischen Willen ab und geben Zeugnis von Veränderungen und Wandel. Im Stadtarchiv Zwettl haben sich viele der Rechnungsbücher erhalten, eine umfassende Analyse wäre eine lohnende Aufgabe. An dieser Stelle soll vor allem ein Blick darauf geworfen werden, was die Hauptfelder der Tätigkeit der Stadt waren und mit welchen Geldbeträgen hier gewirtschaftet wurde. Außerdem geben sie ein Bild davon, womit sich die Stadtverwaltung gegen Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraumes beschäftigte.

Pos.	Empfänge 1910	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Kassarest aus der Gebarung des Jahres 1909	5.000		11.150	81
2	Jagd- und Fischereipacht	343		412	86
3	Körnerabmaßgefälle	900		1.220	38
4	Marktgebühren	600		1.112	60
5	Brückenwaggebühren	600		722	40
6	Vermögenszinsen	5.000		5.082	14
7	Mietzinse	7.340		8.660	50
8	Grundpacht	1.350		1.699	82
9	Für Holz	3.000		4.475	94
10	Für Ziegel	4.000		2.710	18
11	Für Totenbeschau	80		77	40
12	Bade- und Desinfektionsgebühren	200		271	
13	Für Heizung und Beleuchtung der Natural-Verpflegsstation	250		180	
14	Verwaltungskosten	100		73	50
15	Hundesteuer	900		931	
16	Lustbarkeiten	200		187	75
17	Vergütung der Sparkasse	2.240		2.240	
18	Spenden der Sparkasse	27.000		30.000	
19	Wasserleitung	6.000		4.779	73
20	Eingezahlte Rückstände			2.804	36
21	Durchlaufende Empfänge	3.000		3.222	42
22	Schulgeld der 4. Bürgerschulklasse	400		468	60
23	Verschiedene Empfänge	197		3.332	19
24	Darlehen für den Bau des Amtshauses			50.573	5
25	Darlehen für Grundankauf (Hammerleite)			4.000	
		68.700		140.388	63

Tabelle 1: Einnahmenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1910.²³⁷

²³⁶ Ebd., 473.

²³⁷ StAZ, 7_69, Hauptbuch 1910, beigelegte Zusammenfassung.

Auffällig auf der Einnahmenseite ist zuerst die vorsichtige Schätzung der Einnahmen. Selbst wenn man die nicht im Voranschlag enthaltenen Beträge für den Bau des Amtshauses und den Grundankauf wegrechnet, wurden die tatsächlichen Einnahmen um mehr als 17.000 Kronen unterschätzt.

Bei den kleineren Einnahmen bis 1.000 Kronen sticht die Hundesteuer ein wenig heraus, sie übersteigt zum Beispiel das eingekommene Schulgeld um das Doppelte. Bei den größeren Einnahmen sind, neben dem deutlichen Überschuss aus dem Vorjahr, die Einnahmen aus Zinsen und Pachten mit fast 16.000 Kronen doch recht beträchtlich. Der Verkauf von Holz und Ziegeln brachte auch einen Gewinn für die Stadtkasse, nach Abzug der Ausgaben blieben immerhin noch 426 Krone übrig. Diese und alle anderen Einnahmen wurden aber deutlich von den Beträgen übertroffen, die von der Sparkasse an die Stadt abgeführt wurden. Klammert man die Darlehen für Amtshausbau und Grundkauf aus, so stellt sich das Budget einnahmenseitig auf 85.815 Kronen. Dazu trug die Sparkasse mit ihren 32.240 Kronen beinahe 38 Prozent bei. 1910 war kein Ausreißer, die folgenden Jahre waren die Zahlen ähnlich.

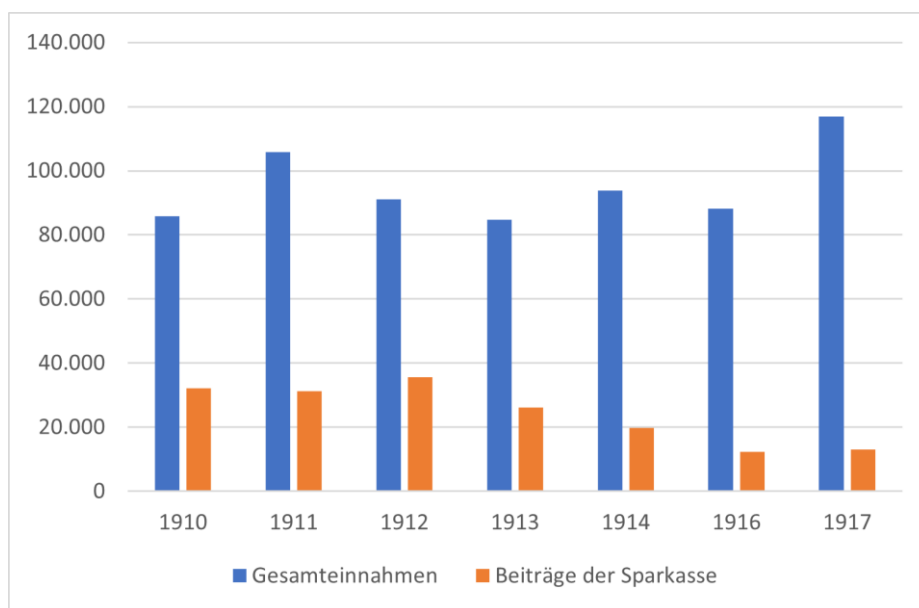


Abbildung 1: Gegenüberstellung Einnahmen der Stadtkasse – Beitrag der Sparkasse (Beträge in Kronen).²³⁸

Erst die Kriegsjahre brachten hier einen Rückgang. Aber auch schon 1886 hatte die Sparkasse im Voranschlag mit 8.000 Gulden mehr als 50 Prozent zu den geplanten Ausgaben von 15.854 Gulden beizutragen.²³⁹ Vergleicht man den Voranschlag von 1886 mit den Zahlen von 1870,²⁴⁰

²³⁸ Daten aus den Beilagen StAZ, 7_69, Hauptbuch 1910 bis StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917.

²³⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 560–562.

²⁴⁰ StAZ, HS, 7_27, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1870.

so sieht man, dass die Beträge fast gleichgeblieben sind, von einer hohen Dynamik kann man hier also nicht sprechen.

Pos.	Ausgaben 1910	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Gehalte und Besoldungen	12.250		12.433	
2	Renumerationen und Subventionen	1.400		1.212	
3	Kanzlei-Erfordernisse	2.400		2.155	56
4	Schulerfordernisse	8.036	33	8.359	33
5	Steuern und Gebühren	3.300		3.764	11
6	Pensionsfondbeiträge	438		450	
7	Armenfond-Steuer	719	6	719	6
8	Schub- und Naturalverpflegsstation und polizeiliche Auslagen	600		841	22
9	Verpflegskosten und sanitäre Auslagen	200		121	42
10	Verzinsung und Rückzahlung der städtischen Schuld	10.440		11.878	67
11	Stadtbeleuchtung	4.500		4.785	36
12	Gebäude-Erhaltung	800		4.019	8
13	Straßen- und Brückenerhaltung	4.000		3.954	4
14	Erhaltung der Anlagen	800		1.067	69
15	Waldkultur und	1.200		789	45
16	Holzgewinnung			802	34
17	Feuerwehr	500		344	37
18	Ziegelerzeugung	3.500		5.168	50
19	Wochenmarkts-Auslagen	600		567	30
20	Handwerker-Rechnungen	400		590	31
21	Bau- und Zimmermeister-Rechnungen	1.000		1.387	32
22	Kaufmanns-Rechnungen	400		337	60
23	Festlichkeiten	500		691	30
24	Badeanstalt	200		463	6
25	Durchlaufende Auslagen	3.000		5.094	31
26	Wasserleitung	5.200		4.865	95
27	Verschiedene Auslagen	1.000		2.673	55
28	Bau des Amtshauses			47.299	2
29	Ankauf der Hammerleite			4.268	85
		67.383	39	131.103	77

Tabelle 2: Ausgabenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1910.²⁴¹

1910 waren Gehälter und Besoldungen sowie die Verzinsung der städtischen Schulden die größten Ausgabenposten. Auch die „Schulerfordernisse“ schlugen sich recht hoch zu Buche. Während den Gehältern und Besoldungen eine dafür erbrachte Arbeitsleistung gegenüberstand und die Zinsen für die Schulden sogar durch höhere Einnahmen für das vorhandene Vermögen aufgehoben wurden, stand den Aufwänden für die Schulen kein direkter finanzieller Nutzen gegenüber. Trotzdem zeigte sich die Gemeinderepräsentanz an einem Ausbau des Schulwesens interessiert. Geschäftschancen für die Gewerbetreibenden zu schaffen und die Absicherung der

²⁴¹ StAZ, 7_69, Hauptbuch 1910, beigelegte Zusammenfassung.

zentralörtlichen Stellung von Zwettl waren hier wohl die hauptsächlichen Triebfedern. Der Ausbau und Erhalt der städtischen Infrastruktur schlugen sich mit insgesamt mehr als 21.000 Kronen nieder. Die darin enthaltene Wasserleitung operierte kostendeckend, in den drauffolgenden Jahren gingen die Erträge sogar recht deutlich darüber hinaus. So warf sie 1914 einen Gewinn von 2.111 Kronen ab.²⁴² Die Sozialausgaben waren nicht sehr hoch, summiert ergeben sie den Betrag von 3.344 Kronen.

Pos.	Empfänge 1917	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Kassarest aus der Gebarung des Jahres 1916	1.000		3.523	59
2	Jagd- und Fischereipacht	412	86	424	86
3	Körnerabmaßgefälle				
4	Marktgebühren	1.200		854	74
5	Brückenwaggebühren	700		1.296	18
6	Vermögenszinsen	21.550		38.484	86
7	Mietzinse	11.110		11.292	50
8	Grundpacht	1.700		1.352	66
9	Für Holz	4.000		6.852	30
10	Für Ziegel	3.000		1.639	45
11	Für andere Erzeugnisse	500		791	61
12	Badeanstalt	200		285	40
13	Für Heizung und Beleuchtung der Naturalverpflegstation	180		360	
14	Für Totenbeschau	100		154	
15	Hundesteuer	800		564	40
16	Gebühr für Lustbarkeiten				
17	30%ige Umlage	7.900		7.615	10
18	Wasserleitung	6.300		5.958	70
19	Verwaltungskosten	73	50	147	
20	Vergütung der Sparkasse	2.240		3.040	
21	Spenden der Sparkasse			10.000	
22	Eingezahlte Rückstände	14.300		813	10
23	Durchlaufende Empfänge	2.000		3.859	92
24	Verschiedene Empfänge	383	64	1.153	44
25	Leichenbestattung	600		987	
26	Darlehen			198.365	96
27	Wehrschild			1.284	31
28	Für Kartoffeln			4.193	75
29	Vorschuß der Sparkasse			10.000	
		80.250		315.294	83

Tabelle 3: Einnahmenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1917.²⁴³

Vergleicht man den Abschluss von 1910 mit dem von 1917 fallen die stark gestiegenen Summen auf. Rechnet man die Posten der Darlehen heraus, ist der Anstieg der Einnahmen aber nur mehr gering.

²⁴² StAZ, 7_71, Hauptbuch 1914.

²⁴³ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, beigelegte Zusammenfassung.

Pos.	Ausgaben 1917	Voranschlag		Wirklich	
		K	h	K	h
1	Gehalte und Besoldungen	13.420		15.660	
2	Entlohnungen und Unterstützungen	1.200		1.252	50
3	Kanzlei-Erfordernisse	2400		3.369	2
4	Schulerfordernisse	6.600		6.530	34
5	Steuern und Gebühren	4.300		4.650	54
6	Jahresbeitrag für Ruhegenüsse	450		450	
7	Dem Bezirksarmenrat	770		727	92
8	Schub- und Naturalverpflegsstation und polizeiliche Auslagen	400		561	82
9	Sanitäre Auslagen	100		242	66
10	Verzinsung der städtischen Schuld	24.900		34.817	16
11	Stadtbeleuchtung	3.200		3.165	4
12	Gebäude-Erhaltung	1.500		974	61
13	Straßen- und Brückenerhaltung	3.000		1.461	55
14	Erhaltung der Anlagen	1.000		756	10
15	Forstwirtschaft	1.000		2.036	88
16	Steingewinnung	300			
17	Ziegelerzeugung	2.500		196	78
18	Fuhrwerk	300		87	
19	Wasserleitung	4.400		4.206	64
20	Badeanstalt	300		356	35
21	Feuerwehr	200		225	42
22	Festlichkeiten	400		308	86
23	Handwerker-Rechnungen	300		403	79
24	Bau- und Zimmermeister-Rechnungen	1.000		266	80
25	Kaufmann-Rechnungen	300		364	84
26	Wochenmarkt-Auslagen	500		53	
27	Durchlaufende Auslagen	2.000		4.832	42
28	Verschiedene Auslagen	760		3.427	41
29	Leichenbestattung	600		663	45
30	Darlehens-Ausgaben			195.060	82
31	Kriegsauslagen	2.100		6.634	54
32	Für Kartoffel			13.129	31
		80.200		306.873	57

Tabelle 4: Ausgabenseite des „Rechnungs-Abschluß der Stadtkasse Zwettl“ 1917.²⁴⁴

Das Darlehen wurde beinahe zur Gänze für die Zeichnung der 5. Kriegsanleihe verwendet, in zwei Tranchen gab man dafür 190.000 Kronen aus.²⁴⁵ Der Krieg machte es auch notwendig ein eigenes Kartoffelkonto für die Unterstützung von Armen einzurichten. 13.130 Kronen wurden aufgewendet, um im Winter 1917/1918 mehr als 62 Tonnen gewöhnliche Kartoffeln zu 20 Heller/kg und später noch einmal 1,5 Tonnen Frühkartoffeln zu 25 Heller/kg zu kaufen.²⁴⁶ Im Jahr zuvor sind keine Ausgaben für Kartoffeln ausgewiesen, ein Indiz dafür, dass sich im vierten Kriegswinter auch in der landwirtschaftlich geprägten Region um Zwettl die

²⁴⁴ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, beigelegte Zusammenfassung.

²⁴⁵ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, 58.

²⁴⁶ StAZ, 7_74, Hauptbuch 1917, 66.

Ernährungssituation massiv verschlechtert hatte.²⁴⁷ Zusätzlich fällt auf, dass die Zuwendungen durch die Sparkasse gesunken waren. Ohne den im Voranschlag noch nicht eingetragenen Zuschuss von weiteren 10.000 Kronen wäre kein positiver Abschluss zu erreichen gewesen.

So war die Sparkasse Zwettl zu jedem Zeitpunkt ihres Bestehens ein wichtiges politisches Instrument. Durch ihre enge personelle Verknüpfung mit den Entscheidungsträgern der Stadt und durch ihre Organisationsstruktur war sie kein rein wirtschaftliches Institut. Deswegen waren Entscheidungen der Sparkasse eng an die Politik gebunden. Kreditvergaben erfolgten nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Sparkasse musste auf die Willensbildung in der Gemeindevertretung Rücksicht nehmen und legte ihre Kreditvergaben dem Gremium vor, das sie zur „genehmigenden Kenntniß“ nahm.²⁴⁸ Diese enge Verflechtung wurde jedoch schrittweise gelockert. 1893 wurde ein neues Statut beschlossen, dass die Verwaltung und Leitung ausschließlich einer fünfköpfigen Direktion übertrugen. Deren Vorsitzender war der jeweilige Bürgermeister der Stadt. 1906 gab es weitere Änderungen im Statut „um die Sparkasse von der Gemeinde freier zu gestalten“. Im Gegenzug wurde die Stadt 1895 ihrer Haftung für die Einlagen entbunden.²⁴⁹

Die Sparkasse verschaffte der Stadt einen Handlungsspielraum, der ohne diese Einrichtung nicht existiert hätte. Kaum eine größere Entscheidung fiel, ohne dass das Geldinstitut in die Überlegungen eingebunden wurde. Auch die Armenunterstützung war durch den jährlichen Beitrag der Sparkasse von 600 Gulden leichter zu bewerkstelligen. Die Tatsache, dass in Zwettl von 1860 bis 1918 keine Gemeindeumlage für die Abdeckung eventueller Fehlbeträge im Gemeindebudget eingehoben werden musste, war zum größten Teil Gewinnausschüttungen der Sparkasse zu verdanken.²⁵⁰ Mit diesem Modell stand Zwettl aber nicht allein da, 1906 gab es in Niederösterreich 80 Sparkassen.²⁵¹

6. Infrastrukturpolitik

Eine funktionsfähige und den Bedürfnissen ihrer Nutzerinnen und Nutzer angepasste Infrastruktur ist auch und gerade ein politisches Betätigungsfeld. Nicht nur in Systemen,

²⁴⁷ Zur Ernährungslage in Niederösterreich während des Ersten Weltkriegs vgl. Ernst LANGTHALER Bruchige „Heimatfront“. Mobilisierung und Überleben im Hinterland im Ersten Weltkrieg. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 475–505, hier 484 f. Langthaler rückt das lange weiter transportierte Bild von hungernder Stadt und sattem Land zurecht und verweist auf die durch regionale Gegebenheiten bedingten Unterschiede innerhalb des ländlichen Niederösterreichs.

²⁴⁸ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1016–1018.

²⁴⁹ Vgl. Stadt Zwettl (Hrsg.), Jubiläumsschrift und Rechnungs-Abschluss der Sparkasse der l. f. Stadt Zwettl 1906 (Zwettl 1907) 9.

²⁵⁰ Vgl. BLEIDL, Zwettl 1848 bis 1918, 86.

²⁵¹ Zum Beitrag der Sparkassen und ihrem Anteil an den Finanzen der Gemeinden siehe BUCHNER, Gemeinden, 255.

Strukturen und Prozessen bildet sich der politische Wille, das Selbstverständnis und das gemeinsame Bild von der Zukunft eines Gemeinwesens ab, es sind die materiell verfestigten Einrichtungen, die viel über die politischen Gegebenheiten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aussagen.

Ein besonders wichtiger Teil ist dabei die Anbindung an nahe und ferne Räume. Kein Wirtschaftssystem besteht für sich allein und der Austausch von Waren und Informationen ist für Menschen von größter Wichtigkeit. Ob und in welchem Ausmaß Zwettl in überregionale Güterströme und Handelsnetzwerke eingebunden war, ist für die jeweilige Zeit gesondert zu untersuchen. Jahrhundertlang hatte sich aber an der Technik der Fortbewegung nichts Drastisches geändert. Auch auf einer sehr gut ausgebauten Straße kam ein Pferde- oder Ochsenfuhrwerk nur langsam voran und der Zeitpunkt, an dem die Zugtiere den von ihnen transportierten Warenwert buchstäblich aufgeessen hatten, war gerade bei Massengütern schnell erreicht. Das 19. Jahrhundert brachte hier einen enormen Quantensprung. Mit der Eisenbahn war es nun möglich, Menschen und Güter in einer vorher noch nie erreichten Geschwindigkeit zu befördern. So ist es wenig verwunderlich, dass die Eisenbahn und alle sie umgebenden Belange von Beginn an stark mit Politik verknüpft war. Kaum ein Staat, Land oder eine Gemeinde wollte hier abseits stehen, um nicht den erhofften Fortschritt zu verpassen. Es gab aber auch Ablehnung, vor allem dann, wenn man althergebrachte Rechte verletzt sah oder um bestehende Geschäfte fürchtete.

Es war wohl das Gefühl von Ausgeschlossenheit, dass die Zwettler zum aktiven Handeln veranlasste. Die Franz-Josephs-Bahn war ab 1870 von Wien nach Gmünd durchgehend befahrbar und lief an Zwettl vorbei. Auch schon eine 1864 eingebrachte Eingabe²⁵² an die Direktion der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn bezüglich des Baus einer Eisenbahnstrecke von Stockerau nach Budweis hatte keinen Erfolg gebracht.²⁵³ Zumindest erhielt 1871 die Station Schwarzenau die neue Bezeichnung „Schwarzenau—Zwettl“. Interessanterweise scheint die Initiative von der Gemeinde Schwarzenau ausgegangen zu sein.²⁵⁴ Möglicherweise war dies der Dank der Gemeinde Schwarzenau dafür, dass die Stadt Zwettl sie unterstützt hatte, als sie mit der Gemeinde Vitis um Verlegung der Frachtaufnahmestation von Vitis nach Schwarzenau stritt. Der Stadt Zwettl war es eigentlich nicht wichtig, wo diese Station genau

²⁵² StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 334 f.

²⁵³ Vgl. Josef LEUTGEB, Die Zwettler Lokalbahn. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 440–445, hier 440.

²⁵⁴ StAZ, Karton 73, Allgemeine Gemeindeakten 1871, Schreiben des Bürgermeisteramtes Schwarzenau wegen Namensänderung der Eisenbahnstation in Schwarzenau-Zwettl, 15.9.1871 /Reg.Nr. 538/1871) Beschlussfassung siehe StAZ, RP 2_22, 122.

liegen sollte. Schwarzenau war aber schneller bei der Bitte um Unterstützung und so sprach man sich in Zwettl für diese Variante aus.²⁵⁵

Hatte man seitens der Stadt davor vor allem auf Petitionen und einmalige Besuche gesetzt, wurde 1884 mit mehr Nachdruck vorgegangen. Ein eigenes „Eisenbahnbau Agitations Comité“ wurde gegründet, um den Bau einer Eisenbahn von Gmünd über Zwettl nach Krems voranzutreiben. Man glaubte in der schon bestehenden Franz-Josephs-Bahn den Grund für den schlechter werdenden Besuch der Zwettler Märkte erkannt zu haben und wollte „durch eine Eisenbahn mit der übrigen Welt in Verbindung gebracht werden“. 5.000 Gulden aus der Sparkasse sollten aufgewendet werden, um die nötigen Arbeiten (Vorerhebungen, Vermessungen, Pläne) zu finanzieren.²⁵⁶

Aber nicht nur die Stadt Zwettl war auf dem Gebiet aktiv, verschiedene Personen und Institutionen wurden mit ihren Projekten bei der Gemeindevertretung vorstellig. So Josef Steinbach, ein Ingenieur aus Wien, im Mai 1887,²⁵⁷ die Gemeinden Groß Siegharts und Allentsteig im Dezember 1889²⁵⁸ und Carl Schellenberger aus Wien im Mai 1890.²⁵⁹ Bei allen Projekten sprachen die Verantwortlichen aus Zwettl zwar ihr Wohlwollen aus, weitere Unterstützungsmaßnahmen unterblieben aber. Nur einem Ingenieur Treu aus Wien hatte man im November 1889 2.000 Gulden vorgestreckt, um die Trassierung der Eisenbahn und des Bahnhofes Zwettl in der Nähe der Stadt auszuarbeiten. Im März 1890 legte Herr Treu Trassenpläne von Weitenegg bis Schwarzenau vor, verlangte aber weitere 2.000 Gulden und die Zusage, Gründe auf einer Länge von 80 Kilometern Strecke durch die Stadt einlösen zu lassen. Darauf wollte man in Zwettl aber nicht mehr eingehen. Weitere Nachrichten sind den Protokollen und Akten nicht zu entnehmen. Ob es sich um verwendbare Vorarbeiten für die später gebaute Strecke handelte oder ob man gar einem unseriösen Geschäftemacher aufgesessen war, lässt sich nicht feststellen. Zumindest scheint Ingenieur Treu recht überzeugend gewesen zu sein, immerhin bekam er das Geld, obwohl er keine staatlich Vorkonzession besaß. Über eine solche hatte zumindest der schon erwähnte Josef Steinbach verfügt.

Vielleicht unter diesem Eindruck und wohl hauptsächlich, weil sich das Thema jetzt schon fast 25 Jahre ergebnislos hinzog, steigerte die Gemeindevertretung ab 1892 ihre Aktivitäten. Ein Eisenbahnkomitee wurde eingesetzt, dieses sprach beim Handelsminister und beim Generalstabschef in Wien vor und schon im August 1892 bekam man die Vorkonzession für

²⁵⁵ StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 750 und 774 f.

²⁵⁶ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 452 f.

²⁵⁷ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 711 f.

²⁵⁸ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1014–1017.

²⁵⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1069–1071 und 1171–1175.

die Strecke Melk–Zwettl–Iglau ausgestellt. Später wurde der Ausgangspunkt auf Amstetten abgeändert. Für die Strecke Zwettl–Schwarzenau wurden Stammaktien im Wert von 1.400.000 Gulden ausgegeben. Der größte Teil wurde von der Sparkasse gekauft, der Staat half mit einer Zinsgarantie und das Land Niederösterreich mit 80.000 Gulden. Am 22. Oktober 1894 erteilte der Kaiser der Stadt die endgültige Konzession zum Bau der Teilstrecke. Der Spatenstich erfolgte am 11. Mai 1895, leicht verzögert durch anonyme Eingaben mehrerer Zwettler Bürger. Scheinbar sahen nicht alle den erhofften Vorteil für die Stadt auch für sich persönlich. Nach kurzer Bauzeit konnte am 4. Juli 1896 die Strecke eröffnet werden.²⁶⁰

Sofort danach wurden die Vorarbeiten für die Verlängerung zur Donau fortgesetzt. Nicht nur galt es die weitere Strecke zu planen und die finanziellen Mittel bereitzustellen, auch andere Bahnprojekte bedrohten die Rentabilität der eigenen Strecke.²⁶¹ Der Beschluss, die Vorkonzession zu erwerben, fiel im Juli 1899, die man im August des Jahres auch erhielt.²⁶² Gut ein Jahr später gelangte man aber zu der Einsicht, vorerst die Strecke Zwettl–Martinsberg in Angriff zu nehmen.²⁶³ Die Kosten der Bahn bis Martinsberg wurden 1900 in einem Referat des Gemeinderates Franz Beydi, gleichzeitig Obmann des Eisenbahnausschusses, mit 4,14 Millionen Kronen angegeben, die der Gesamtstrecke nach Weins²⁶⁴ mit 11,24 Millionen Kronen.²⁶⁵ Die Genehmigung zum Bau der Teilstrecke Zwettl–Martinsberg wurde dann am 15. Juli 1903 erteilt. Am 14. Oktober 1906 wurde schließlich dieser Abschnitt eröffnet.²⁶⁶

Beinahe noch wichtiger als die Verkehrsanbindung einer Siedlung war ihre Wasserversorgung. Zwettl liegt am Zusammenfluss der Flüsse Zwettl und Kamp. Die Versorgung der Stadt mit Wasser war trotzdem nicht einfach, da ihre Lage auf einem Felssporn den Brunnenbau erschwerte. Auf jedem der drei großen Plätze gab es Brunnen, außerdem sind mehrere öffentliche Schöpfbrunnen belegt. Dazu gab es noch private Hausbrunnen. Als älteste Wasserleitung in Zwettl gilt die Propsteiwasserleitung, als zweitälteste die Brühlwasserleitung. Diese sammelte das Wasser von zwölf Quellen im Brühlfelde und führte es in die Stadt. Bis 1870 geschah dies in hölzernen Rohren, danach wurden eiserne angeschafft. Die Brühlwasserleitung hatte zwei Entnahmestellen, je eine auf dem Hauptplatz und auf dem Dreifaltigkeitsplatz.²⁶⁷ Sie konnte den Bedarf an Wasser aber nicht abdecken und der Brand

²⁶⁰ LEUTGEB, Zwettler Lokalbahn, 441–443.

²⁶¹ So zum Beispiel Projekte bei Groß Gerungs, Gföhl und Ottenschlag, siehe StAZ, RP, 2_31, 1893–1898, 165.

²⁶² StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 72 und 86.

²⁶³ StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 118a und b.

²⁶⁴ Weins ist heute eine Katastralgemeinde der Gemeinde Hofamt Priel. Die Strecke wäre also durch das Yspertal verlaufen.

²⁶⁵ StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 166a–f.

²⁶⁶ LEUTGEB, Zwettler Lokalbahn, 443 f.

²⁶⁷ Zur Wasserversorgung vor dem 19. Jahrhundert siehe Kurt HARRAUER, Die Trinkwasserversorgung. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 93–99, hier 93 f. Zur

beim Weitraer Tor 1882 und die Typhusepidemie von 1883²⁶⁸ machten deutlich, dass hier Handlungsbedarf bestand. In der Zeit bis zum Baubeginn war das Thema oft auf der Tagesordnung der Sitzungen der Gemeinderepräsentanz. Es wurden Pläne erstellt, Kostenvoranschläge eingeholt, die Wasserleitung in Horn besichtigt, sie wurde von den Zwettlern als „für unsere Verhältnisse nicht paßend gefunden“.²⁶⁹ Beim „Wasser Departement der Stadtgemeinde Wien“ wurde wegen technischer Details angefragt.²⁷⁰ Außerdem mussten Grundstücke angekauft werden. All das ging den Zwettler Bürgern aber zu langsam. Im Jahr 1889 überreichten 374 Hausbesitzer und Bewohner der Stadt eine Petition, um den Start des Baus der Wasserleitung zu verlangen. Etwas verschnupft erklärten die Stadtoberen, dass sie der Sache die vollste Aufmerksamkeit zuteilwerden ließen und erklärten die Verzögerungen mit geänderten Plänen und neuen Genehmigungsverfahren bei der Bezirkshauptmannschaft.²⁷¹ Im Jahr 1891 wurde mit dem Bau der neuen Wasserleitung begonnen. Das Wasser des Sierningbach wurde gestaut, über einen Sickergraben und einen Sammelbrunnen in drei Filterkammern und schließlich in zwei Reservoirs geleitet. Über Rohrleitungen gelangte es dann in die Stadt. Neben den Brunnen auf dem Hauptplatz, dem Dreifaltigkeitsplatz und dem Neuen Markt gab es im Jahr 1906 noch 26 öffentliche Brunnen und 22 Feuerwehrhydranten, Hausanschlüsse gab es 1896 nur 67. Der Kostenaufwand dieser nach Kaiser Franz Josef benannten Wasserleitung betrug rund 160.000 Gulden.²⁷² 1908 erbaute man eine Quellwasserleitung. Aus 19 neu gefassten Quellen im oberen Viehgraben leitete man das Wasser zu den Reservoirs der Kaiser-Franz-Joseph-Wasserleitung und von dort weiter durch die schon bestehenden Rohre. Diese Erweiterung schlug sich mit 70.000 Kronen zu Buche.²⁷³ Neben die Wasserleitungen trat eine Vielzahl von kleinen und größeren Investitionsvorhaben, um die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und zu verbessern. Die Straßen, Gehsteige, Brücken, Beleuchtung, Kanalisation, ein E-Werk (1898, das erste Dreiphasen-Wechselstromwerk der

Brühlwasserleitung im besonderen Edith KAPELLER, Die Zwettler Brühlwasserleitung 1654 bis 1891/92. In: Martin SCHEUTZ, Herwig WEIGL (Hrsg.), *Verwaltetes Wasser im Österreich des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich* 37 (St. Pölten 2016) 49–78.

²⁶⁸ Den Grund für den Krankheitsausbruch vermutete man in der schlechten Kanalisierung und dadurch verseuchtes Trinkwasser, vgl. StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 254 f.

²⁶⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 694.

²⁷⁰ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 668.

²⁷¹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 933–935.

²⁷² Die Schlussrechnung betrug 128.957 Gulden 95 Kreuzer, die Stadt verminderte den Betrag auf 107.348 Gulden 89 Kreuzer, vgl. KAPELLER, Brühlwasserleitung, 76. Die bei HARRAUER, Trinkwasserversorgung, 94 angesetzten 160.000 Gulden beinhalten wohl auch die Grundablösungen.

²⁷³ Ebd., 94–96.

Monarchie)²⁷⁴ und eine Telegrafestation²⁷⁵ mussten errichtet und unterhalten werden. So gut wie immer griff man dabei auf die Bildung von Kommissionen und Komitees zurück, so gab es zum Beispiel auch ein „Pflasterungscomité“.²⁷⁶ Je nach Aufgabengebiet hatten diese Gruppen, gebildet aus den Gemeinderäten und -ausschüssen, mehr oder weniger lange Bestand, manchmal ging es auch nur um die Beantwortung einer einzelnen Anfrage. Als der schon erwähnte Carl Schellenberger sechs Fragen an die Stadt betreffend der von ihm geplanten Bahnstrecke stellte, ging es vor allem um Frachtaufkommen und die Beteiligung der Stadt an den Errichtungskosten. Zur Beantwortung bildete man eigens ein sechsköpfiges Komitee.²⁷⁷ Diese Vorgehensweise ist wenig verwunderlich, hatte doch die Stadt zwar Kanzleipersonal, jedoch keine Referenten mit Spezialwissen zu einzelnen Verwaltungsgebieten. Außerdem war so eine gewisse Demokratisierung der Verwaltungsabläufe gegeben, zumindest ein kleiner Teil der Betroffenen war an dem Verwaltungsprozess direkt beteiligt oder kannte die Seite des Bürgers aus eigener Lebenserfahrung. Fraglich ist, ob die Zusammensetzung der Komitees immer genügend sachliche Kompetenz oder auch eine hinreichende Unabhängigkeit von Eigen- und Einzelinteressen garantieren konnte.

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass die Stadt bei Fragen der Infrastruktur mehr reagierte als agierte, zumindest teilweise von den übergeordneten Behörden gedrängt. So wurde erst im Jahr 1893 der Austausch der hölzernen Brücke über den Kamp gegen eine aus Eisen begonnen. Im September hatte der Gemeinderat Franz Beydi, der spätere Bürgermeister, den Antrag auf Errichtung einer neuen Brücke gestellt, der Antrag wurde auch angenommen. Im November sah sich die Bezirkshauptmannschaft Zwettl trotzdem veranlasst, den Bürgermeister Franz Forstreiter per Erlass mit scharfen Worten daran zu erinnern, dass er sich persönlich strafbar macht, wenn durch die desolate Brücke Menschen zu Schaden kommen sollten. Bei derselben Gelegenheit bemängelte die Bezirkshauptmannschaft auch per Dekret den verwahrlosten Zustand der Pflasterung der Durchzugsstraßen und forderte die Behebung dieses Missstandes.²⁷⁸

Während die Stadt bei Versorgungs- und Entsorgungsnetzen sowie bei Verkehrsbauten oft zurückhaltend agierte, gab es aber auch Bereiche, in denen sie die Modernisierung initiativ vorantrieb. Zwar konnte eine Gemeinde auch ohne Park, Bad, Eislaufplatz oder Museum

²⁷⁴ Siehe Josef LEUTGEB, Die ZEG — das erste Wechselstromwerk Österreich-Ungarns. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 379–386, hier 380.

²⁷⁵ Die Errichtung übernahm das an das Handelsministerium angeschlossene k. k. Telegrafensinspektorat. Die Stadt hatte die erforderlichen Räumlichkeiten, eine Dienstwohnung für den Stationsbediensteten und Brennholz für Kanzlei und Wohnung zur Verfügung zu stellen, siehe StAZ, RP, 2_21, 1861–1871, 638 f.

²⁷⁶ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1404.

²⁷⁷ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1143 f.

²⁷⁸ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 1411 und 1433–1435.

auskommen, trotzdem wurden diese Einrichtungen auch in Zwettl geschaffen – wohl weil sie als ‚Luxus‘ abseits des Notwendigen hohen Symbolwert als Ausweis städtischer Modernität hatten.²⁷⁹

Die Stadtgemeinde trat beim Ausbau der Infrastruktur nicht als ein isolierter Akteur auf. Vielmehr mischten sich auf diesem Gebiet private Initiativen, unternehmerisches Handeln und obrigkeitliches Verwalten. Beispielhaft für private Initiativen seien hier der Verschönerungsverein und das Komitee für die elektrische Beleuchtung genannt. Freilich gab es stets mehr oder weniger starke personelle Überschneidungen mit der Gemeinderepräsentanz.²⁸⁰ Aufgaben aus der Verwaltung auszulagern war zu dieser Zeit nicht ungewöhnlich. Die kleineren Städte der Monarchie verfolgten dabei eine Mehrfachstrategie. Einerseits überließen sie kostenintensive oder unsichere Investitionen häufig Privaten, Vereinen oder Unternehmen. Auf der anderen Seite versuchten sie Abhängigkeiten, die durch diese Vorgangsweise entstanden waren, abzuschütteln, indem sie privat geführte Einrichtungen kommunalisierten. Als dritte Möglichkeit blieb noch der Weg zu den übergeordneten Gebietskörperschaften von Land und Staat.²⁸¹ In Zwettl lassen sich Beispiele für alle drei Varianten finden, ein markantes Übergewicht einer dieser Strategien ist aber nicht auszumachen. Am schwächsten ausgeprägt war sicher die Kommunalisierung, komplette Übernahmen gab es nicht. Wo es sich finanziell auszahlte, beim Verkauf von Ziegeln, Steinen und Holz, blieb die Stadt auch gerne selbst unternehmerisch tätig.

Der Infrastrukturausbau bestimmte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts städtische Politik, daher auch in Zwettl. Zwar erforderte der technologische Fortschritt und der Ausbau der Verwaltung einen immer größeren Ressourceneinsatz, so machte im Jahr 1870 der Posten „Stadtpflasterung und Canalisierung“ mit 5.181 Gulden mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben von 14.207 Gulden aus.²⁸² Darin glich die Situation in Zwettl jener andernorts. Im Gegensatz zu den meisten übrigen Städten in Niederösterreich traten die Mehrbelastungen aber nicht gleichzeitig mit einem starken Bevölkerungswachstum auf.

²⁷⁹ Zum Verhältnis von Modernisierung und Kleinstädten in der Habsburgermonarchie siehe HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 482–494.

²⁸⁰ Zu den Wechselwirkungen von Vereinswesen und Stadt vgl. Peter HINTERNDORFER, Wohltätigkeit, Selbsthilfe und organisierte Geselligkeit. Entwicklung, Funktion und Differenzierung des Vereinswesens. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 347–376, hier 371–375.

²⁸¹ Vgl. HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 492.

²⁸² StAZ, HS, 7_27, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1870.

7. Sozialpolitik

Ein weiteres Hauptfeld kommunaler Tätigkeit bildete die Armenfürsorge. Mit der Haarstube, dem Siechenhaus und dem Bürgerspital betrieb die Stadt drei Einrichtungen, die sich um verarmte und kranke Menschen kümmerten. Teilweise existierten diese Häuser seit dem Mittelalter, wenngleich sich ihr Aufgabenprofil gewandelt hatte. Mit ihnen war die Fürsorge seit langer Zeit institutionalisiert, zu Stein und Bauwerk geworden und in Regeln gegossen. Neben diese lange Tradition bestehender Einrichtungen und überkommener Vorgehensweisen traten im 19. Jahrhundert aber auch Veränderungen, vor allem bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Soziale Leistungen waren und sind so gut wie immer mit Inklusions- und Exklusionsmechanismen verbunden.²⁸³ Folgenreich war in dieser Hinsicht das sogenannte Heimatrecht, das bereits eine lange Geschichte hatte. Es war auf dem Reichstag von Lindau 1497 und in der Policeyordnung von 1552 erstmals formuliert worden und erfuhr durch die Neufassung von 1863 eine strengere Auslegung. Erwerben konnten Mann oder Frau das Heimatrecht durch Geburt, Verehelichung (die Frau erlangte das ihres Ehemanns), Aufnahme in den Heimatverband und durch die Erlangung eines öffentlichen Amtes.²⁸⁴ Auf eine stark zunehmende Mobilität der Bevölkerung nahm das Heimatrecht in der Fassung der 1860er Jahre keine Rücksicht. Erst eine Gesetzesänderung im Jahre 1896²⁸⁵ ermöglichte es, das Heimatrecht durch einen zehnjährigen Aufenthalt in einer Gemeinde zu ersitzen. Der Beginn des Fristenlaufs wurde auf den 1. Jänner 1891 gelegt, die ersten Aufnahmen konnten also ab 1901 erfolgen. Eng verzahnt mit dem Heimatrecht war das Schubsystem, die Rückführung der Armen und Mittellosen in die für sie zuständigen Gemeinden.²⁸⁶ Unter diesen Grundbedingungen und aufbauend auf die teilweise jahrhundertealten Einrichtungen und Gepflogenheiten vollzog die Stadt die Fürsorge für Arme, Kranke und Alte.

7.1. Das Bürgerspital

Besonders das Bürgerspital erfüllt eine wichtige Aufgabe. Es diente der Versorgung der alten und erwerbslosen Zwettlerinnen und Zwettler.²⁸⁷ Diese konnten um Aufnahme in das Spital

²⁸³ Martin SCHEUTZ, Armut und institutionelle Armenfürsorge. Vom Elend der Zuständigkeit. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 809–834, hier 810.

²⁸⁴ RGBl. Nr. 105/1863, Gesetz vom 3. December 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, 368–376, hier 369.

²⁸⁵ RGBl. Nr. 222/1896, Gesetz vom 5. December 1896, wodurch einige Bestimmungen des Gesetzes vom 3. December 1863 (R. G. Bl. Nr. 105), betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, abgeändert werden, 743 f.

²⁸⁶ Vgl. SCHEUTZ, Armut, 813 f.

²⁸⁷ Alter war dabei nicht so sehr eine Frage des Geburtsjahrgangs, wichtiger war der Grad der Arbeitsfähigkeit. Viele Unterstützungsansuchen verwiesen auf eine nachlassende oder nicht mehr gegebene Arbeits- und damit

ansuchen und wurden zu sogenannten Pfründnern. Bitten um Aufnahme waren an die Stadtverwaltung zu richten und sind zahlreich dokumentiert. Nicht immer konnte dem Wunsch entsprochen werden. So wurde am 27. März 1827 der Buchbinderwitwe Anna Hayl zwar eine „Armen Portion“ von täglich drei Kreuzern bewilligt (dies entsprach einem Viertel der normalen Höhe), wegen des Platzes im Spital musste sie aber bis zur „Erledigung“ eines solchen vertröstet werden.²⁸⁸ Wer im Spital Aufnahme gefunden hatte, wurde mit dem Nötigsten versorgt. Im Gegenzug hatte die Pfründnerin oder der Pfründner sich den Regeln des Zusammenlebens im Spital zu unterwerfen und seinen etwaigen Besitz abzuliefern.

Für Zwettl ist die Ordnung des Bürgerspitals erhalten.²⁸⁹ Sie enthält in neun Punkten die Verhaltensregeln für die Pfründnerinnen und Pfründer. Gleich der erste Punkt legte fest, dass sie sich um sechs Uhr früh, zu Mittag um zwölf und abends wieder um sechs zum gemeinsamen Gebet im großen Zimmer zu versammeln hatten. Die Punkte zwei, drei und vier regelten den sparsamen Umgang mit dem Brennholz. Der Kessel zum Wäschewaschen durfte demnach nur einmal pro Woche und gemeinschaftlich erhitzt werden. Allein das Gemeinschaftszimmer wurde tagsüber beheizt, die einzelnen Zimmer durften bloß einmal, nämlich morgens, beheizt werden. Kochen war auch nur am Vormittag von neun bis zwölf Uhr und für eine Stunde am Abend erlaubt. Der fünfte Punkt ermahnte zu Ordnung, Reinlichkeit, Nüchternheit und gegenseitiger Verträglichkeit. Punkt sechs enthielt das nächtliche Ausgehverbot. Punkt sieben sah vor, dass der Spitalsverwalter jeweils einen Stubenvater und eine Stubenmutter bestimmte, die an der Durchsetzung der Verhaltensregeln mitzuwirken hatten. Die Punkte acht und neun regelten den Ablauf bei Nichteinhaltung der Spitalsordnung. Zuerst wurde man vom Bürgerspitalsverwalter nachdrücklich ermahnt, im Wiederholungsfall beim Magistrat angezeigt. Dieser sollte bei der ersten Anzeige die Pfründnerportion verringern, beim zweiten Mal die widerspenstige Person aus dem Spital entfernen lassen. Zu diesen Mitteln dürfte aber ab dem 19. Jahrhundert nicht mehr gegriffen worden sein, in den Quellen des Stadtarchivs ist kein solcher Vorgang zu finden.²⁹⁰ Aus eigenem Antrieb konnte man das Spital durchaus verlassen. Dabei verlor man allerdings das Anrecht auf die Spitalsgabe. 1807 wollte die Pfründnerin Eva Haberecker lieber zu ihrer Tochter nach Stockerau übersiedeln, als weiter im

Selbsterhaltungskraft. Eine etwaige Begründung durch Krankheit oder Alter stellte erst die zweite Ebene dar, vgl. auch Sabine VEITS-FALK, Armut an der Wende zum Industriezeitalter. In: Ernst BRUCKMÜLLER (Hrsg.), Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs (Wien 2012) 89–112, hier 91.

²⁸⁸ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 600.

²⁸⁹ Edition Nr. 143 in Martin SCHEUTZ, Alfred Stefan WEIB, Spital als Lebensform. Österreichische Spitalsordnungen und Spitalsinstruktionen der Neuzeit (Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 15/2, Wien 2015) 931 f.

²⁹⁰ Für die Jahrhunderte davor sind solche Fälle sehr wohl verbürgt, vgl. Wilfried GRAMM, Bürgerspitäler in der Frühen Neuzeit. Das Fallbeispiel Zwettl (Dipl. Wien 2006) 122–124.

Spital zu bleiben. Ihre Pfründnerportion wurde dann auf zwei andere Frauen aufgeteilt,²⁹¹ ein sicheres Zeichen dafür, dass die beiden zuvor nicht die volle Höhe erhalten hatten.

Der Kauf von Spitalspfründen für einen späteren Zeitpunkt, zum Beispiel zur Versorgung im Alter oder für geistig oder körperlich behinderte Kinder, ist für das 19. Jahrhundert in Zwettl nicht nachweisbar.²⁹² Das Spital diente außerdem nur der Versorgung der verarmten Bürgerinnen und Bürger. Auskunft darüber gibt exemplarisch der Fall des Kanzlisten Joseph Hackenberger. Nach 22 Jahren und zehn Monaten Dienst war sein fortgeschrittenes Alter 1828 zur Last und er für weitere Dienste untauglich geworden. Aus diesem Grunde wollte ihm der Magistrat eine Stelle im Spital zukommen lassen und hatte deswegen beim Kreisamt in Krems nachgefragt. Das Kreisamt stellte aber fest, dass das Spital nur verarmte Bürger aufnehmen dürfe; für „andere“ stand die Einrichtung nicht offen. Da Joseph Hackenberger kein Bürgerrecht in Zwettl besaß, blieb dem Magistrat nur übrig, ihn mit einer jährlichen Pension von 50 Gulden aus dem Kammeramte zu bedenken.²⁹³ An dem Fall sieht man, dass die Stadtoberen auch hier nicht selbst entscheiden durften. Hackenberger kam nicht ganz drei Jahre in den Genuss dieser Pension. Er verstarb am 8. Februar 1831 im Alter von 75 Jahren.²⁹⁴

Auch die Beamtentochter Theresia Zistler, Tochter des verstorbenen Syndikus Johann Nepomuk Zistler,²⁹⁵ konnte trotz ihrer angeschlagenen Gesundheit statutengemäß nicht in das Bürgerspital aufgenommen werden. Aus Zwettl gebürtig hatte sie aber prinzipiellen Anspruch auf Hilfe. Eine Unterstützung durch das Armeninstitut kam ebenfalls nicht in Frage, der Fonds hatte schlicht keine Mittel zur Verfügung. So wurde sie mit einer jährlichen Gnadengabe aus dem Kammeramt bedacht, statt der erbetenen 40 bekam sie aber nur 20 Gulden jährlich. Doch sogar in dieser Sache musste die Stadt beim Kreisamt in Krems um Zustimmung nachfragen.²⁹⁶ Nicht nur Statuten und Vorschriften engten den Handlungsspielraum ein, Budgethoheit besaß man in Sozialfragen also auch nicht. Außerdem mussten die Abrechnungen der entsprechenden Kassen dem Kreisamt vorgelegt werden.²⁹⁷ Dieses prüfte die Gebarung und beanstandete sie durchaus auch. Dann mussten die einzelnen Posten erläutert und vom Kreisamt wieder für in Ordnung befunden werden.²⁹⁸ Die seit der Mitte des 17. Jahrhunderts feststellbare

²⁹¹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 159.

²⁹² Im Spitalswesen war das sonst durchaus üblich, vgl. GRAMM, Bürgerspitäler, 28–30.

²⁹³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 722–724.

²⁹⁴ Womit er bis ins Alter von 72 Jahren in der Kanzlei Dienst tat. Sterbedaten aus DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/06 (1830–1851), fol. 9.

²⁹⁵ Seine Dienstzeit begann 1773, vgl. StAZ, RP, 2_16, 1773–1780. Dort wird er bis auf wenige Ausnahmen als Stadtschreiber bezeichnet.

²⁹⁶ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 873–875.

²⁹⁷ Vgl. zum Beispiel StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 493.

²⁹⁸ Vgl. StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 456.

Intensivierung der staatlichen Aufsicht²⁹⁹ war also auch für die Zuständigen in Zwettl zum mühevollen Verwaltungsalltag geworden.

Finanziert wurde das Bürgerspital durch den Spitalfonds. Aber auch die Stadtgemeinde brachte sich finanziell ein: im Jahr 1866 bei der Vergrößerung und Renovierung des Spitalgebäudes und durch Zahlungen an den Spitalfonds, die sich von 1873 bis 1896 auf insgesamt 40.000 Gulden summierten. Auch die Sparkasse spendete immer wieder größere Geldbeträge, so zu Regierungsjubiläen des Kaisers und zu ihrem 30- und 40jährigen Bestehen. Das Bürgerspital besaß 1906 vier Häuser, Äcker, Wald, Wiesen und Gärten und die nicht unbeträchtliche Summe von 107.622 Kronen an Kapital.³⁰⁰ Ein durch die Gemeinderepräsentanz bestimmtes Prüfungskomitee kontrollierte die „Bürgerspital Rechnung“ und die ordnungsgemäße Gebarung wurde im Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung vermerkt.³⁰¹

Die Finanzierung war aber zu keinem Zeitpunkt eine leichte Aufgabe. So klagte der Spitalsverwalter Joseph Schusterl 1828 über die zu geringen Einkünfte des Spitals. Er suchte daher beim Magistrat um Erlaubnis an, die Zuwendungen an die Pfründnerinnen und Pfründer zu vermindern.³⁰² Über diese Causa entbrannte ein heftiger Streit zwischen dem Syndikus und dem Spitalsverwalter. Das Protokoll bricht an diesem Tag ohne Beschluss ab. In der nächsten Ratssitzung berichtete der Syndikus von Beleidigung und Vorwürfen gegen seine Person und setzte durch, dass Joseph Schusterl in der nächsten Sitzung öffentliche Abbitte leisten müsse oder im Weigerungsfall aus seinem Amt entfernt werden sollte. Der Streit scheint dann jedoch auf andere Weise beigelegt worden zu sein, im Protokoll taucht weder die Abbitte noch die Verminderung der Pfründe wieder auf.³⁰³ Während in diesem Fall eine Leistungsminderung zur Angleichung des Finanzbedarfs an die verfügbaren Einnahmen zur Diskussion stand, wies 1873 eine Entscheidung in die gegenteilige Richtung. Um die Teuerung auszugleichen, sollten die Spitalsgaben von sechs, neun und zwölf Kreuzer auf neun, zwölf und 15 Kreuzer erhöht werden. Diese Aufstockung wollte Bürgermeister Georg Dallier durch die Entnahme von 10.000 Gulden aus dem Reservefonds der städtischen Sparkassa bedecken. Sein Antrag im Gemeindevorstand wurde einstimmig angenommen. Dem Antrag ist außerdem zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt „67 verarmte erwerbsunfähige Mitbürger und Mitbürgerinnen“ im Bürgerspital versorgt wurden. Das Vermögen des Spitalfonds bestand damals aus geschätzten 24.876 Gulden und 20 Kreuzern.³⁰⁴

²⁹⁹ Vgl. GRAMM, Bürgerspitäler, 56 f.

³⁰⁰ Ehrenfried TEUFL, Das Bürgerspital. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 476–496, hier 486–489.

³⁰¹ Für 1893 siehe StAZ, RP, 2_31, 1893–1898, 52.

³⁰² StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 714.

³⁰³ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 716–721.

³⁰⁴ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 373–377.

Obwohl ab 1895 die Zuständigkeit der Gemeinden für die Armenfürsorge entfiel und Bezirksarmenräte eingerichtet wurden,³⁰⁵ blieb das Bürgerspital ein wichtiger Teil der Sozialpolitik der Stadt Zwettl. Auch im 20. Jahrhundert sind noch Bitten um Erhöhungen der Bürgerspitalgaben von bedürftigen Einwohnerinnen und Einwohnern in den Sitzungsprotokollen des Gemeindeausschusses enthalten.³⁰⁶

7.2. Siechenhaus und Haarstube

Neben dem nur für Bürgerinnen und Bürger zugänglichen Spital gab es in Zwettl noch zwei weitere Einrichtungen, das Siechenhaus und die Haarstube. Während das Siechenhaus zur Aufnahme von Kranken und nicht mehr erwerbsfähigen Personen diente, war die Haarstube ein Armenhaus im klassischen Sinn. Der Name leitet sich von der gleichzeitigen Verwendung zur Flachsverarbeitung ab. Die Flachsstängel mussten im Zuge ihrer Verarbeitung gedörft werden. Wegen der großen Brandgefahr errichtete man außerhalb der Ortschaften Haarstuben, in denen das geschehen konnte. Da diese Gebäude ohnedies beheizt waren, boten sie sich auch als Quartier für Arme an.

Seit der Aufklärung wurde Armut zunehmend nicht mehr als gottgegebenes Schicksal angesehen, sondern als oft selbstverschuldetes Übel. Das Feindbild schlechthin war der betrügerische Bettler, der sich trotz Arbeitsfähigkeit lieber von den Almosen seiner Mitbürger ernährte. Außerdem wurde Arbeit als pädagogisch wertvolles Instrument gesehen, einer der Gründe übrigens, warum auch Kinderarbeit akzeptabel schien. Es war dies auch die Zeit der Arbeitshäuser und Besserungsanstalten.³⁰⁷

Zwischen den Einrichtungen in Zwettl bestand eine klare Rangfolge mit dem Spital an der Spitze, gefolgt von Siechenhaus und Haarstube. Ersichtlich wird das zum Beispiel daran, dass der „Siechenhauspfündner Krikl wegen Trunkenheit und ungeziemenden Benehmen“ 1871 zur Strafe in die Haarstube versetzt werden sollte.³⁰⁸ Ein Wechsel aus dem Siechenhaus in das Bürgerspital war hingegen ein Aufstieg und daher begehrt.

Das Siechenhaus kann auch als Vorgänger des öffentlichen Krankenhauses angesehen werden. Gleichzeitig wiesen die anderen Einrichtungen in Zwettl ebenfalls Krankenbetten auf. Eine Anfrage des Kreisamts wurde im Dezember 1823 dahingehend beantwortet, dass man im Notfall im Bürgerspital 16, im Siechenhaus vier und in der Haarstube sechs Kranke

³⁰⁵ Vgl. TEUFL, Bürgerspital, 488.

³⁰⁶ StAZ, RP, 2_35, 1903–1908, 106 f.

³⁰⁷ Gerhard AMMERER, Zucht und Arbeitshäuser, Freiheitsstrafen und Gefängnisdiskurs in Österreich. In: Gerhard AMMERER, Alfred Stefan WEIß (Hrsg.), Strafe, Disziplin und Besserung. Österreichisch Zucht- und Arbeitshäuser von 1750 bis 1850 (Frankfurt am Main 2006).

³⁰⁸ StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 138.

unterbringen könne.³⁰⁹ Bei der Finanzierung der Behandlung von Kranken spielten bis weit ins 19. Jahrhundert Krankenbruderschaften und „Institute“ eine Rolle, nach Berufsständen organisiert. In Zwettl bestand eines für Handwerksgesellen, eines für Knechte und eines für erkrankte weibliche Dienstboten. Im Laufe der Zeit wurden diese mit der Krankenbruderschaft vereinigt. Sie funktionierten ähnlich wie die heutigen Sozialversicherungen. Mann oder Frau musste einen periodischen Beitrag leisten und hatte dann im Anlassfall ein Recht auf Versorgung.

Das Siechenhaus war 1833 erweitert, 1856 aufgestockt und 1868/69 durch einen Anbau vergrößert worden. Schon von 1856 datiert die erste Initiative, es in ein öffentliches Krankenhaus umzuwandeln. Sie ging von Bürgermeister Franz Haunsteiner aus, führte aber zu keinem positiven Ergebnis. Man konnte sich mit dem Bezirksamt nicht über die Mittelaufbringung einigen. Im Oktober 1868 wurde ein neuerlicher Antrag gestellt. Es dauerte zwar bis 1873, bis alles unter Dach und Fach war, die Errichtung des Krankenhauses gelang diesmal aber. Zu Beginn hatte man 15 Betten zur Verfügung. Da dies bald nicht mehr ausreichte, wurde 1894 am Galgenberg ein eigenes Epidemiespital errichtet. 1899 wurde die Kapazität auf 24 Betten erhöht, eine eigene Küche und ein Operationssaal wurden errichtet. Mit der Krankenpflege waren „Wärterinnen“ betraut, ab 1895 übernahmen das die barmherzigen Schwestern vom Heiligen Kreuz.³¹⁰

Wie die Verwaltung des Spitals arbeitete und die nötigen Mittel aufbrachte, verrät ein Blick in die Akten. Im Jahr 1910 führte man Auflistungen, wie viele Kranke aus welchem Kronland behandelt wurden. Die dafür angefallenen Kosten wurden den jeweiligen Landesausschüssen mitgeteilt und um Bezahlung gebeten. Wie die Aufstellungen verraten, reichten die Behandlungszeiträume teilweise bis ins Jahr 1904 zurück. Die Bezahlung wurde daher zum Beispiel von Mähren und der Steiermark wegen Verjährung abgelehnt. Was der Grund für diese Nachverrechnung war und wie die Sache schließlich geregelt wurde, erschließt sich aus den Quellen leider nicht.³¹¹

7.3. Offene Fürsorgesysteme

Die in vielen ländlichen Gemeinden betriebenen Praktiken des Reihumspeisen und das Einlegerwesen³¹² sind für Zwettl nicht nachgewiesen. Auch auf andere Neuerungen oder Experimente wie Armeninstitute oder -anstalten, Suppenküchen oder von der Mittelschicht

³⁰⁹ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 550.

³¹⁰ Ehrenfried TEUFL, Das a. ö. Krankenhaus Zwettl-NÖ. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 497–518, hier 498–504.

³¹¹ StAZ, Krankenhaus (Aufnahmen, Verpflegskosten), K 163, 1904–1907.

³¹² Zum Einlegerwesen vgl. VEITS-FALK, Armut, 107 f.

getragene Sozialhilfeinitiativen³¹³ griff man in Zwettl nicht zurück. Im Gegensatz zum flachen Land hatte man in Zwettl seit langer Zeit fest verankerte Fürsorgeeinrichtungen. Zwei Umstände kamen der Stadt hier zugute. Sie hatte mehrere Jahrhunderte Erfahrungen damit, die mit der Armenversorgung einhergehenden Aufgaben zu bewältigen. Zudem vermehrte sich in Zwettl die Bevölkerungszahl und damit die der Armen nicht wesentlich.

Niedrigschwelligere Möglichkeiten als der Einzug in eines der Versorgungshäuser boten sich aber sehr wohl. Die Ratsprotokolle sind voll mit Ansuchen um finanzielle Unterstützungen. Oft ging es um Zuschüsse zu den Wohn- oder Heizkosten. Ob der angespannten finanziellen Lage wurden sie nicht immer gewährt. Manchmal wurde den Ansuchen stattgegeben, wenn in den Alters- und Armeneinrichtungen der Stadt kein Platz war. Generell wurden einmalige Zahlungen viel öfter gewährt als Ansuchen um monatliche oder jährliche Gaben. So wurden im Protokoll vom 26. April 1888 44 Bitten um Unterstützung behandelt. Vier Männer und Frauen baten um Aufnahme ins Bürgerspital, der Rest um einmalige oder dauerhafte Unterstützungsleistungen oder um die Erhöhung schon gewährter regelmäßiger Zahlungen. In das Spital wurden nur Johanna Zeugswetter, 62 Jahre alt, und ihre Tochter Magdalena Zeugswetter, 40 Jahre alt, aufgenommen. Alle anderen erhielten eine einmalige oder fortwährende Hilfe. Gänzlich abgewiesen wurde nur ein Ansuchen.³¹⁴

Eine wichtige Einrichtung waren die Vormundschaften und Versorgung von Waisen. Im Idealfall konnten die Waisen von einer anderen Familie betreut werden. Trotzdem brauchten sie eine Person, die darüber hinaus ihre Rechte wahrnahm. Dafür wurde meist ein verdienter und bekannter Mann des öffentlichen Lebens ausgewählt. Die Vormundschaft endete spät, seit Maria Theresia lag die Grenze zur Volljährigkeit bei 24 Jahren.³¹⁵ So musste im Jahr 1837 der Vormund eines Zwettler Bürgersohns befragt werden, ob er mit einem Hauskauf des 19-jährigen Mannes³¹⁶ und seiner Braut in Kindberg in der Steiermark einverstanden war und sein Mündel in den dortigen Gemeindeverband entlassen werden sollte. Zum Glück des Paares sprach er sich nicht dagegen aus.³¹⁷ Für die Bestellung eines Vormundes war es nicht von Bedeutung, ob die Mutter des Kindes noch lebte. So verstarb die Mutter des oben genannten Bürgersohns erst 1851.³¹⁸

³¹³ Vgl. SCHEUTZ, Armut 815–820.

³¹⁴ Siehe StAZ, RP, 2_22, 1871–1880, 817–827.

³¹⁵ Ursula FLOSSMANN, Österreichische Privatrechtsgeschichte (Wien, New York 6. Aufl. 2008) 41.

³¹⁶ Karl Kitzler war im Juli 1818 geboren worden, siehe DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Taufbuch 01/11 (1808–1829), fol. 81.

³¹⁷ StAZ, RP, 2_17b, 1806–1844, 1032–1034.

³¹⁸ Vgl. DASP, Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/06 (1830–1851), fol. 162.

8. Das Bürgertum als Träger der Politik

Die Sphäre des Politischen mag uns zeitweise als abgeschlossen und abgehoben erscheinen, losgelöst vom Alltag der breiten Bevölkerung. Gerade wenn wir unseren Blick in die Vergangenheit richten, meinen wir aufgrund der fehlenden oder sehr eingeschränkten Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung ein Bild zu erkennen, das sich in Herrscher und Beherrschte teilte und von klaren Hierarchien gekennzeichnet war. Für große Staatswesen mag dieses Bild zutreffen, betrachtet man aber kleinere Einheiten, wird es diffuser und uneindeutiger.

Um den Untersuchungsgegenstand Politik dennoch fassen zu können, ist es hilfreich, ihn in kleinere Untersuchungsbereiche aufzuteilen. Ein Weg führt über die Unterscheidung in eine Kultur des Politischen auf der einen und die politischen Institutionen auf der anderen Seite.³¹⁹ Eine vor allem in der Politikwissenschaft gängige Methode besteht darin, bei der Analyse von Politik zwischen „*policy* (inhaltlicher Aspekt), *polity* (institutioneller Aspekt) und *politics* (prozeduraler Aspekt)“ zu differenzieren.³²⁰

Um aber nicht den Eindruck der schon angesprochenen Abgehobenheit und den einer überzeitlichen und selbstständig agierenden Entität zu verstärken, ist es dringend notwendig, auch die Träger der Politik zu betrachten. Ohne Menschen ist Politik nicht denkbar, leicht ablesbar an der Definition, die zum Beispiel die *Brockhaus Enzyklopädie* anführt. Sie sieht Politik als „die Gesamtheit der Verfahren und Handlungen von *Einzelnen und Kollektiven*, die auf die verbindliche Regelung öffentlicher Belange gerichtet sind.“³²¹

Für die europäische Stadt sind seit dem Mittelalter die Begriffe *Politik* und *Bürgertum* untrennbar miteinander verbunden. Eine Betrachtung von Politik, Macht und Herrschaft erscheint ohne Blick auf die Bürgerinnen und Bürger unvollständig. Bedingt durch die in unserem Untersuchungszeitraum herrschenden Geschlechterverhältnisse, wird sich das Hauptaugenmerk auf die männlichen Bürger richten. Ob und wie Frauen in die Sphäre der Politik eingebunden waren, ist jedoch eine interessante Frage.

„Bürgertum“ ist ein facettenreicher Begriff, die Trennlinien zu anderen Bevölkerungsgruppen können politisch, sozial oder kulturell gezogen werden.³²² Als soziale Schicht kennzeichnet

³¹⁹ Diesen Weg wählt zum Beispiel die Enzyklopädie Brockhaus, siehe Art. Politik. In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <http://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/politik> (20.08.2019).

³²⁰ Siehe Wolfgang Eduard Josef WEBER, Politik. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/politik-a3279000> (25.08.2019).

³²¹ Art. Politik. In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <http://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/politik> (20.08.2019).

³²² Andreas FAHRMEIR, Bürgertum. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/burgertum-a0596000> (25.08.2019).

sich das Bürgertum durch einen überdurchschnittlichen Wohlstand, eine berufliche Tätigkeit in Handel, Handwerk, Industrie, Finanzwesen oder in einer freien Berufsgruppe, die so wie bei Ärzten oder Anwälten eine akademische Bildung voraussetzt. Die Kultur des Bürgertums beruht vor allem auf einem Wertekanon, der Leistungsbereitschaft, die Hochschätzung von Bildung, Wissenschaft und Hochkultur, gesellschaftliche Teilhabe und ein besonderes Familienbild umfasst. Politisch lässt sich das Bürgertum als jener Teil der Bevölkerung abgrenzen, der an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen konnte. Diese Teilnahme konnte dabei sehr unterschiedlich ausfallen. Allen drei Bereichen von Bürgerlichkeit ist gemeinsam, dass sich die jeweiligen Ausprägungen zeitlich und räumlich stark unterscheiden konnten, sie sich aber auch miteinander vermischten. Das Bürgertum als eine homogene Sozialfigur lässt sich analytisch daher nur mit großem Konstruktionsaufwand herstellen.

8.1. Wahlen und politische Mitbestimmung

1848 brachte für breite Bevölkerungsschichten etwas, das vielen neu war. Die Wahlen dieses Jahres waren die ersten und blieben auch für lange Zeit die einzigen, die unsere heutige Vorstellung von demokratischen Wahlen mehrheitlich erfüllten. In Niederösterreich schritt man zwischen Ende April und Mitte Juni 1848 gleich dreimal zur Urne. Gewählt wurden Vertreter zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, zum verstärkten Landtag und zum Reichstag.

Beim verstärkten Landtag sollten nur neue Abgeordnete zu den schon entsandten Prälaten, Herren, Rittern und den Vertretern der landesfürstlichen Städte und Märkte dazu kommen. Die Wahlen fanden in der ersten Maihälfte statt, der Landtag trat wegen der wenig später erfolgten Mairevolution in Wien aber nie zusammen.

Die beiden anderen Wahlen waren von mehr Bedeutung. Bei beiden gab es zwar kein allgemeines Wahlrecht, die Mehrzahl der erwachsenen Männer konnte aber ihre Stimme abgeben. Die wichtigsten Kriterien waren Volljährigkeit und wirtschaftliche Selbstständigkeit. Ausgeschlossen blieben so Dienstboten und Arme, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren. Ebenso schloss man Frauen aus, nicht nur von Seiten der Regierung, auch die männlichen Revolutionäre lehnten deren Teilnahme mit ganz wenigen Ausnahmen ab. Immerhin konnten so 16 Prozent der Bevölkerung an der Wahl teilnehmen.³²³

Gewählt wurde indirekt, zuerst wurden Wahlmänner bestimmt, die dann die Abgeordneten wählten. In Zwettl wurde der Bauer Franz Redl in den Reichstag gewählt. Er war schon vorher ein Wortführer gegen die Obrigkeit und einer der Protagonisten im Schafweidestreit von 1834

³²³ STOCKINGER, Revolution, 371–376.

gewesen.³²⁴ Er gehörte dem Reichstag allerdings nur vom 10. Juli 1848 bis zum 20. Jänner 1849 an, als er freiwillig zurücktrat.³²⁵ Zu seinem Nachfolger wurde in einer Nachwahl Franz Haunsteiner bestimmt. Er hatte das Mandat dann vom 20. Jänner bis zum 7. März 1849 inne, dann wurde der Reichstag aufgelöst.³²⁶

Für die Wahl wurde auf vielfältige Art geworben. Es wurden Flugblätter verteilt, Zeitungsartikel geschrieben und Reden bei Wahlveranstaltungen gehalten. Ein wenig ungewöhnlich wirken heute die Rundbriefe, in denen die Kandidaten ihr Tun und Wollen darzustellen versuchten. Teilweise wurden sie sogar „Politisches Glaubensbekenntnis“ genannt und richteten sich mit wenigen Ausnahmen nicht an die Wähler, sondern an die Wahlmänner.³²⁷ Als Deputierte, um die fünf Abgeordneten aus dem Viertel ober dem Manhartsberg zu bestimmen, wählte man in Zwettl Franz Haunsteiner, Anton Schaden, Georg Enslein und Andreas Kubasta, alles wohlbekannte Namen.

Auf Gemeindeebene, damit verbunden auch auf Ebene des Landtages und des Reichsrats, war die Wählerbasis dann lange Zeit wesentlich schmaler als bei den Wahlen 1848. An einem Sample aus 22 Städten zeigt sich, dass an der Wende zum 20. Jahrhundert zwischen 7,4 Prozent (St. Pölten) und 22,3 Prozent (Karlsbad/ Karlovy Vary) der Bevölkerung wählen durften, der Mittelwert lag bei 13,04 Prozent.³²⁸ Zusätzlich verzerrte die Bildung von Wahlkörpern, meist drei, die Kräfteverhältnisse zwischen den Wahlberechtigten. Die Wahlkörper wurden an Hand der Steuerleistung gebildet. Die Zuordnung der Intelligenz- und Ehrenwähler erfolgte meist in den ersten beiden Wahlkörpern.

Für Zwettl sehen die Zahlen ganz ähnlich aus. Bei der Landtagswahl 1867 waren insgesamt 259 Personen wahlberechtigt.³²⁹ Setzt man eine ungefähre Einwohnerzahl von 2.900 Personen an,³³⁰ durften in Zwettl auch nur 8,93 Prozent wählen. Neben 236 Männern durften dies auch 23 Frauen. Meist waren sie Witwen, Hausbesitzerinnen oder Bäuerinnen. Bei der Ausübung ihres Wahlrechts mussten sie sich allerdings vertreten lassen. Die Zuordnung der Intelligenz- und Ehrenwähler geschah in Zwettl unterschiedlich. Bei der Landtagswahl 1867 waren sie ganz zu

³²⁴ Karl SCHWARZ, Die Waldviertler Abgeordneten im Reichstag von 1848. In: Das Waldviertel 4/1994 (1994) 357–367, hier 364.

³²⁵ Franz ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon = Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 33, 2 Bde. (Wien 2014) 998.

³²⁶ Ebd., 424.

³²⁷ StAZ, Politika, K 20, Wahl zum Reichsrat in Frankfurt/Main, I241/8 1848.

³²⁸ Zahlen aus HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 467.

³²⁹ StAZ, Kart. 68, Reg.Nr. 8, Landtagswahl 1867.

³³⁰ StAZ, Kart. 72, Reg.Nr. 222, Volkszählung 1870.

Beginn und damit in den ersten Wahlkörper eingeordnet, für die im gleichen Jahr abgehaltene Gemeindewahl haben sich Wählerlisten erhalten, die sie dem zweiten Wahlkörper zuschlug.³³¹ Ursprünglich waren die Wahlen mündlich und öffentlich. Erst mit der Änderung der Landtagswahlordnung von 1870 wurde die geheime Wahl mit Stimmzetteln eingeführt.³³² Die Durchführung von Wahlen war ein Teil der Aufgaben, die der Staat an die Gemeinden delegierte, ohne einen entsprechenden Finanzierungsbeitrag zu leisten. So wurde im Voranschlag für 1911 von der Stadt Zwettl 1.800 Kronen für die Durchführung der Reichsratswahl veranschlagt. Tatsächlich mussten dann sogar fast 3.315 Kronen aufgewendet werden. Im gleichen Jahr war auch noch die Volkszählung durchzuführen, die Stadt musste dafür weitere 560 Kronen aufbringen, um fünf Volkszählungs-Kommissäre zu bezahlen.³³³

8.2. Soziale Struktur

Wer in Zwettl wahlberechtigt war und damit dieses Kriterium von Bürgerlichkeit erfüllte, ist je nach Quellenlage relativ einfach in Listen ablesbar. Schwieriger wird es, wenn man versucht, soziale Kriterien anzulegen.

Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl sind für ihre quantitativen Bestimmungsversuche des österreichischen Bürgertums von folgenden Gesichtspunkten ausgegangen: der Zugehörigkeit zu zeitgenössisch als bürgerlich verstandenen Berufsgruppen, der Höhe des Einkommens bzw. der Einkommenssteuerpflichtigkeit, der Größe und Art des Wohnraums und der Beschäftigung von Dienstboten. Je nach Kriterium und Zeitpunkt sind die ermittelten Zahlen unterschiedlich, das Bürgertum kommt aber nie über einen Anteil von zehn Prozent an der Gesamtbevölkerung hinaus.³³⁴ Für Zwettl sind diese Kriterien mehr oder weniger gut geeignet, die Gruppe der Bürger zu fassen und ihren Umfang zu schätzen.

Über die Berufe geben uns die Wählerlisten Auskunft. Am Beispiel von 1867³³⁵ sieht man, dass die Spitzen des Großbürgertums, wie zum Beispiel Fabriksbesitzer oder Bankiers, in Zwettl nicht vertreten waren. Eindeutiger der bürgerlichen Schicht zuzurechnen sind die Männer mit einer höheren Ausbildung, wie Pfarrer, Arzt, Apotheker, Lehrer oder Beamte. Eine Abgrenzung nach unten ist aber schwierig. Die große Gruppe der Schuster und Schneider war allenfalls kleinbürgerlich und hatte mit dem gehobenen Bürgertum, das über akademische Bildung verfügte oder bedeutendes Vermögen besaß, wenig zu tun.

³³¹ StAZ, Kart. 143, Wahl des Gemeindevorstandes 1864, 1867.

³³² Vgl. KRAUSE, Biographisches Handbuch, 7.

³³³ StAZ, HS, 7_68, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1911.

³³⁴ Vgl. BRUCKMÜLLER, STEKL, Geschichte des Bürgertums, 167–171.

³³⁵ StAZ, Kart. 68, Reg.Nr. 8, Landtagswahl 1867.

Aus der in der Wählerliste angegebenen Steuerschuldigkeit auf das Einkommen zu schließen, gelingt nicht ohne Weiteres, da die Angabe alle direkten Steuern bündelt, zu denen auch die Erwerbsteuer für Gewerbe und Steuern auf Haus- und Grundbesitz zählten. Aber die Quelle gestattet es, sich eine ungefähre Vorstellung von der Vermögens- und Einkommensverteilung in der privilegierten Gruppe der Wähler und darüber hinaus der städtischen Gesellschaft zu machen.

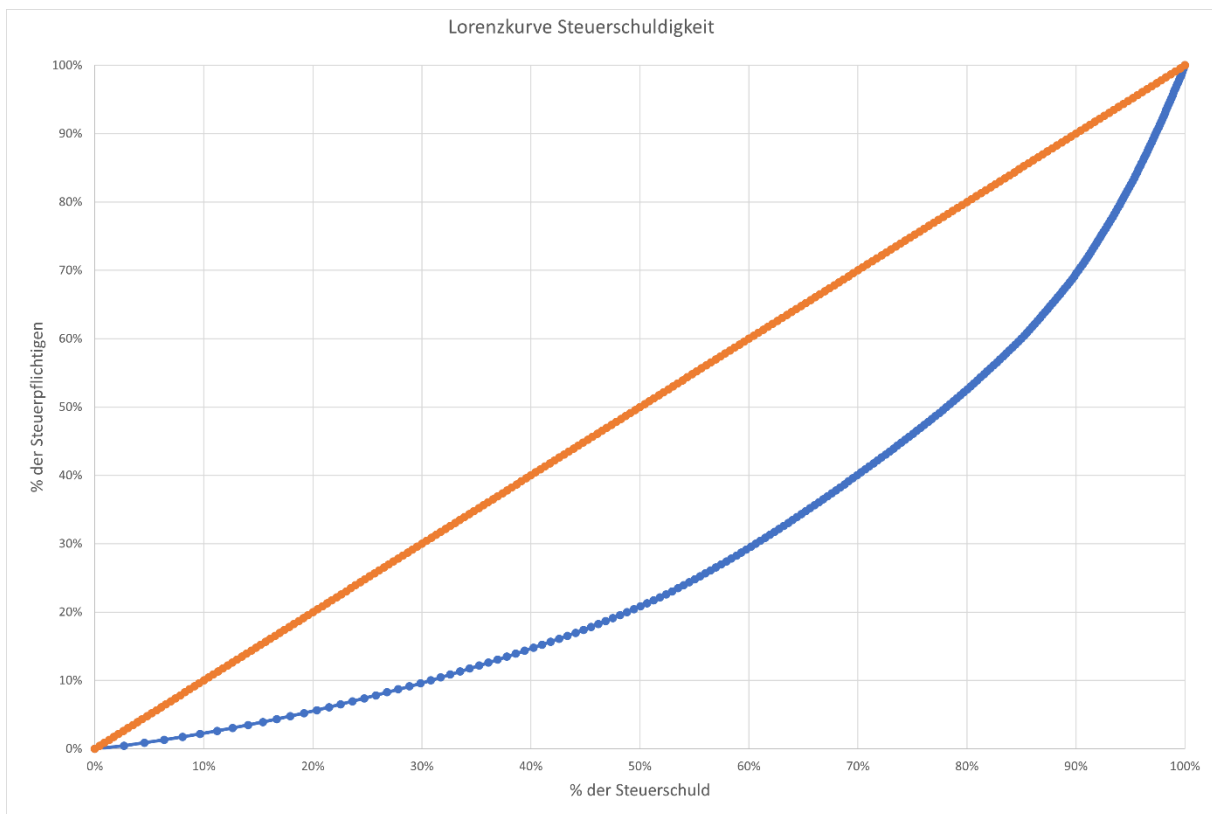


Abbildung 2: Verteilung der Steuerschuld der Wahlberechtigten von 1867.³³⁶

Die Steuerschuld war in Zwettl nicht gleichmäßig verteilt. So kamen 1867 20 Prozent der Steuerpflichtigen für fast 50 Prozent der Steuern auf.

Betrachtet man die absoluten Zahlen ragt der Notar Jakob Haselberger aus der Menge heraus. Er musste fast 256 Gulden direkte Steuern zahlen, um beinahe 79 Gulden mehr als der Zweite, der Müller Josef Weghuber. Unter den ersten fünf ist auch die erste Frau zu finden, die Müllerswitwe Marie Köppl. Sie zahlte etwas mehr als 152 Gulden.

Die Grenze zwischen zweitem und drittem Wahlkörper lag auf Gemeindeebene zu dieser Zeit bei einer Steuerschuldigkeit von 35 Gulden.³³⁷ Wenn man alles darüber als eindeutig bürgerlich ansetzt, von den Zahlen der Volkszählung von 1870³³⁸ ausgeht und eine durchschnittliche

³³⁶ Daten aus der Wählerliste in StAZ, Kart. 68, Reg.Nr.8, Landtagswahl 1867.

³³⁷ StAZ, Kart. 143, Wahl des Gemeindevorstandes 1864, 1867.

³³⁸ StAZ, Kart. 72, Reg.Nr. 222, Volkszählung 1870.

Familiengröße von 4 Personen annimmt, so kommt man auf 400 Personen, die der bürgerlichen Klasse angehörten. Bei einer Einwohnerzahl von 2.918 Menschen ergibt das 13,7 Prozent. Zählt man die 27 Intelligenz- und Ehrenwähler dazu, erhöht sich der Prozentsatz auf 14,6 Prozent.

Die Beschäftigung von Dienstboten ist für eine stark handwerklich und auch ländlich geprägte Gemeinde eine schwierige Kennzahl. Die Beschäftigung von Lehrlingen, Gesellen, Mägden und Knechten war in einer Kleinstadt kein Ausdruck einer gehobenen Lebensart, sondern unverzichtbarer Bestandteil der Lebens- und Produktionsweise.

Nachträglich aufgestellte Kategorien geben uns heute ein Bild, wer der bürgerlichen Schicht angehörte. Ein wichtiges zeitgenössisches Kriterium war der Hausbesitz. In vielen Quelle wird extra darauf hingewiesen, dass jemand dieser Kategorie angehörte. So zum Beispiel als 374 „Hausbesitzer und Bewohner“ per Petition den Beginn der Wasserleitungsbauarbeiten forderten.³³⁹ In Zwettl stand außerdem mit dem Instrument des Bürgereides eine sehr klare Abgrenzung zur Verfügung, wer Bürger genannt wurde und wer nicht. Mit der Einrichtung des Bürgerspitals hatte die Stadt eine Institution, die auch nach der automatischen Aufnahme in den Gemeindeverband nach zehnjähriger Anwesenheit 1901 und der Einrichtung der Bezirksarmenräte 1895 noch Anziehungskraft besaß. Am 1. Jänner 1906 wurde eine neue, von Ehrenbürger und Schuldirektor Josef Traxler ausgearbeitete und dann von der Gemeindevertretung beschlossene Bürgersatzung wirksam. In ihr wurden die Rechte und Pflichten der Bürger und die Verwaltung von Bürgervermögen und Bürgerspital geregelt.³⁴⁰ Das zu dieser Zeit in die Jahre gekommene und mancherorts in arger Erosion befindliche Bild von Bürgerlichkeit hatte in Zwettl also auch im 20. Jahrhundert noch eine gewisse Bedeutung.

8.3. Bürgerliche Kultur

Versucht man das Bürgertum kulturell zu fassen, ist eine Definition des Kulturbegriffs unumgänglich. In vielen älteren Publikation ist dabei eine Verengung auf den klassischen Begriff der Hochkultur zu finden. Ein gängiges Bild von Kultur fokussiert dieses auf große Künstler, Opern, Theater und Literatursalons. Eine Kleinstadt mit begrenzten Ressourcen und einem überschaubaren Publikum konnte einem Kulturanspruch dieser Art nur in eingeschränktem Maß genügen. Die Qualität von Musikaufführungen hing stark vom örtlichen (Männer-)Gesangsverein ab.³⁴¹ Eine zentrale Rolle spielte in Zwettl außerdem der Chorleiter der Stadtpfarrkirche. Er gab auch Musikunterricht und war eine wichtige Person des kulturellen Lebens. Als im Jahr 1901 die „Regenschori- und Musiklehrerstelle“ neu besetzt werden musste,

³³⁹ StAZ, RP, 2_23, 1881–1893, 933–935.

³⁴⁰ TEUFL, Bürgerspital, 488.

³⁴¹ Vgl. HEISS, STEKL, URBANITSCH, Zusammenfassung, 489.

wurde das in der Gemeinderepräsentanz besprochen. Eine detaillierte Liste mit 14 Bewerbern und näheren Informationen zu Stand und Fähigkeiten wurde dem Protokoll beigelegt. Die Stelle wurde an Franz C. Pohl aus Hallein vergeben und dieser gebeten, am 1. April 1901 seinen Dienst anzutreten.³⁴² Leider griff man in dem Fall anscheinend daneben, zu Beginn des Jahres 1904 wurde ihm vom „Musikcomité“ noch eine Frist von sechs Monaten zur besseren musikalischen Ausbildung gegeben. Pohl zog es aber vor, mit 1. September 1904 seine Stelle zu kündigen. Beim Modus der Ausschreibung sah die Stadtverwaltung die Schuld nicht. Das Protokoll vermerkt, dass man bei der Stellenbesetzung auf dieselbe Weise wie 1901 vorgehen wolle.³⁴³ Um die musikalische Ausbildung der Zwettler Jugend war es also zumindest kurze Zeit schlecht bestellt. Neben der musikalischen war die schulische Ausbildung für das bürgerliche Selbstverständnis von größter Wichtigkeit. So ist es nicht verwunderlich, dass es vielfältige, oft von Seiten der Bürger an die Stadtverwaltung herangetragene Initiativen gab, das Schulwesen in Zwettl zu verbessern. Auch bei der Eröffnung von Museen und Bibliotheken waren oft Private oder Vereine die treibende Kraft.³⁴⁴ Auf der einen Seite fehlte der Stadtgemeinde eben oft das Geld und auf der anderen Seite lässt sich bürgerliche Kultur nicht von oben herab verordnen.

9. Resümee

Darüber, wie sich politische Macht in einem Gemeinwesen verteilen soll und wie sich Herrschaft am besten ausüben lässt, wurde stets viel nachgedacht. Wenn man nun den konkreten Fall von Zwettl im 19. Jahrhundert betrachtet, wird man allerdings festhalten können, dass bei Etablierung, Ausübung und Festigung von Macht und Herrschaft im lokalen Rahmen staatliche Vorgaben zwar eine wichtige Rolle spielten, die Entwicklung aber nicht einfach durch einen von oben, aus der Zentrale festgelegten Plan diktiert wurde. Verschiedene Akteure ergriffen sich bietende Chancen und immer wieder ergaben sich situativ Möglichkeiten, Herrschaft auszuhandeln.

Noch vor dem kalendarischen Beginn des Jahrhunderts und auch kurz danach waren es vor allem von außen hereingetragene Veränderungen, die die Stadt beschäftigten. Die Gaisrucksche Instruktion und die Josephinische Magistrate-reform wurden von oben über die bestehenden Strukturen gestülpt. Der immer größer werdende Finanzbedarf des Zentralstaats machte diese

³⁴² StAZ, RP, 2_33, 1898–1903, 196a–h.

³⁴³ StAZ, RP, 2_35, 1903–1908, 21, 40, 48 und 54.

³⁴⁴ Vgl. Celine WAWRUSCHKA, Stadtmuseen als kulturelle Praxis. Zur Geschichte eines bürgerlichen Phänomens. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 571–595.

Reformanstrengungen zwar dringend notwendig, ihr realer Erfolg kann aber bezweifelt werden. Sie brachten jedenfalls in Zwettl keine echten und tiefgreifenden Strukturreformen. Die Stadt bot das Bild einer am kurzen Gängelband des Kreisamts geführten Unterbehörde. Es waren vor allem die veralteten Vorstellungen und Regelungen bei der Gewerbeaufsicht, die den Bürgern von Zwettl das Auskommen erschwerten.

Die Revolution von 1848 war ein weiteres den lokalen Rahmen übersteigendes bzw. aus den Zentren der Revolution in die Kleinstadt getragenes Ereignis, das die Herrschaftselite und Bürger von Zwettl beschäftigte. Die Chance zur radikalen Selbstermächtigung wurde zwar nicht ergriffen, bei der Bildung der Nationalgarde zeigten die Zwettler aber Gestaltungswillen und die Bereitschaft, für ihr Gemeinwesen einzutreten. Zuvor hatte eine schmale Schicht an Bürgern die Ämter der Stadt besetzt, 1848 wurden wesentlich mehr Männer in die Mitarbeit eingebunden. Die Überwindung der Patrimonial-Verfassung kann als Schritt hin zu einer freieren Gesellschaft und als Abschaffung überkommener Privilegien gelesen werden. Deutlicher aber drängt sich der Eindruck einer Verdichtung von Herrschaft und der Institutionalisierung einer gesteigerten Kontrolle der Bevölkerung auf. Die Staatsverwaltung rückte in der Gestalt der Bezirksämter und Bezirkshauptmannschaften näher an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger heran und gewann in deren Alltag eine neue Präsenz. Auch die Konstituierung von Zwettl als Gemeinde nach der neuen Gemeindegesetzgebung schuf ein Instrument der Verwaltung, das zwar die soziale Basis von städtischer Herrschaft verbreiterte, aber weiterhin exklusiv blieb. Nur für die Minderheit der wahlberechtigten Männer konnte die Gemeinde als echte Selbstverwaltung gelten. Ein immer dichteres Netz an Dekreten, Verordnungen und Gesetzen umgab die Bewohnerinnen und Bewohner, beseitigte aber nicht alle Möglichkeiten, deren konkreten Gehalt in der Anwendung auszuhandeln. Aber abgesehen von den Vorteilen der Nähe zu den Personen, die mit der Verwaltung der Gemeinde betraut waren, steigerte diese Expansion von Staatlichkeit auf der lokalen Ebene den Nutzen, den ein Wissen über Verwaltungsabläufe bringen konnte. Dieses Wissen war im Bürgertum, einer gemessen an der Gesamtbevölkerung kleinen sozialen Gruppe, leichter verfügbar als für viele Kleingewerbler, Arbeiterschaft, Dienstboten und Gesinde.

Im Gegensatz zu den meisten anderen 1850 neu konstituierten Ortsgemeinden konnte Zwettl als ehemals landesfürstliche Stadt mit einem eigenen Magistrat auf einen langen Erfahrungsschatz in der Verwaltung gemeinschaftlicher Anliegen zurückgreifen. Die neuen Aufgaben und die Ansätze einer – vorerst auf das Bürgertum beschränkten – Demokratisierung scheinen frischen Schwung in die Stadt gebracht zu haben. Dabei ging es ab 1850 um die Bewältigung von Bauaufgaben, die mit dem Aufbau der neuen Verwaltungsstrukturen

einhergingen – sowohl auf der kommunalen als auch der neuen mittleren Ebene. Beide forderten die Stadt, da sie im Unterschied zu Landgemeinden auch Sitz zentralörtlicher Behörden wurde. Die 1850er Jahre standen also ganz im Zeichen der Bewältigung einer Expansion von Verwaltung, die einen konkreten räumlichen Niederschlag in Zwettl fand. Dabei traten typische Probleme kommunaler Infrastrukturpolitik zu Tage: Verschuldung, aber auch das Zusammenprallen der Interessen einzelner Bewohner mit übergeordneten Anliegen. Die im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und auch teurer werdenden Aufgaben konnte die Stadt durch ein Bündel von Maßnahmen bewältigen. Zum einen gelang es, mit der Sparkasse ein adäquates Mittel für die Finanzierung zumindest eines Teils der Aufgaben zu finden. Zum anderen konnte man durch die Ausweitung des mit der Verwaltung und Gestaltung betrauten Personenkreises auch kompliziertere Aufgaben lösen. Als Beispiel seien hier die Beteiligung von Privaten und Vereinen genannt, sowie die Bildung unzähliger Komitees.

Wenn es um die Bereitstellung einer adäquaten Infrastruktur ging, ergab sich für die Stadtoberen meist trotzdem ein Hauptproblem: Man hatte zu wenig Geld. Am fehlenden Gestaltungswillen lag es eher nicht, aber nicht selten war man einen Schritt zurück. Auch wichtige Projekte ging die Gemeindevertretung oft nur auf Nachdruck und Wunsch der Einwohner oder übergeordneter Stellen an. Vor allem die Errichtung der Eisenbahn zeigt, dass man auf überregionale Entscheidungen wenig Einfluss ausübte und eine als Nachteil empfundene verkehrstechnische Randständigkeit nicht verhindern konnte.

Im Vergleich zu großen Städten und vor allem der Metropole Wien schienen Kleinstädte oft verschlafen und rückständig. Durch ihre Bemühungen um den Ausbau neuer Infrastrukturen wollten kleinstädtische Eliten allerdings nicht so sehr einen uneinholbaren Vorsprung der Großstadt Wien wettmachen. Vielmehr ging es ihnen darum, ihrer Stadt eine Position zu erhalten, die sie aus dem Umland hervorhob. Ziel war es also, regionale zentralörtliche Funktionen zu erhalten und neue dazuzugewinnen. Davon versprach man sich Fortschritt und Geschäftschancen für die Bewohner. War es früher die Stadtmauer, die weithin sichtbar auftrug, traten im 19. Jahrhundert andere Einrichtungen und Symbole an ihre Stelle. Im Ringen um die Zentralörtlichkeit von Zwettl rieben sich Bevölkerung und Stadtregierung aneinander. Meist ging es ersterer nicht schnell genug. Wähten einzelne Personen oder Gruppen aber Nachteile, stemmten sie sich mitunter auch gegen die Modernisierungsmaßnahmen.

Die Aufgabengebiete der städtischen Verwaltung wandelten sich zwar, veränderten sich aber nicht radikal. Die Versorgung von Kranken und Armen blieb ein wichtiger und teurer Bereich. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Stadt dabei auf sich allein gestellt, verfügte aber über lange etablierte Abläufe und Einrichtungen. Zwar bürdete der Staat auch gegen Ende des 19.

Jahrhunderts die Hauptlast im Bereich sozialer Fürsorge den Gemeinden auf, eine gewisse Zentralisierung und Verstaatlichung ist aber doch zu bemerken. Das deutlichste Signal in diese Richtung war die Einführung der Arbeiterunfall- und krankenversicherung in den 1880er Jahren.

Der für die Geschichte einer Stadt zentrale Begriff des Bürgers ist vielschichtig und erfuhr im 19. Jahrhundert auch einen Bedeutungswandel, der ihn von altstädtischen Traditionen bis zu einem gewissen Grad löste. Nicht alle Kriterien, mit denen die Forschung versucht hat, das Bürgertum als soziale Gruppe zu fassen, lassen sich auf eine Kleinstadt wie Zwettl anwenden. Trotzdem ermöglicht eine Orientierung an diesen Kriterien Erkenntnisse über die Bürger von Zwettl.

Die Ausweitung des Wahlrechts im Gesamtstaat blieb ohne adäquates Gegenstück auf Gemeindeebene. Dennoch drückte sich auch in kommunalen Wahlkämpfen gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine politisch in Bewegung geratene Gesellschaft aus. Die neuen Massenparteien intensivierten die Verknüpfung von kommunaler Politik mit überregionalen und gesamtstaatlichen Fragen.

Die typische und musterhafte Kleinstadt gibt es nicht, schon gar nicht in einem so großen und heterogenen Gefüge wie der Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts. Wenn man allerdings die lokalen Eigenheiten der Stadt berücksichtigt, kann man Einblicke in Dynamiken gewinnen, die nicht nur von lokaler Bedeutung sind. Zwettl ist dafür durch das Fehlen von übersteigter Dynamik sehr gut geeignet.

10. Literatur und Quellenverzeichnis

10.1. Literatur

Franz ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon = Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 33, 2 Bde. (Wien 2014).

Gerhard AMMERER, Zucht und Arbeitshäuser, Freiheitsstrafen und Gefängnisdiskurs in Österreich. In: Gerhard AMMERER, Alfred Stefan WEIß (Hrsg.), Strafe, Disziplin und Besserung. Österreichisch Zucht- und Arbeitshäuser von 1750 bis 1850 (Frankfurt am Main 2006).

Franz BALTZAREK, Beiträge zur Geschichte des vierten Standes in Niederösterreich. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit besonderer Auswirkung der Gaisruckschen Städteordnungen von 1745–1747. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs Bd. 23 (Wien 1971) 64–104.

Peter BECKER, Stefan NELLEN, Verwaltungsgeschichte im Dialog. Einleitung. In: Verwaltungsgeschichte im Dialog. Administrative History in Dialogue = Administory Bd. 1 (2016) 3–9.

Jean BÉRENGER, Die Geschichte des Habsburgreiches 1273 bis 1918 (Wien, Köln, Weimar 2. Aufl. 1996).

Georg Christoph BERGER WALDENEGG, Fremde im eigenen Land? Die Neuordnung des österreichischen Paßwesens während des Neoabsolutismus. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 111 (2003) 146–184.

Franz BLEIDL, Zwettl von 1848 bis 1918. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 83–92.

Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (2 Aufl., Wien 2001).

Ernst BRUCKMÜLLER, Hannes STEKL, Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich. In: Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert I (München 1988) 160–192.

Thomas BUCHNER, Die Gemeinden. Staatsbildung und kommunale Finanzen 1849–1914. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 231–259.

Hannelore BURGER: Paßwesen und Staatsbürgerschaft. In: Waltraud HEINDL, Edith SAURER (Hrsg.), Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremden gesetzgebung in der österreichischen Monarchie 1750–1867 (Wien 2000) 1–172.

Horst CARL, Herrschaft. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, https://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/herrschaft-COM_279871 (25.04.2020).

Horst CARL, Kriegsfinanzierung. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.) Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/kriegsfinanzierung-a2292000> (05.10.2019).

Horst CARL, Napoleonische Kriege. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/napoleonische-kriege-a4995000> (14.10.2019).

Horst CARL, Christoph KAMPMANN, Staat, politische Herrschaft und internationales Staatensystem. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/staat-politische-herrschaft-und-internationales-staatensystem-a5033000> (05.10.2019).

Peter CLARK, *European Cities and Towns 400–2000* (Oxford, New York 2009) 244 f.

Stefan EMINGER, Wie die große Politik ins kleine Dorf kam. Politische Mobilisierung der Landbevölkerung durch Katholisch-Konservative und Christlichsoziale Partei. In: Oliver KÜHSCHMEL, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), *Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht* (St. Pölten 2021) 451–482.

Andreas FAHRMEIR, Bürgertum. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/burgertum-a0596000> (25.08.2019).

Ursula FLOSSMANN, *Österreichische Privatrechtsgeschichte* (Wien, New York 6. Aufl. 2008).

Sybille FRANK, Eigenlogik der Städte. In: Frank ECKARDT (Hrsg.) *Handbuch Stadtsoziologie* (Wiesbaden 2012) 289–309.

Alois FÜGERL, Der Gendarmerieposten. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), *Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt* (Zwettl 1980) 573–579.

Lothar GALL (Hrsg.), *Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft = Stadt und Bürgertum 4* (München 1993).

Jörg GANZENMÜLLER, Tatjana TÖNSMEYER (Hrsg.) *Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts* (Köln, Weimar, Wien 2016).

Holger Thomas GRÄF, Probleme, Aufgaben und Methoden historischer Kleinstadtforschung. In: Holger Thomas GRÄF (Hrsg.), *Kleine Städte im neuzeitlichen Europa = Bibliothek zur Neueren und Neuesten Geschichte, Bd. 6* (Berlin 1997) 11–24.

Wilfried GRAMM, Bürgerspitäler in der Frühen Neuzeit. Das Fallbeispiel Zwettl (Dipl. Wien 2006).

Karl GUTKAS, Kaiser Joseph II. Eine Biographie (Wien, Darmstadt 1989).

Hans HAKALA, Zwettl zwischen 1648 und 1848. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 67-82.

Christa HÄMMERLE, Die k. (u.) k. Armee als ‚Schule des Volkes‘? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie (1866–1914/18). In: Christian JANSEN (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3 (Essen 2004) 175–213.

Kurt HARRAUER, Die Trinkwasserversorgung. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 93–99.

Karl HÄRTER, Polizei. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/polizei-a3293000> (10.10.2019).

Justus HECK, Adrian ITSCHERT, Luca TRATSCHIN, Legitimation durch Verfahren: Zum Entstehungskontext und zur Aktualität eines Nicht-Klassikers. In: Soziale Systeme 22/1–2 (2017) 1–20.

Hans HEISS, Bürgertum und gesellschaftliche Modernisierung in Österreichs Kleinstädten 1850–1914. In: Clemens ZIMMERMANN (Hrsg.), Kleinstadt in der Moderne. Arbeitstagung in Mühlacker vom 15. bis 17. November 2002 = Stadt in der Geschichte 31 (Ostfildern 2003) 87–118.

Hans HEISS, Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Einleitung. In: Peter URBANITSCH, Hannes STEKL (Hrsg.) Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 = Bürgertum in der Habsburgermonarchie IX (Wien, Köln, Weimar 2000) 7–24.

Hans HEISS, Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914. In: Peter URBANITSCH, Hannes STEKL (Hrsg.) Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 = Bürgertum in der Habsburgermonarchie IX (Wien, Köln, Weimar 2000) 465–503.

Peter HINTERNDORFER, Wohltätigkeit, Selbsthilfe und organisierte Geselligkeit. Entwicklung, Funktion und Differenzierung des Vereinswesens. In: Oliver KÜHSCHERM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 347–376.

Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918 (Wien 1993).

Carl Albin HOFFMANN, Integration in den frühneuzeitlichen Staat und ökonomischer Funktionsverlust – die altbayrischen Kleinstädte in der frühen Neuzeit. In: Holger Thomas GRÄF (Hrsg.), Kleine Städte im neuzeitlichen Europa = Bibliothek zur Neueren und Neuesten Geschichte, Bd. 6 (Berlin 1997) 83–109.

Edith KAPPELLER, Die Zwettler Brühlwasserleitung 1654 bis 1891/92. In: Martin SCHEUTZ, Herwig WEIGL (Hrsg.), Verwaltetes Wasser im Österreich des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich 37 (St. Pölten 2016) 49–78.

Jiří KLABOUCH, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848–1918 (Wien 1968).

Christian KLÖSCH, Spaltung und Radikalisierung. Deutschliberale und Deutschnationale 1850–1918. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 391–418.

Otto KRAUSE, Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1861–1921 (St. Pölten 2005).

Wolfgang KRUSE, Bürger und Soldaten. Die Entstehung des modernen Militarismus in der Französischen Revolution. In: Christian JANSEN (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung Europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein Internationaler Vergleich = Krieg und Frieden. Beiträge zur Historischen Friedensforschung 3 (Essen 2004) 47–67.

Oliver KÜHSCHMELM, Das Bürgertum in Cisleithanien. In: Helmut RUMPLER, Peter URBANITSCH (Hrsg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band IX/1: Soziale Strukturen. Von der Feudal-Agrarischen zur Bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilbd. 1/2: Von der Stände- zur Klassengesellschaft (Wien 2010) 849–907.

Margareth LANZINGER, Gertrude LANGER-OSTRAWISKY, Ehe, Familie und Verwandtschaft. Beziehungen in sozialen ökonomischen und rechtlichen Kontexten. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 217–248.

Ernst LANGTHALER Bruchige „Heimatfront“. Mobilisierung und Überleben im Hinterland im Ersten Weltkrieg. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 475–505.

Josef LEUTGEB, Die ZEG — das erste Wechselstromwerk Österreich-Ungarns. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 379–386.

Josef LEUTGEB, Die Zwettler Lokalbahn. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 440–445.

Josef LÖFFLER, Grundherrschaft, Gerichtsbarkeit und Regionalverwaltung bis 1848. In: Oliver KÜHSCHMELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 175–202.

Alf LÜDTKE, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis. In: Alf LÜDTKE (Hrsg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 91 (Göttingen 1991), 9–63.

Peter LUNDGREEN (Hrsg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997) = Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 18 (Göttingen 2000).

Maximilian MARTSCH, Fleisch essen in der Krise. Die Wiener Fleischversorgung während der Gründerkrise. In: OeZG 30/2 (2019) 100–125.

Christoph MENTSCHL, Karl VOCELKA, Schönerer Georg von, Politiker. In: ÖBL 1815–1950, Bd. 11 (Lfg. 51, 1995) 66–68.

Friedel MOLL, Zwettler Zeitzeichen, Bd. 1: Die Nationalgarde Zwettl. 1848–1851 (Zwettl 1999).

Friedel MOLL, Michael WLADIKA, Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), Ein alldeutscher Politiker aus dem Waldviertel. In: Harald HITZ, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER, Waldviertler Biographien, Band 3 (Horn 2010) 121–150.

Friedel MOLL, Franz Haunsteiner (1798–1861). Postmeister, Bürgermeister und Sparkassengründer in Zwettl. In: Rudolf MALLI, Franz PÖTSCHER, Erich RABL, Thomas WINKELBAUER (Hrsg.), Waldviertler Biographien. Band 4 (Waidhofen an der Thaya 2015) 151–161.

Claus MØLLER JØRGENSEN, Nineteenth-century transnational urban history. In: Urban History, 44/3 (2017) 544–563.

Norbert MÜLLAUER, Bibliographie des Bezirkes Zwettl. „Unser geistiges Erbe“. Versuch einer Gesamtübersicht über das selbstständig erschienene Schrifttum (Zwettl 2012).

Walter PONGRATZ, Geschichte der Stadt bis 1648. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 44–67.

Walter PONGRATZ, Franz BLEIDL, Die Richter und Bürgermeister der Stadt Zwettl. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 351 f.

Peter RAUSCHER (Hrsg.) Kriegführung und Staatsfinanzen. Die Habsburgermonarchie und das Heilige Römische Reich vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des habsburgischen Kaisertums 1740 = Geschichte in der Epoche Karls V. 10 (Münster 2010).

Willibald ROSNER, Der Niederösterreichische Landtag. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus. Teilbd. 2: Die Regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 1663–1661.

Karl RUCKENDORFER, Entwicklung des städtischen Gemeinwesens seit dem Jahre 1850. In: Stadt Zwettl (Hrsg.) Zwettl 1896. Festschrift aus Anlass der Eröffnung der Localbahn Schwarzenau-Zwettl und zur Feier der Jubiläen der Sparcasse und der Volks- und Bürgerschule Zwettl (Zwettl 1896) 23–38.

Roman SANDGRUBER, Die Anfänge der Konsumgesellschaft. Konsumgüterverbrauch, Lebensstandard und Alltagskultur in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert = Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 15 (Wien 1982).

Manfred SCHEUCH, Historischer Atlas Österreich (Wien 5. Aufl. 1994).

Martin SCHEUTZ, *Die herrn seint zu Wienn, die nahren zu hauß*. Stadtreghiment und Bürger in österreichischen Kleinstädten der Frühen Neuzeit. In: Willibald ROSNER, Reinelde MOTZ-LINHART (Hrsg.), Die Städte und Märkte Niederösterreichs im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Die Vorträge des 20. Symposions des NÖ Instituts für Landeskunde. Zwettl, 3. bis 6. Juli 2000 und der 1. Kurztagung des NÖ Instituts für Landeskunde und der NÖ Landesbibliothek „Das Bild der Kleinstadt“, St. Pölten, 23. Mai 2000 = Studien und Forschung aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 36 (St. Pölten 2005) 204–246.

Martin SCHEUTZ, Ein „Lutheraner“ auf dem Habsburgerthron. Die Josephinischen Reformen und die Klostersaufhebungen in der Habsburgermonarchie. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 120 (2012) 321–339.

Martin SCHEUTZ, Alfred Stefan WEIß, Spital als Lebensform. Österreichische Spitalsordnungen und Spitalsinstruktionen der Neuzeit = Quelleneditionen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 15/2 (Wien 2015).

Martin SCHEUTZ, 50 Jahre „Österreichischer Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung“ – Themenstellungen und Entwicklungsgeschichte der österreichischen Stadtgeschichtsforschung. In: Jürgen SARNOWSKY, Krzysztof KWIATKOWSKI, Hubert HOUBEN, László PÓSÁN, Attila

BÁRÁNY (Hrsg.), Beiträge zur Ritterordens-, Preussen- und Städteforschung. Festschrift für Roman Czaja zum 60. Geburtstag (Debrecen 2020) 669–702.

Martin SCHEUTZ, Armut und institutionelle Armenfürsorge. Vom Elend der Zuständigkeit. In: Oliver KÜHSCHERM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 809–834.

Karl SCHWARZ, Die Waldviertler Abgeordneten im Reichstag von 1848. In: Das Waldviertel 4/1994 (1994) 357–367.

Ernst v. SCHWARZER, Geld und Gut in Neu-Oesterreich (Wien 1857).

Gerd SCHWERHOFF, Frühneuzeitliche Stadtgeschichte im Cultural Turn – eine Standortbestimmung. In: Julia A. SCHMIDT-FUNKE, Matthias SCHNETTGER (Hrsg.), Neue Stadtgeschichte(n). Die Reichsstadt Frankfurt im Vergleich (Bielefeld 2018) 11–40.

Hannes STEKL (Hrsg.), Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich. Horn, Eggenburg und Retz um 1900 = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich 27 (Wien 1994).

Annemarie STEIDL, Vielfältige Wege. Regionale und überregionale Migrationen. In: Oliver KÜHSCHERM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 47–75.

Thomas STOCKINGER, Bezirke als neue Räume der Verwaltung. Die Einrichtung der staatlichen Bezirksverwaltung in den Kernländern der Habsburgermonarchie nach 1848. Ein Problemaufriss. In: Staat, Verwaltung und Raum im langen 19. Jahrhundert. The State, Administration and Space in the Long 19th Century = Administory Bd. 2 (2017) 249–277.

Thomas STOCKINGER, Dörfer und Deputierte. Die Wahlen zu den konstituierenden Parlamenten von 1848 in Niederösterreich und im Pariser Umland (Seine-er-Oise) = MIOG Ergänzungsband 57 (Wien, Köln, Weimar 2012).

Thomas STOCKINGER, Revolution? Das Jahr 1848 im ländlichen Raum. In: Oliver KÜHSCHERM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 359–385.

Thomas STOCKINGER, Staatliche Bezirksbehörden nach 1848. Knotenpunkte der „unmittelbarsten Beziehungen“ von Staat und Bevölkerung. In: Oliver KÜHSCHERM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 1: Herrschaft und Wirtschaft. Eine Regionalgeschichte sozialer Macht (St. Pölten 2021) 203–229.

Ehrenfried TEUFL, Das Bürgerspital. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 476–496.

Ehrenfried TEUFL, Das a. ö. Krankenhaus Zwettl-NÖ. In: Stadt Zwettl (Hrsg.), Zwettl Niederösterreich, Bd. 1 Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 497–518.

Hubert TREIBER, Macht – Ein soziologischer Grundbegriff. In: Peter GOSTMANN, Peter-Ulrich MERZ-BENZ (Hrsg.), Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe (Wiesbaden 2007) 49–62.

Sabine VEITS-FALK, Armut an der Wende zum Industriezeitalter. In: Ernst BRUCKMÜLLER (Hrsg.), Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs (Wien 2012) 89–112.

Karl VOCELKA, Die österreichische Stadtgeschichtsforschung zur frühneuzeitlichen Epoche. Leistungen – Defizite – Perspektiven. In: Pro civitate Austriae N.F. 5 (2000) 23–34.

Celine WAWRUSCHKA, Stadtmuseen als kulturelle Praxis. Zur Geschichte eines bürgerlichen Phänomens. In: Oliver KÜHSHELM, Elisabeth LOINIG, Stefan EMINGER, Willibald ROSNER (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 571–595.

Max WEBER, Wirtschaft und Gesellschaft, (Tübingen 5. Aufl. 1976).

Wolfgang Eduard Josef WEBER, Legitimität, In: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/legitimitat-SIM_302954 (05.11.2020).

Wolfgang Eduard Josef WEBER, Politik. In: Friedrich JAEGER (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit Online, <http://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/politik-a3279000> (25.08.2019).

Hans-Ulrich WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der “Deutschen Doppelrevolution” bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914 (München Studienausgabe 2008) 712–772.

Michael WLADIKA, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie (Wien 2005).

Ernst ZEHETBAUER, Die Landwehr und der Krieg von 1809. Österreichs Milizexperiment zwischen Altem Reich und moderner Nationsbildung (Hamburg 2017).

10.2. Zeitungen

Badener Bezirksblatt Nr. 78 (12. September 1894).

Ostdeutsche Rundschau Nr. 241 (2. September 1894).

Reichspost Nr. 45 (24. Februar 1905).

Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 6 der Kremser Zeitung (4. Februar 1905).

Waldviertler Bote, Beilage zur Nr. 10 der Kremser Zeitung (4. März 1905).

10.3. Nachschlagewerke

Art. Obligation (Recht). In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <https://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/obligation-recht> (28.05.2020).

Art. Politik. In: Brockhaus Enzyklopädie Online, <http://brockhaus-at.uaccess.univie.ac.at/ecs/enzy/article/politik> (20.08.2019).

10.4. Rechtstexte

RGBl. 170/1849, Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit ein provisorisches Gemeinde=Gesetz erlassen wird.

RGBl. 105/1863, Gesetz vom 3. December 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse.

LGBL. NÖ 5/1864, Gesetz, wirksam für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns, womit eine Gemeindeordnung und eine Gemeinde=Wahlordnung erlassen werden.

RGBl. 44/1868, Gesetz vom 19. Mai 1868, über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden in Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Auschwitz, Zator und Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Bukowina, Mähren, Ober- und Nieder-Schlesien, Tirol und Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradiska und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

RGBl. Nr. 222/1896, Gesetz vom 5. December 1896, wodurch einige Bestimmungen des Gesetzes vom 3. December 1863 (R. G. Bl. Nr. 105), betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, abgeändert werden.

10.5. Archivalien

DASP (= Diözesanarchiv St. Pölten), Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Schreiben vom 9. April 1810.

DASP (= Diözesanarchiv St. Pölten), Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/03 (1697–1784).

DASP (= Diözesanarchiv St. Pölten), Pfarr- und Klosterakten, Pfarre Zwettl-Stadt, Sterbebuch 03/06 (1830–1851).

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Allgemeine Gemeindeakten 1871, Kart. 73, Reg.Nr. 538/1871, Schreiben des Bürgermeisteramtes Schwarzenau wegen Namensänderung der Eisenbahnstation in Schwarzenau-Zwettl, 15.9.1871.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), HS, 7_27, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1870.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), HS, 7_71, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1914.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), HS, 7_74, Hauptbuch der Kammeramtsrechnungen 1917.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Inventur-u. Testamentprotokoll, 6_11, 1773-1792.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Krankenhaus (Aufnahmen, Verpflegskosten), K 163, 1904–1907.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Militaria, Kart. 191, 1834–1941.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Politika, Kart. 20, Wahl zum Reichsrat in Frankfurt/Main, 1241/8 1848.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_13, 1706–1727.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_14, 1738-1755.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_17, 1780–1789.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_17b, 1806–1844.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Ratsprotokolle (RP), 2_20, 1850–1860.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Kart. 68, Reg.Nr. 8, Landtagswahl 1867.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Kart. 72, Reg.Nr. 222, Volkszählung 1870.

Stadtarchiv Zwettl (StAZ), Kart. 143, Wahl des Gemeindevorstandes 1864, 1867.

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit Macht und Herrschaft in der Stadt Zwettl im 19. Jahrhundert und ihrer Sozialgeschichte in diesem Zeitabschnitt.

Im Rahmen der Arbeit werden die vielfältigen Veränderungen beschrieben, denen die Stadt im 19. Jahrhundert gegenüberstand. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren es vor allem die beiden Besetzungen durch französische Truppen, die die Einwohnerinnen und Einwohner von Zwettl belasteten. Während danach ereignisgeschichtlich ruhigere Zeiten anbrachen, waren es vor allem die überkommenen Vorschriften, die der am kurzen Gängelband des Kreisamtes geführten Stadtverwaltung das Handeln erschwerte. Die Revolution von 1848 bildete einen markanten Einschnitt in der Geschichte der Stadt. Mit der Aufstellung einer Nationalgarde nahmen die Bürger Zwettls in einem vorher selten gekannten Ausmaß das Heft für ihre Stadt in die Hand. Mit der Errichtung der Stadtgemeinde im Jahr 1850 ergaben sich Änderungen in der Verfasstheit der Stadt. Hatte vorher der Amtsträger des Syndikus einen entscheidenden Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der Stadt, trat nun verstärkt der Bürgermeister und damit das demokratische Element in den Vordergrund. Es war vor allem das schon über lange Zeit eingeübte Organisationswissen und die Delegation von Tätigkeiten an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Personengruppen, die zur Bewältigung der neuen und stark erweiterten Aufgaben beitrugen. Die Errichtung einer stadteigenen Sparkasse im Jahr 1856 machte es möglich, die finanziellen Herausforderungen zu bewältigen. Diese ergaben sich vor allem aus dem notwendigen Infrastrukturausbau. Dabei musste die Stadtverwaltung in einem Spannungsfeld von Befürwortern und Gegnern einer raschen Anbindung an überregionale Strukturen agieren. Hauptthema war die lang ersehnte und dann mit 1896 recht spät realisierte Anbindung an das Eisenbahnnetz. Mit der Abhaltung von Wahlen und der Formierung der politischen Massenparteien traten neue Konfliktfelder auf. Teile dieser Auseinandersetzungen wurden in Zwettl durch die Bildung einer Einheitsliste überwunden.

Im Bereich der Sozialpolitik konnte Zwettl mit dem Bürgerspital, der Haarstube und dem Siechenhaus auf seit langer Zeit bestehende Institutionen zurückgreifen und so ein bescheidenes Ausmaß von Armen- und Altersversorgung aufrechterhalten. Den Verantwortlichen kam dabei entgegen, dass Zwettl auf Grund der langsamen wirtschaftlichen Entwicklung keinen großen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatte.

Ziel der Arbeit ist es, als Fallstudie zu dienen und anhand einer typischen niederösterreichischen Kleinstadt des 19. Jahrhunderts einen Teil des Prozesses von Staatsbildung und Ausformung der modernen Gesellschaft zu beschreiben, der unsere heutige Lebenswelt grundgelegt hat.